

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 28. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: Pro Nummer 1 Pf. monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,10 Pf., halbjährlich 2,10 Pf., jährlich 4,10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postgebühren: 1,10 Pf. für den Postboten. Eintragungen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 5 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle aber Herrn Kamm 90 Pf., für politische und gewerkschaftliche Erklärungen und Berichtigungs-Artikeln 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pf., (zulässig 2 Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Gegen Molochs Sklaverei.

Der Rede, die der englische Marineminister am Mittwoch im Unterhause gehalten hat, kommt deshalb große Bedeutung zu, weil sie vor aller Welt mit neuen konkreten Vorschlägen zur Einschränkung der Seerüstungen hervortritt. Churchill spricht sehr entschieden von dem festen Willen Englands, seine Ueberlegenheit zur See unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Er weist auf die reichen Hilfsquellen seines Landes hin und vor allem auf die Unterstützung, die die großen Kolonien dem Mutterlande gewähren werden. Aber eben weil England an seiner Ueberlegenheit festhalten will, wird jede Vermehrung der Flotte Deutschlands zu einer sinnlosen Vergeudung von Kräften in beiden Ländern. Churchill fordert deshalb ein Abkommen, um diese „verschwenderrische, zwecklose, nützliche Torheit“ zu verhindern, um eine Minderung der Sklaverei zu erreichen, in die sich die Völker der Welt begeben haben. Churchill spricht es offen aus, daß der britische Flottenbau im wesentlichen durch den deutschen bestimmt wird. Und er erklärt sich bereit, die englischen Neubauten zu vermindern, wenn Deutschland das gleiche tut. Er schlägt vor, ein Jahr lang im Schiffsbau Feiertag eintreten zu lassen. Einen Feiertag, der die Finanzen entlasten und keine Flotte im geringsten benachteiligen würde.

Es ist nun von Wichtigkeit, aus dem Munde des englischen Ministers zu erfahren, daß die englische Regierung bereits für das letzte Jahr der deutschen das Angebot gemacht hatte, nicht ein einziges britisches Linienschiff zu bauen, wenn Deutschland keines baue. Von einem solchen Angebot ist der deutschen Öffentlichkeit bisher nichts bekannt geworden. Und es ist bezeichnend für unsere Zustände, für den Absolutismus, der in der auswärtigen Politik herrscht, daß die deutsche Regierung es nicht für der Mühe wert gehalten hat, über eine so bedeutungsvolle Sache dem Reichstag und dem Volke Auskunft zu erteilen. Nun aber erneuert Churchill ausdrücklich dasselbe Angebot für das Jahr 1914 oder, wenn die Frist zu kurz sei, für das Jahr 1915. Es ist ein einfacher und klarer Vorschlag, der sofort und ohne weiteres ausführbar wäre, wenn die deutsche Regierung und die bürgerlichen Parteien des Reichstags ihn ausführen wollen. Er wäre ein wichtiger Schritt in der Richtung zu einem dauernden Uebereinkommen zur Einschränkung des sinnlosen Wetttristens zur See. Auch über die Grundzüge eines solchen Abkommens hat Churchill wichtige Ausführungen gemacht.

Der englische Vorschlag entspricht sicher den Interessen der englischen Welt Herrschaft. Es ist schon richtig, daß England deshalb für die Begrenzung der Seerüstungen eintritt, weil es dadurch seine bisherige Ueberlegenheit erhält, ohne seiner Bevölkerung neue Steuerlasten aufbürden zu müssen. Und das ist in dem Lande, in dem die herrschenden Klassen ganz andere Rücksichten auf die Arbeiter nehmen müssen, als es die Herrschenden in Deutschland zu tun gewöhnt sind, auch für die innere Politik von großer Bedeutung. Denn die riesig anwachsenden Flottenausgaben haben selbst im reichen England die Förderung der Kulturausgaben und insbesondere der Sozialpolitik gehemmt. Aber daß die Rüstungsbeschränkung den Interessen der Herrschenden in England entspricht, hindert natürlich nicht im geringsten, daß die Einstellung des sinnlosen Wetttristens zugleich ein Interesse der Arbeiterklasse aller Länder ist. Denn auch darin hat Churchill recht, daß die englische Bourgeoisie an der Ueberlegenheit ihrer Flotte unter allen Umständen festhalten wird, und daß also nur die Wahl zwischen zwei Wegen offen steht: entweder die Fortsetzung des kostspieligen, gefährlichen und schließlich zum Untergang führenden Wetttristens oder aber die Verständigung. Daß diese Verständigung möglich ist, daß all die sogenannten technischen Einwände nur dem bösen Willen der Rüstungsinteressenten entspringen, daran ist kein Zweifel. Ein Uebereinkommen hängt heute wesentlich von den Entschliessungen der deutschen Regierung und der deutschen bürgerlichen Parteien ab. Gewiß mag für sie die Entscheidung nicht leicht sein. Der imperialistische Wahn beherrscht sie ja alle und die imperialistischen Interessen waren es, die zu dem immer riskanteren Ausbau der deutschen Flotte geführt haben. Aber andererseits sieht heute auch die deutsche Bourgeoisie, daß es ein hoffnungsloses Beginnen bleibt, die englische Seemacht einholen zu wollen, und ein Beginnen, das schließlich zu einem furchtbaren Untergang führen müßte, der mehr zerstören würde, als je durch ihn zu gewinnen wäre. Trotzdem ist die Hoffnung sehr gering, daß die herrschenden Klassen Deutschlands endlich Vernunft annehmen werden und in dem toten Laufe der Rüstungsvermehrung eine Pause eintritt. Nicht von der Einsicht der herrschenden Klassen, sondern von der Kraft des proletarischen Widerstandes gegen den Rüstungswahn wird es abhängen, ob und wann sich die Vernunft durchsetzen wird.

### Die Rede Churchills.

#### Das Wetttristen.

London, 28. März. Aus der Rede des englischen Marineministers im Unterhause verdienen folgende Stellen besonderer

Hervorhebung. Churchill besprach zunächst die Ursachen der fortwährenden Ausgabensteigerung und fuhr dann fort:

Die Flotte geht jetzt durch eine Periode nicht lediglich der Expansion, sondern auch schneller, unaufhörlicher Entwicklung. Das letzte deutsche Flottengesetz hat die Zahl der Schiffe, die wir jährlich zu bauen haben, vermehrt, und dieses Gesetz und die Erfordernisse des Mittelmeeres haben die Zahl und die Größenverhältnisse der Schiffe noch weiter gesteigert, die in höchster Bereitschaft erhalten werden müssen. Es ist keine Aussicht vorhanden, die gewaltigen, dauernd wachsenden Kosten in den Flottenetats der künftigen Jahre zu vermeiden, wenn nicht die Periode der Abkühlung und des technischen Fortschritts zu einem Ende kommt. Von allen Nationen der Welt sind wir vielleicht am besten imstande, eine derartige Ausweitung zu tragen, falls sie fortgesetzt werden sollte.

#### Rüstungsfeiertag!

Aber es gibt glücklicherweise einen Weg, der offen steht und offen bleiben wird, durch welchen die Völker der Welt eine fast augenblickliche Milderung der Sklaverei erreichen können, in die sie sich selbst begeben haben. In der Sphäre des Flottenwetttristens ist alles relativ. Die Stärke einer Flotte ist ihre Stärke verglichen mit einer anderen. Der Wert eines Schiffes hängt gänzlich von dem zeitgenössischen Schiff ab, dem es vielleicht entgegengetreten muß. Jedoch sehen wir, daß die Schiffstypen einer jeden Seemacht die der früheren Jahre in unerträglicher Hartnäckigkeit verdrängen, daß viele Millionen von Jahr zu Jahr geradezu vergeudet werden, und daß das Entwicklungstempo dauernd sich verstärkt, ohne einen wirklichen Gewinn in der relativen Flottenstärke. Kann ein Vorgang sinnlos sein? Die Frage, die sich die Großmächte und nicht nur die Großmächte, sondern auch die großen Nationen vorlegen sollten, ist diese: Wenn für den Zeitraum eines Jahres kein neues Kriegsschiff für irgendeine Flotte gebaut werden ist, würden unsere Flotteninteressen oder die nationale Sicherheit in irgendeiner erkennbaren Weise gefährdet werden? Wir haben heute gute Schiffe; sie sind die besten der Welt, bis bessere gebaut werden. Können sie nicht ein Jahr die Herrschaft behalten, bevor sie zurückgezogen werden? Warum sollten wir alle nicht für ein Jahr im Schiffsbau einen Feiertag eintreten lassen, soweit eine neue Konstruktion oder unter allen Umständen, soweit die Rekonstruktion eines Linienschiffes in Betracht kommt? Das ist die Frage, die ich im vorigen Jahr gestellt habe, und das ist der Vorschlag, den ich in diesem Jahre wiederhole. Er schließt keine Aenderung in der relativen Stärke der Flotte in sich ein. Er bedingt nicht das Aufheben irgendeines Planes bezüglich der Flottenorganisation oder der Flottenvermehrung. Er widerspricht keinem System eines Flottengesetzes. Er schließt keine Einschränkung der wirklichen Flottenstärke ein. Er ist so einfach, daß er zu keinem Mißverständnis führen kann. Die Finanzen eines jeden Landes würden eine Entlastung erhalten. Keine Flotte würde im geringsten benachteiligt sein. Wir in Großbritannien können mit Aufrichtigkeit über einen derartigen Gegenstand sprechen. Unsere Schiffbautechnik ist nicht minderwertiger als die irgendeiner anderen Macht, unsere Erfahrungen sind weit größer, unsere Hilfsmittel sind reicher. Unsere Pläne haben auf jeder Stufe bei dem Wetttristen die alte Ueberlegenheit behauptet, und nach dem, was wir von anderen Ländern hören, unterliegen unsere Preise und die Qualität unserer Arbeit gewiß keinem Tadel. In jedem Jahre, so lange wie neue Schiffe gebaut werden, werden wir die besten bauen, welche die Wissenschaft erfinden oder Geld kaufen kann; wir werden unser Bestes tun, die Führung in der Konstruktion anrecht zu halten, die für die Vorherrschaft zur See nicht weniger wichtig ist, als das Uebergewicht in der Anzahl; es ist kein Appell der Schwäche des kühnend Zurückbleibenden, sondern ein Appell der Stärke des in der Front Schreitenden, es ist ein Appell, den wir an alle Nationen richten und an keine Nation mit größerer Aufrichtigkeit als an unseren großen Nachbarn jenseits der Nordsee. Lassen Sie mich sofort und ohne Reserve im Namen der Regierung sagen, wie sehr wir den ruhigen und freundlichen Ton und die Stimmung der letzten deutschen Marinedeckungen begrüßen. Nach einer Zeit tätiger Vorbereitungen für die Marine und eines direkten Vergleichens der Stärke ist es befriedigend zu finden, daß unsere Beziehungen föhlich und fählich sich verbessert haben, und dies nach den Gefahren und Beklemmungen, unter denen Europa in diesen letzten Monaten gestanden hat. Groß-Britannien und Deutschland haben die Ueberzeugung gewonnen, daß es beider Wunsch ist, den Frieden zu bewahren. Die Gefühle des guten Willens, das Wachsen gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Achtung tragen viel dazu bei, dem Wetttristen auf dem Gebiete der Marine die Ruhe und Gefahr fortzunehmen und uns zu erlauben, den ehernen Tatsachen der Lage mit Ruhe und mit einem gewissen Gleichmut entgegenzutreten. Das Bewußtsein unserer eigenen Stärke und der Entschluß aller Parteien im Hause, alles, was nötig ist, zu tun, um sie aufrechtzuerhalten, sollte alles von unseren Verhandlungen ausschließen, was den Charakter des Langemachens oder der Prahlerei haben könnte.

#### Die Erklärungen Tirpitz'.

Wir müssen ferner einen anderen Irrtum vermeiden: Wir dürfen nicht versuchen, in den neuen deutschen Marineerklärungen einen Sinn zu finden, wie wir ihn wünschten, den sie aber nicht haben; wir dürfen ferner nicht versuchen, die deutsche Marinepolitik unseren Wünschen anzupassen durch eine zu genaue Interpretierung der freundlichen Sprache, die in Deutsch-

land mit der Absicht, zu beruhigen, geführt worden ist. Wenn ich zum Beispiel sagen würde, Herr v. Tirpitz habe anerkannt, daß das englische Uebergewicht von sechzehn zu zehn bei den Dreadnoughts das Einverständnis von Deutschland habe, und dieses Uebergewicht bestche tatsächlich bereits jetzt fast genau, Deutschland dürfe daher folgerichtig nicht beginnen, ein neues Schlachtschiff zu bauen, bevor wir es tun, so würde dies sehr schaden, und wenn der Staatssekretär des Äußeren in diesem Punkte einen Druck auf die deutsche Regierung ausüben und sie auf diplomatischem Wege drängen würde, in diesem Jahre keine Schiffe zu bauen, so würde dies nur zu einer direkt ablehnenden Antwort und zu Retriminationen führen. Tatsächlich ist das deutsche Bauprogramm von drei neuen Schiffen für das Jahr 1913 bereits im Reichstag angenommen worden, und man kann annehmen, daß der Bau dieser Schiffe unüberzüglich begonnen werden wird.

Unsere Politik zur See Deutschlands gegenüber ist gegründet auf Stärke und Aufrichtigkeit und schließt jeden Gedanken an ein Heilchen aus, das in Unterhandlungen nur Gerechtigkeit hineinbringen würde. Beide Nationen müssen vollkommen frei sein, bei den Rüstungen zur See den Kurs einzuschlagen, der ihnen zu irgendeiner Zeit der weise und richtige zu sein scheint; sie müssen frei sein, die Ausdehnung ihres Programms zu beschränken, ihren Standard zu erhöhen oder abzuändern, wie es ihnen passend zu sein scheint. Es ist lange die Politik Deutschlands gewesen, im Voraus für eine Reihe von Jahren anzufordern, welches sein Flottenprogramm sein wird. Es ist jüngst unsere Politik geworden, soweit es uns möglich ist, unter allem notwendigen Vorbehalt im Voraus zu erwägen, welche Folgen diese Bauprogramme Deutschlands für unseren eigenen Schiffsbau, für annähernd dieselbe Reihe von Jahren haben werden, und zu erklären, daß, wenn in irgendeinem besonderen Jahr das Programm der Herausforderung vermindert oder aufgehoben werden sollte, unser dadurch veranlaßtes Programm unter allem notwendigen Vorbehalt ebenfalls vermindert oder aufgehoben werden sollte.

#### Deutsche und englische Neubauten.

Hätten die im deutschen Flottengesetz bewilligten Neubauten sich auf die erhöhte Rate von zwei Schlachtschiffen im Jahr, während der nächsten sechs Jahre, die britischen Neubauten sich auf vier Schiffe beschränkt, so hätte nach Ansicht der Admiralität drei Schiffe genügt, um das 60 Prozen. Verhältnis in Dreadnoughts aufrechtzuerhalten. Da Deutschland seine Neubauten um zwei Schlachtschiffe in der genannten sechsjährigen Periode vermehrt hat, so werden auch die britischen Pläne für Rekonstruktionen um vier Schlachtschiffe erhöht werden, von denen zwei im jetzigen Jahre auf Stapel gelegt werden müssen, so daß wir, wie ich bereits im vergangenen Juli gesagt habe, in diesem Jahre fünf Neubauten gegen drei ausführen werden. Das britische Bauprogramm der letzten sechs Jahre wird auf diese Weise, wie ich im Unterhause im vorigen Juli erklärt habe, sich im ganzen auf 25 gegen 14 Neubauten belaufen. Zu dieser Gesamtzahl werden für jedes von der deutschen Regierung auf Stapel gelegte Schiff zwei weitere Schiffe gebaut werden. Ferner sollen hierzu alle diejenigen Schiffe kommen, deren Bau infolge neuer Flottenentwicklungen im Mitteländischen Meer nötig wird. Es freut mich jedoch mitteilen zu können, daß eine solche Entwicklung gegenwärtig nicht zu bemerken ist. Dazu kommt noch das von den Realenstaaten geschänkte Schiff sowie die drei Schiffe, deren Schenkung Kanada erwägt. Dies ist die Grundlage unserer Flottenpolitik, welche, wenn wir sie vollständig und unbeeinträchtigt während der nächsten Jahre verfolgen, unser Land und das ganze britische Weltreich jedem Druck durch fremde Flotten entziehen wird und deren Durchführung in keiner Weise Streitigkeiten mit unseren deutschen Nachbarn hervorgerufen braucht. Aber, wird gesagt werden, wird nicht die Möglichkeit der unbegrenzten Entwicklung oder Ausdehnung der Flottenmacht unsere Dominanz für Deutschland, selbst wenn es so gewillt wäre, praktisch unmöglich machen, den Vorschlag einer derartigen Rüstungspause, der von uns gemacht worden ist, anzunehmen? Das ist eine faire Frage, aber die Antwort ist klar. Jeder solche Vorschlag ist in erster Linie für ein spezielles Jahr zu beschränken und würde natürlich alle Umstände dieses Jahres auf der ganzen Welt während dieser Zeit in Erwägung ziehen.

#### Der abgelehnte Vorschlag.

Im letzten Jahre habe ich im Namen der Regierung frei und öffentlich angeboten, nicht ein einziges britisches Linienschiff in diesem Jahre zu bauen, wenn Deutschland keines baut. Und ich führte aus: wie vorteilhaft ein solches Abkommen für die verhältnismäßige Stärke der deutschen Seemacht sein würde. Dieser Vorschlag hat soweit keine Früchte getragen. Seither hatten wir ein neues deutsches Flottengesetz und seither sind die deutschen Schiffe für 1913 bereits bewilligt worden. Die Kolonien werden für das britische Reich im Jahre 1913 Linienschiffe bauen. Dieses Jahr ist festgelegt worden; aber nehmen Sie 1914 an! Ich habe keinen Grund zu der Annahme, daß es der Wunsch der deutschen Regierung ist, ihr Bauprogramm für dieses Jahr zu vermindern oder aufzugeben. Wenn es aber ihr Wunsch sein sollte, so habe sie es nur bekannt zu geben. Niemand baut Dreadnoughts zum Vergnügen. Da 1914 eins von jenen Jahren ist, in denen wir vier neue Schiffe gegen zwei auf Stapel legen, so wird ein gegenseitiges Nachlassen offenbar kein Nachteil für die relative Stellung Deutschlands sein. Es ist jedoch klar, daß ein solches Abkommen auch andere Mächte außer England und Deutschland berühren würde. Die Programme Frankreichs und Russlands einerseits, Österreich-Ungarns und Italiens andererseits würden in Erwägung zu ziehen sein. Ich bin sanguinisch genug, keine unüberwindliche Schwierigkeit

zu sehen in diesem Einfluß des gemeinsamen Vorgehens der englischen und deutschen Regierung. Denn der Friede und die Wohlfahrt der Welt ist über alle Ragen unschätzbar und wenn zwischen beiden ein Abkommen, sei es auch nur für ein spezielles Jahr, geschlossen würde, um eine

#### verschwenberische, zweifelse, nichtige Torheit

zu verhindern, so würde man ein weiteres internationales Ziel erreichen. Es wäre um so mehr Ursache vorhanden für eine allgemeine Freude und um so mehr Ehre gebührte jenen, die das Abkommen zustande brachten.

#### Englands Entschlossenheit.

Churchill schloß, er wüßte ausdrücklich, den Gedanken zurückweisen, daß Großbritannien niemals einer anderen Seemacht erlauben könne, ihm so nahe zu kommen, daß sie in Stande wäre, bloß durch einen Druck zur See Englands politische Einwirkung abzulenkten oder einzuschränken. Eine solche Lage würde ohne Frage zum Krieg führen. Ein kleiner Sicherheitsüberschuß hieße bei dem gegenwärtigen Stand der Welt Wachsamkeit in allen Seehäfen, die fast auf einen Kriegszustand hinauslaufen würde. Er würde für Offiziere und Mannschaften eine Anspannung mit sich bringen, die unersetzlich wäre, wenn er lange dauern würde. Er würde bedeuten, daß wir, statt frei und unabhängig zum Besten aller in europäischen Angelegenheiten intervenieren zu können, wie wir es jetzt tun, zu einer Reihe fragwürdiger Verwicklungen gezwungen und einer sehr ernsten Aktion preisgegeben wären. nicht weil wir sie für gerecht hielten, sondern als Erfüllung eines durch unsere Schwäche zur See aufgenötigten Handels. Gibt es irgendeine kleine Nation in Europa, gibt es ein junges, für die Eroberung oder Erhaltung seiner Unabhängigkeit kämpfendes Volk, das nicht mit Freude von jeder Verstärkung der britischen Flotte hört? Gibt es eine Großmacht, die nicht in diesen Monaten voll Besorgnis, Spannung und Gefahr dankbar gewesen ist, daß der Einfluß Großbritanniens im europäischen Konzert eine Wirklichkeit ist und kein Schatten, und daß England frei und stark gewesen ist, um für den allgemeinen Frieden zu wirken, der allen sichtbar ist, am sichtbarsten aber uns?

### Kampf bei Tschataldicha.

Gleichzeitig mit der Erstürmung Adrianopels haben die Bulgaren auch bei Tschataldicha energisch die Offensive aufgenommen und sind auch hier im Vordringen. Diese Kämpfe erwecken eine gewisse Beunruhigung. Denn nach dem Fall Adrianopels wächst, wie wir bereits gestern sagten, infolge der Verstärkungen durch die frei werdende Belagerungsarmee die Macht der Bulgaren rasch an. Und man fragt sich mit Besorgnis, was werden sollte, wenn auch hier der bulgarischen Armee ein entscheidender Vorstoß gelänge.

#### Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 27. März. Der heutige amtliche Kriegsbericht besagt: Bei Tschataldicha waren gestern die Vorposten unserer rechten Flügels bis zum Abend in einen leichten Artilleriekampf mit dem Feinde verwickelt, doch wurde an diesen Punkten keine feindliche Bewegung von Bedeutung bemerkt. Im Zentrum und auf dem linken Flügel ist alles ruhig. Zwar war eine Vorwärtsbewegung des Feindes erkennbar, der die Höhen westlich von Hüyük Tschekmedische besetzte, jedoch wurde diese Bewegung durch das heftige Artilleriefeuer unserer Vorposten zum Stillstand gebracht. Das Artilleriefeuer dauerte an diesem Punkte bis nach Sonnenuntergang an, ohne daß sich eine Aenderung der Lage ergeben hat.

Vor Bulair hat sich nichts ereignet. Seit gestern früh 8 Uhr sind die funktentelegraphischen Verbindungen mit Adrianopel abgebrochen. Kurz vorher eingetroffene Depeschen meldeten den Fall der östlichen Forts Devizlik, Wiasbada und Tachodschak.

#### Entlassung des Landsturms.

Sofia, 27. März. Infolge der Kapitulation Adrianopels werden die einberufenen Landsturmänner entlassen werden.

#### Friedensbereitschaft Bulgariens.

London, 27. März. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist aller Grund für die Annahme vorhanden, daß Bulgarien bereit ist, die Vorschläge der Mächte hinsichtlich der Mediation anzunehmen.

Sofia, 27. März. Die Regierung erwartet das Eintreffen der Zustimmung der verbündeten Balkanstaaten, um alsbald die Antwort auf den Vermittlungsvorschlag der Großmächte zu überreichen. Nach Mitteilung an kompetenter Stelle werden die Verbündeten den Vorschlag und die Bedingungen der Großmächte als Basis für die Friedensverhandlungen annehmen und hoffen dabei bezüglich der Distanz und der Kriegenschiedung auf Zugeständnisse.

Sofia, 27. März. (Melbung der Agence Bulgare.) Während der Operationen bei Adrianopel erhielten die Divisionen der bulgarischen Vorhut an der Tschataldichanlinie den Befehl, gegen die Türken die Offensive zu ergreifen. Die Offensive begann gleichzeitig mit jener bei Adrianopel und dauerte den 24., 25. und 26. März hindurch. Im Verlauf des Kampfes wurde festgestellt, daß die Türken mit fünf Infanteriedivisionen und einer Kavalleriebrigade, von der Flotte im Marmarameer unterstützt, gegen die bulgarische Vorhut operierten. Diese letzte unaufrichtig ihren siegreichen Vormarsch fort und besetzte die Linie Arnaukköy, Stadt Tschataldicha, Göscheli, die Höhen östlich von Akalan, Kalfatöy, Sofaköy, Ormanli. Die türkischen Divisionen, unaufhörlich zurückgedrängt, zogen sich auf die Hauptlinie von Tschataldicha in den Bereich der schweren Festungsartillerie zurück. Die Bulgaren besetzten jetzt ihre früheren Stellungen in der Tschataldichanlinie.

Wie der Kommandant der vereinigten ersten und dritten Armee telegraphiert, wurde die Nachricht von der Einnahme Adrianopels von den Truppen bei Tschataldicha und bei Bulair begeistert aufgenommen.

#### Die Beschlüsse der Vorkonferenz.

London, 27. März. Das Reutersche Bureau erzählt, daß heute nachmittag in der Sitzung der Vorkonferenzvereinigung die Vorschläge Oesterreich-Ungarns über die Grenzen Albanens formell angenommen worden sind. Die Vertreter der Mächte in Belgien und Serbien werden nunmehr erwidern, die montenegrinische und die serbische Regierung von der Entscheidung der Mächte über die Nord- und Nordostgrenze Albanens zu unterrichten. Man erwartete, daß die Vorkonferenzvereinigung heute mit der Erörterung der Südgrenze Albanens beginnen würde, jedoch wird, da es an

Zeit mangelte, dieser Gegenstand in der nächsten Sitzung am Freitag besprochen werden.

#### Die Skutari-Frage.

Wien, 27. März. Oesterreich-Ungarn hat sich mit dem Ersuchen nach Konstantinopel gewandt, Essad Pascha möchten Befehle erteilt werden, daß er dem Abzug der Zivilbevölkerung aus Skutari keine Hindernisse mehr in den Weg lege. Man hofft, daß dieser Schritt in Konstantinopel von den übrigen Großmächten unterstützt werden wird. Das Bombardement von Skutari ist gegenwärtig noch eingestellt. Die serbische Regierung hat, ohne die Demarche der Großmächte in Belgrad abzuwarten, angeordnet, daß die Beschießung der Stadt durch die serbischen Truppen unterbleibe, solange der Abzug der Zivilbevölkerung nicht erfolgt sei. Von der montenegrinischen Regierung liegt an hiesiger zuständiger Stelle noch keine Mitteilung von neuerlichen Entschlüssen vor. Nach Meldungen von anderer Seite schreibt das Amtsblatt in Cetinje, daß, nachdem um 4 Uhr nachmittags die vom König gewährte einstündige Frist für den Abzug der Zivilbevölkerung aus Skutari abgelaufen sei, das Oberkommando beauftragt worden sei, ein verstärktes Bombardement wieder aufzunehmen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. März 1913.

#### Die neuen Vorlagen.

Die Regierung wird dem Reichstage acht Entwürfe zugehen lassen, nämlich Vorlagen zur Aenderung der Gesetze über die Friedenspräsenzstärke, der Besoldungsordnung und des Mannschaftsbesoldungsgesetzes; ferner Entwürfe für ein Gesetz zur Aenderungen im Finanzwesen, ein Gesetz zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes, ein Beibrückengesetz (gemeint ist damit die Milliardenabgabe), ein Gesetz über das Erbrecht des Staates und eine Vorlage zur Ergänzung des Reichshaushalts-etats für 1913.

Die Vorlage zur Ergänzung des Etats für 1913 betrifft eine Forderung von 20 Millionen Mark für die Luftflotte. Der Gesetzentwurf über die Aenderungen im Finanzwesen dürfte im wesentlichen die geplanten Aenderungen in der Berechnung der Matrifalarbeiträge enthalten, während die Vorlage über das Reichsstempelgesetz die Uebernahme der bundesstaatlichen Stempelsteuern auf das Reich betrifft. Eine direkte Reichsteuer kommt also weder in der Form der Vermögenszuwachs- noch der Erbschaftsteuer.

Unterbreifen haben sich aber bei der Beratung im Bundesrat neue Schwierigkeiten herausgestellt. Eine offiziöse Zeitung berichtet darüber:

„Wider Erwarten haben sich in den Bundesratsanschlüssen zur Beratung der Heeres- und Verordnungs-Vorlagen neue Schwierigkeiten ergeben, so daß die für heute angelegte beschließende Sitzung des Plenums des Bundesrats wieder abgefragt werden mußte. Morgen nachmittag um 4 Uhr wird diese Sitzung erst stattfinden. Die Veröffentlichung der Vorlagen ist demnach am Sonnabendabend zu erwarten.“

Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß der Bau, den das Reichshauptamt zurechtimmert, eigentlich ein Kartenhauß ist, das beim ersten Windstoß zusammenbrechen muß.

Die „Kreuz-Zeitung“ rückt bereits mit den spezifisch junkerlichen Wünschen heraus. Sie betont die Opferfreudigkeit ihrer Freunde, eine Opferfreudigkeit, die sich bisher darin dokumentierte, daß aus den Taschen anderer Leute bewilligt wurde.

Das Junkerblatt deutet bereits an, daß versucht werden müsse, auch dem Konsum einen Teil der Lasten aufzubürden, und polemisiert heftig gegen die Fortschrittler, die davon angeblich nichts wissen wollen. Nur zu deutlich zeigt sich, daß die Konservativen am liebsten den ganzen Besitzstenergedanken zum Teufel wünschen und es lieber sehen würden, wenn der Reichstag wegen der Militärvorlage aufgelöst würde. Im Wahlkampf könnte man dann den Wählern vorschwindeln, die Kosten werde der Besitz tragen, um dann nach den Wahlen einfach Konsum und Verkehr zu belasten.

#### Ein sauberes Plänchen des Reichverbandes.

Der famose Reichverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geht abermals bei den Unternehmern schnorren, um seine abgeschmackten Ergebnisse wirksamer an den Mann bringen zu können. Wie unser Rammheimer Bruderorgan durch Veröffentlichung eines reichsverbändlerischen Zirkulars zeigt, macht er den Unternehmern den Vorschlag, für die ihren Arbeitern durch die Post zugesendeten Reichsverbands-Flugblätter wenigstens das Porto zu zahlen. Darin, daß die Flugblätter einfach durch den Unternehmer verbreitet werden, hat der Reichverband ein Haar gefunden. Denn für so schlau hält er selbst den rüchändigsten Arbeiter, daß er der ihm vom Unternehmer gespendeten Schürze das größte Mißtrauen entgegenbringt. Es soll also der Ansicht erwidert werden, als ob die Flugblattverbreitung nicht im Interesse und Interesse des Ausbeutertums erfolge, sondern von irgendeiner unbeteiligten Seite, der nichts am Herzen liegt, als die arme betrogene Arbeiterklasse aus den Fingern der bösen Sozialdemokratie zu bestehlen. Deshalb soll nach dem Plan der Reichsverbandsleitung die Flugblattüberlieferung an jeden einzelnen Arbeiter durch die Post erfolgen. Von den Unternehmern wird nichts verlangt, als daß sie der Hauptstelle des Reichverbandes die genaue Adresse ihrer sämtlichen Arbeiter mitteilen und für den Postobetrag der zum Versand gelangenden Flugblätter auskommen.

Der Reichverband will's den Unternehmern so billig wie möglich machen, denn er weiß, wie schwer sich unsere Kapitalisten vom Gelde trennen können, selbst wenn es zu Zwecken der Arbeiterverdümmung verwendet werden soll. Es sei denn, daß der Erfolg auch außer Frage steht, was von der Tätigkeit des Reichsverbandes ja keineswegs behauptet werden kann. Um es also so billig wie möglich zu machen, empfiehlt die Reichsverbandsleitung, jedem Arbeiter monatlich nur ein Flugblatt zuzusenden, jedoch so, daß immer nur der dritte Teil der Arbeiter gleichzeitig mit den Reichsverbandszeugnissen beglückt werde — das eine Drittel werde dann die übrigen zwei Drittel schon zum Mitlesen veranlassen, so daß in Wirklichkeit alle Flugblätter in die Hände sämtlicher Arbeiter gelangten.

Dieser pfiffige Trick erspare dem Reichverband wie den Unternehmern Geld. Die letzteren hätten für je 100 Arbeiter nur je 4 mal 5 Pf. Porto an den Reichverband zu zahlen, im ganzen also die Bagatelle von 20 M. jährlich.

Die Hauptsache ist dem Reichverband, daß das schlaue Plänchen läßt unter den Beteiligten bleibt, damit nicht die Arbeiter Unrat mitkern und am Ende die Reichsverbandsmafakulatur zu ganz anderen Zwecken verwenden, als ihnen die Hauptstelle des Verbandes zumutet.

Heißt es doch in einem Begleitschreiben der Hauptstelle:

Streng vertraulich! Im eigenen Interesse! Vielfachen Wünschen entsprechend und um Indiskretionen zu verhüten, bitten wir die Herren Arbeitgeber im eigenen Interesse,

1. alle Briefe, welche sich mit der Versendung von Schriften an die Arbeiter beschäftigen, und alle Arbeiterlisten zu richten:

An die Verlagsanstalt Teutonia, Berlin SW 11, Dessauer Straße 30.

2. Geldsendungen in der gleichen Angelegenheit bitten wir zu senden:

An den K. Schaaffhausenschen Bankverein, Berlin W 8, Französischestr. 53/54 unter „Kontio Betriebsgesellschaft“.

Zum Schluß bitten wir

3. diesen Zettel gut einzuschließen, damit er nicht in unrechte Hände kommt: die Sozialdemokratie hat ihre Spione überall. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Zu der Wendung von dem „sozialdemokratischen Spionen“ bemerkt die Rainger „Vollzigt“, daß es zur Entlarvung solcher Reichsverbandsmänner wahrhaftig keines Spionagedienstes bedürfe, da es immer noch anständige Unternehmer gäbe, die sich unaufrichtige Geschäfts- als Beleidigung empfinden und der Ansicht zuneigen, daß solche „streng vertraulichen“ Zirkulare in sozialdemokratischen Redaktionen am besten aufgehoben seien. Der Meinung sind wir auch.

#### Zur Durchführung der preussischen Landtagswahlen.

Der preussische Minister des Innern hat durch Rundschreiben angeordnet, daß, soweit es noch nicht geschehen ist, mit den Vorbereitungen zur Durchführung der Wahlen überall unverzüglich begonnen werden soll. Im wesentlichen sind die früher gegebenen Ausführungsbestimmungen maßgebend; sie sind sorgfältig zu beachten. Weiter heißt es in dem Erlaß: Da mit der Eintragung der Steuerbeiträge in das Urmaterial oder in die Listen zu einem Zeitpunkt begonnen werden muß, in dem die Steuererträge für 1913 noch nicht für sämtliche Steuerarten feststehen, wird die Steuerveranlagung für 1912 überall die Grundlage für die Ausfüllung der Steuerlisten bilden müssen.

Im übrigen wird in dem Erlaß noch auf folgende Punkte aufmerksam gemacht: Die Abgrenzung der Wahlbezirke hat lediglich nach den in der Wahlverordnung und im Wahlreglement gegebenen Bestimmungen unter dem Gesichtspunkte der möglichen Erleichterung der Wahlensübung zu erfolgen. Die nach dem Einkommensteuergesetz gewährten Ermäßigungen bleiben außer Betracht bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeiträge für Wahlzwecke. Auf Grund dieser Bestimmung in ihren Steuerjahren ermächtigte oder staatssteuerfrei gestellte Wähler sind mit den Steuerbeiträgen in die Wählerlisten einzustellen, die sie ohne die ihnen zuteil gewordene Ermäßigung oder Befreiung zahlen müßten. Es sind nur solche Steuern anrechnungsfähig, die von den Wahlberechtigten auf Grund öffentlich-rechtlicher Verpflichtung gezahlt werden. Die Berücksichtigung auf Grund privatrechtlicher Verträge übernommener Steuern ist unzulässig.

Es ist Wert darauf zu legen — so heißt es dann noch wörtlich in dem Erlaß —, daß während der nach den §§ 4, 9 des Wahlreglements zu bewirkenden öffentlichen Auslegung der Listen die Einsichtnahme an den bekanntgegebenen Tagen jederseits während der üblichen Stunden möglich ist. Die Gemeindevorsteher, Wahlvorsteher usw. sind anzuweisen, durch geeignete Maßnahmen Vorsorge zu treffen, daß auch während ihrer persönlichen Abwesenheit die Listen zur Einsicht zur Verfügung stehen. Die Abschriftnahme der Listen ist unter der Voraussetzung zu gestatten, daß dadurch Gleichberechtigte nicht in der Einsichtnahme und Prüfung der Listen beeinträchtigt werden, und daß kein begründeter Verdacht einer mißbräuchlichen Benutzung oder Verbreitung der Listen vorliegt. Ich spreche die bestimmte Erwartung aus, daß nach dieser Richtung keine begründeten Beschwerden bei mir erhoben werden.

#### Betrogene Betrüger.

Als das Zentrum im vorigen Jahre die christlichen Bergarbeiter des Ruhrreviers vom Anschlag an den Bergarbeiterstreik zurückhielt, spielte unter den verschiedenen Motiven auch die Kalkulation eine Rolle, künftigen Wahlkompromissen mit den Nationalliberalen die Wege zu ebnen. Man glaubte in den Zentrumskreisen, sich durch diese Gefälligkeit nicht nur die Nationalliberalen für die Reichstags- und Gemeinderatswahlen verpflichtet zu haben, sondern auch für die preussischen Landtagswahlen. Das fortschrittlich-nationalliberale Abkommen auch für die Wahlkreise im Industriebezirk macht nun einen Strich durch die Rechnung. Die Zentrumspresse ist wütend über den Hereinfall und die „Teutonia“ droht mit fürchterlicher Rache: „Auge um Auge, Zahn um Zahn, wenn man es nicht anders haben will!“ Vorläufig lassen sich weder die Nationalliberalen noch die Fortschrittler durch die zentrumsrischen Drohungen einschüchtern. Aber die „Teutonia“ droht nicht nur, sie löst auch wieder und schneidet den Nationalliberalen:

„Die nationalliberale Partei hat die bisherigen Mandate in Rheinland-Westfalen sicher — und bekommt noch einige dazu —, wenn sie eine Verständigung mit der — Zentrumspartei ermöglicht!“

Doch auch gegen die Schneicheleien der „Teutonia“ stellt sich die nationalliberale „Dortmunder Zeitung“ kalt und erwidert:

„Wir wissen im Augenblick noch nicht, wie die Bergpredigten der „Teutonia“ fundiert sind. Aber sie entspringen zweifellos der Furcht vor der eigenen Courage. In den Arbeitermassen, die für das Zentrum vorwiegend in Frage kommen, spielt die öffentliche oder geheime Wahl nicht mehr die Rolle wie früher. Mehr in die Erscheinung tritt das Ungleichgewicht zwischen beiden in den breiten Mittelstandsklassen.“

Die „Dortmunder Zeitung“ rechnet dann der „Teutonia“ die großen Verluste des Zentrums an Mandaten und Stimmen bei der letzten Reichstagswahl nach und fährt dann fort:

Das ist ein Beweis, daß das Zentrum sowohl wie seine Hochbrüder unpopulär geworden sind. Bei den Arbeitern hat es auf Zuwachs nicht zu rechnen. Und es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß es auch bei dieser Landtagswahl auf der abschüssigen Bahn weiterkriecht. Um dem vorzubeugen, sucht es Sulfur beim Bürgerum. Man kann deshalb die Drohungen des Zentrumsblattes verstehen, so klug und taktisch unklug sie auch sein mögen. Um so mehr aber haben die Nationalliberalen und die Fortschrittler in der Wahltaktik auf die Tatsache der Unpopularität des Zentrums Bedacht zu nehmen. Wenn nicht die Existenz des Zentrums in der Maplanet läge, würde es an seiner inneren Unwahrscheinlichkeit längst zugrundegegangen sein.“

Es ist begreiflich, daß die Zentrumstaktiker im Ruhrrevier vor Wut schäumen. Sie sehen sich um den Erfolg ihrer Judaslist betrogen.

#### An die Adresse des Ministers Dr. Sydow.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde kürzlich der Bergelai beraten. Bei dieser Gelegenheit kam der Minister für Handel und Gewerbe Dr. Sydow u. a. auch auf die bekannte Katastrophe der Grube „Lothringen“ zu sprechen. Er wies die in der Presse gemachten Behauptungen, daß im Unglücksrevier keine Lütten (Höhl-, oder Wechrohren, die Luft in die Arbeitsstätten leiten) am Unglückstage vorhanden waren, als Verleumdung zurück. Vornehmlich wandte er sich gegen den Steiger Werner, den Vor-

stehenden des Steigerverbandes, der auf das Fehlen der Luiten als Ursache der Katastrophe in der Presse hingewiesen hatte.

Nach 14 Tagen nach dem Unglück, meinte der Minister, habe sich ein Ministerialbeamter überzeugen können, daß genügend Luiten vorhanden waren! Und am Schlusse sagte Herr Sedow:

„Es ist immer gut, so etwas von hier aus auszusprechen, da sonst das Gift der Verleumdung — das bezieht sich auf die außerhalb des Hauses stehende Presse — weiter um sich fängt und dem nicht genügend entgegengetreten wird.“

Auf diese Bemerkungen antwortet der angegriffene Steiger Werner in der letzten Nummer des von ihm geleiteten Steigerorgans mit einem offenen Brief an den Minister. In diesem Brief heißt es:

„Sie haben durch diese schwerbeleidigende Äußerung unter den Gruppenarbeitern des Ruhrreviers großes Kopfschütteln hervorgerufen. So mancher hat sich gefragt: Es ist wirklich kein gutes Zeichen, wenn der oberste Staatsbeamte im Bergbau solche Urteile fällt. Der Ausdruck Verleumdung setzt doch voraus, daß Sie der Meinung sind, ich behaupte wissenschaftlich etwas Unwahres und wolle nur beleidigen. Die Ausführungen, die von mir bezüglich des Lothringer Unglücks und auch der anderen Unglücke gemacht worden sind, haben einen ganz anderen Zweck. — Im vorigen Jahre schlugen fünfmal die Wetter und zwar auf Zeche Osterfeld, wo 16 Mann, auf Zeche Lothringen, wo 116 Mann, auf Zeche Achenbach, wo 43 Mann, auf Zeche Reumühl, wo 5 Mann, und auf Zeche Westende, wo ebenfalls 5 Mann tot blieben. —

Eine solche Häufung von Unglücken, bei denen auch eine ganze Reihe meiner Berufskollegen ihren Tod fanden, muß ihre Ursache haben. . . Sie sagten, es wäre eine Verleumdung, daß Luiten gefehlt hätten. — Ich nehme ohne weiteres an, daß Sie den guten Glauben haben, die Luiten wären vorhanden gewesen. — Damit haben Sie aber noch nicht das Recht, von Verleumdung zu sprechen, denn das eine müssen Sie mir ohne weiteres zugestehen, daß ich aus meiner bergmännischen Praxis heraus über Luitenmangel sehr genau orientiert bin. Ich weiß es aus Erfahrung, daß es viele hundert Male im Ruhrrevier vorkommt, daß man dem Steiger schwarz auf weiß beschießt: „Bauen Sie Luiten ein;“ trotzdem ist es nicht möglich, welche zu bekommen. —

Die Verhältnisse auf Zeche Lothringen lagen so klar für den Kenner der Verhältnisse, daß es eine Selbstverleumdung, ein Unsinns wäre, wenn man Ihre Ansicht für zutreffend hielt und glaubte, es seien Luiten dagelassen. So dumme, Herr Minister, sind keine Arbeiter, die vor einem Querschlag Tag für Tag 20 bis 30 Kilo Dynamit verschlucken, daß sie die Wetterluiten 16 Meter zurücklassen. In diesen Sprengstoffgasen zu arbeiten ist keine Kleinigkeit. Und wenn die Luiten so weit zurück sind, so ziehen die Gase nicht mehr ab.

Wenn Sie auch ausführen, der Referent der Ministerialabteilung habe nach 14 Tagen nach dem Unglück persönlich festgestellt, daß genügend Luiten vorhanden gewesen seien, so ist das eine Ansicht, über die die Betriebsbeamten nur ein mitleidiges Lächeln haben.

Unser Grubenbetrieb funktioniert bei solchen Sachen so schnell und ist auch darauf eingerichtet, daß schon 10 Minuten nach dem Unglück drei Worte des Betriebsführers genügen, um die ganze Untersuchung hinter das Licht zu führen.“

Werner verlangt, daß wegen der Katastrophe ein Prozeß gegen die verantwortlichen Ortsältesten und Steiger (die noch leben) angestrengt werden soll. Dann würde sich zeigen, ob Luiten da waren und warum Luiten nicht eingebaut wurden, so daß sich Schlagnetze ansammeln müßten, die zur Katastrophe führten. Die Schuldigen des Unglücks werden bloßgestellt werden. Mangel an Material, der intensive Druck auf die Kohlenförderung, Ueberanstrengung der Beamten sowie eine Reihe von kleinen Missetaten seien es, die Massenunglücke verursachen. Auf diese Ursachen seien auch die Katastrophen auf „Reumühl“, „Osterfeld“ und „Lothringen“ zurückzuführen.

Wir sind neugierig, ob der Herr Minister den Vorschlag Werners, einen Prozeß einzuleiten, nachkommen wird.

### Landtagswahl im Wahlkreise Hlatow-Deutsch-Krone-Schneidemühl.

Amliches Wahlergebnis: Bei der Landtagswahl im Wahlkreise 8 Marienwerder erhielten Rittergutsbesitzer Dr. Koefide-Goersdorf bei Dahme (L.) 388, Gutsbesitzer Wallach-Wittkow, Kreis Deutsch-Krone (Z.) 18 Stimmen und Oberleutnant z. D. Fischer-Hlatow, Kreis Hlatow, 1 Stimme. Gewählt ist somit Dr. Koefide (L.)

### Herr Generalmajor v. Klöden als Landtagskandidat.

Das Wiesbadener Zentrumorgan, die „Rheinische Volksztg.“, ist ermächtigt zu erklären, daß im Einverständnis mit dem Vorstande des Bundes der Landwirte die Zentrumspartei für den Landtagswahlkreis Rheingau-St. Goorshausen-Meisenheim unter allen Umständen an der Kandidatur des Herrn v. Klöden festhält.

### Frankreich.

#### Die Verhandlungen über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 26. März. Der Heeresauschuß der Kammer zog den Gegenantrag des Generals Vedova, welcher eine Dienstzeit von 27 Monaten beantragt, nicht in Erwägung. Der Auschuß besprach zuerst den Artikel des Regierungsvorschlages, welcher das Prinzip der dreijährigen Dienstzeit festlegt. Georges Leques legte dar, wie dringlich es sei, die noch leeren Stellen der Grenze zu besetzen angesichts der Möglichkeit einer Invasion über Belgien. Er legte dar, daß Deutschland Vorherrschaftsregeln treffe und alles ins Werk setze, um seine Truppen mit der größten Schnelligkeit mobilisieren und zusammenziehen zu können. Niemand in Frankreich wüßte einen Krieg mit Deutschland, aber niemand wolle von Deutschlands Gnade abhängig sein.

### Rußland.

#### Vau einer neuen strategischen Bahn in Südsibirien.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Hand in Hand mit der aggressiven Politik der russischen Diplomatie im fernsten Osten geht ein neuer energischer Vorstoß, den die russische Regierung auf dem Gebiet des mittelasiatischen Bahnbaues unternimmt. Noch ist die kostspielige Amurbahn, deren Bau vor einigen Jahren begonnen wurde, nicht fertiggestellt, und schon schreitet die Regierung an die Errichtung einer neuen gewaltigen Bahn, die von der Grenze des europäischen Rußlands über Amolinsk nach Semipalatinsk gehen soll. Die Vorarbeiten sind von dem Verkehrsministerium beendet und zurzeit finden bereits die Kommissionsberatungen über die Einzelheiten des Baues statt. Während darüber noch manches im Unklaren ist, hat der Ministerat durch seine Vertreter in der Kommission erklärt, daß die Richtung nach Semipalatinsk in Anbetracht der politischen Bedeutung dieser Linie als definitiv anzusehen sei. Damit ist offiziell zugegeben, daß der Hauptzweck dieser Bahn kein wirtschaftlicher, sondern ein militärisch-strategischer ist, denn die Richtung nach Semipalatinsk bedeutet nichts anderes, als die Beherrschung der nordwestlichen Mongolei durch Rußland. In diesem Sinne wird die ge-

plante Bahn auch von der kapitalistischen Presse aufgefaßt. Die liberale „Ruskoje Slowo“, das meist verbreitete bürgerliche Blatt in Rußland, schreibt erbittert, der jetzige Ministerpräsident Kokozev habe „unglücklicherweise“ den Bau dieser Bahn um 4 Jahre verzögert. Wäre die Konzession für diese Bahn schon 1900 erteilt worden, so wäre der Bau jetzt schon beendet „und wir könnten ruhig sein über das Schicksal der nordwestlichen Mongolei“. Deutlicher als durch diese Worte kann der jüngste mittelasiatische Vorstoß des russischen Imperialismus nicht gekennzeichnet werden.

## Aus der Partei.

### Der sozialdemokratische Bezirksverband Thüringen.

Dem die Reichstagswahlkreise der Thüringer Kleinststaaten: Weimar, Meiningen, Coburg, Gotha, Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und die beiden Reuß angegliedert sind, beginnt seine Wirksamkeit am 1. April. Sekretäre sind die Genossen Vaudert und Leber. Die Adresse für Zusendungen ist: Sozialdemokratisches Bezirkssekretariat Thüringen, Weimar, Poststraße.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Bürgerliche Verbrechen.

Der Verantwortliche der Vierzfelder „Volkswacht“, Genosse Dreckschäpe, wurde vom Schöffengericht zu Detmold wegen Beleidigung des Redakteurs Staerde von der liberalen „Pfälzischen Landeszeitung“ zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in einem Bericht der „Volkswacht“ über eine Strafkammerverhandlung gefunden, in dem der Klageeifer des liberalen Redakteurs zurückhaltend kritisiert war.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die bürgerlichen Zeitungen in Detmold nach der Reichstagswahl eines Refektor aufgestellt haben, indem sie sich gegenseitig mit 40—50 Beleidigungsklagen andeten. Die Hälfte dieser Vagantprozesse ist entschieden — und das hat die Zeitungen ein paar Tausend Mark gekostet —; die andere Hälfte aber wurde durch einen Generalvergleich aus der Welt geschafft.

## Soziales.

### Hütelinder.

Nach wie vor wird den Agrariern die Verwendung schulpflichtiger Kinder zum Hüten gestattet, obwohl dieses System zu den schwersten Mißständen geführt hat. Kann die Regierung nichts dagegen tun? Die königliche Regierung zu Königsberg hat in den Jahren 1869 und 1874 versucht, die großen Uebelstände, die mit der Verabfolgung von Erlaubnisscheinen an hütlende und dienende Schulkinder verbunden sind, auf ein möglichst geringes Maß einzuschränken. In einer Verordnung vom 23. März 1886 schreibt die Regierung, die seitdem gemachten Erfahrungen hätten klar erwiesen, daß das Hütewesen immer noch eine große Ausbeutung habe, daß das öffentliche Schulinteresse darunter auf das Empfindlichste leide. An einer anderen Stelle der Verfügung heißt es wörtlich:

Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß im unterrichtlichen und erzieherischen Interesse das ernsteste Bestreben der Lehrer und Schulinspektoren sein wird, die Zahl der hütlenden und dienenden Kinder von Jahr zu Jahr herabzumindern und so das völlige Aufhören dieses Ausnahmewesens allmählich vorzubereiten, zumal in mehreren Kreisen leistungsmäßiger Endzweck so gut wie erreicht ist.

Also bereits im Jahre 1886 war von der Regierung die Befreiung des Hütelindersystems ins Auge gefaßt worden. Heute, nach 27 Jahren besteht es immer noch, und jetzt beschränkt sich dieselbe Regierung darauf, die Verordnung vom 23. März 1886 lediglich in Erinnerung zu bringen. Nach den Bedingungen von 1886 können also auch jetzt noch schulpflichtige Kinder zum Hüten verwendet werden. Nach der Verordnung wird der Erlaubnisschein vom Kreisinspektor erteilt, wenn folgende Bedingungen zusammenzutreffen:

- wenn das Kind entweder gar keine Ernährer und Versorger hat, oder wenn seine Eltern nach einer Bescheinigung des Landrats außerstande sind, es zu unterhalten, so daß der Eintritt in fremde Dienste das einzige Mittel ist, es vor Betteln und Vagandieren zu schützen;
- wenn das Kind nicht bloß fliegend lesen kann, sondern sich auch im Schreiben, Rechnen und in der Religion genügende Kenntnisse erworben, seit dem Eintritt in das schulpflichtige Alter, namentlich aber im vorangegangenen Winterhalbjahr, die Schule regelmäßig besucht und sich durch Fleiß und gute Führung als zuverlässig und ordentlich erwiesen hat;
- wenn dasselbe das elfte Lebensjahr vollendet hat;
- wenn der Dienstherr, falls er im vergangenen Jahre ein Kind in seinem Dienst gehabt, dieses regelmäßig zur Schule geschickt hat.

Der Erlaubnisschein ist, auch wenn diese Bedingungen zutreffen, zu unterjagen:

- wenn Mädchen zum Viehhüten verwendet werden sollen;
- wenn jemand mehr als ein Kind zum Hüten und Dienen überlassen haben will;
- wenn eine Verwendung des Kindes außerhalb des Kirchspiels stattfinden soll, in welchem dasselbe seine Heimat hat;
- wenn in der Schule Halbtagsunterricht eingeführt ist.

Die Hüte- und dienenden Kinder müssen während der Hützeit vom 1. Mai bis 1. November mit den übrigen Kindern wöchentlich zwölf Stunden Schulunterricht erhalten. . . . An Sonn- und Feiertagen ist den Kindern diejenige Zeit freizulassen, welche sie zur Teilnahme an dem Gottesdienst ihrer Konfession nach den Ordnungen ihrer Kirche nötig haben.

An diesen Bestimmungen hat die königliche Regierung im Laufe der 27 Jahre nichts zu revidieren gehabt, obwohl sie seinerzeit der Ansicht war, daß das völlige Aufhören dieses Hütelindersystems vorzubereiten sei. Die Regierung hat lediglich die Verordnung durch die Bestimmung ergänzt, daß schulpflichtigen Kindern während ihres letzten Schuljahres ein Erlaubnisschein zum Hüten oder Dienen nicht erteilt werden dürfe.

Das ist die ganze „soziale Fürsorge“, die im Interesse der Hütelinder von der Regierung im Laufe von 27 Jahren entfaltet worden ist. Die Notwendigkeit des Verbots jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder auch in der Landwirtschaft ist der Regierung nicht entgangen. Gestatten ihr die Agrarier nicht, endlich zu einem solchen Verbot überzugehen? Eine in noch so starken agrarischen Fesseln liegende Regierung sollte sich endlich darauf besinnen, daß, wer den Schatz der Kinder vernachlässigt, die größte Sünde begeht. Wistlang aber hat ja die Regierung noch nicht einmal die Enquete über die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft veröffentlicht.

### Berufskrankheiten in den Vereinigten Staaten.

Neu York, 15. März 1913. Dreizehn Millionen Berufs-Erkrankungen und ein durch sie verursachter Lohnausfall von 750 Millionen Dollar (8 Milliarden Mark) sind nach den Feststellungen der American Association of Labor Legislation (amerikanischer

Verband zur Förderung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung) alljährlich in den Vereinigten Staaten zu verzeichnen. Ganze Arbeiterarmeen sinken Jahr für Jahr vorzeitig ins Grab, weil die Raffgier des Unternehmertums nicht ein Partikelchen der gleichenden Dividenden aufzugeben gewillt ist, um sanitäre, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Teilnahmslos verhalten sich die Einzelstaaten. Im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten haben wir bis jetzt nur ein Gesetz zur Bekämpfung der Berufskrankheiten: es wurde vom Bundeserlasse und verbietet die Verwendung des weichen Phosphors bei der Fabrikation von Zündhölzern.

Die Phosphornekrose tritt in ihrer ganzen Furchtbarkeit auch für den Laien erkenntlich zutage. Daher die vereinzelte gesetzgeberische Maßnahme! Das Volk in seiner erdrückenden Mehrheit geht darum so teilnahmslos an den Berufskrankheiten vorbei, weil es die Ursachen derselben nicht erkennt. Mit den Betriebsunfällen, die täglich 100 Arbeiterleben fordern, beschäftigt sich die Öffentlichkeit; von den viel verheerenderen Berufskrankheiten nimmt sie kaum Notiz.

Die American Association of Labor Legislation mühte sich bei der Berechnung der Gesamtzahl der Berufs-Erkrankungen auf die dürftigen, sich nur als Stichproben darstellenden Zusammenstellungen des Bundesbureaus für Arbeiterangelegenheiten. Das amtliche Material erstreckt sich auf einen Teil der Textilindustrie und der Baugewerbe mit ihrer starken Staubentwicklung, der Luftfabrikation mit ihren Quecksilbervergiftungen, der Tunnel- und Brückenbauten mit ihrer Chajsonkrankheit und des Bergbaus mit seinen athmatischen Leiden. Da das statistische Material in den industriell am höchsten entwickelten und deshalb die stärkste gewerkschaftliche Organisation wie eine bessere (besser ist hier allerdings nur ein relativer Begriff) Arbeiter-Schutzgesetzgebung aufweisenden Staaten gesammelt ist, so darf man getrost annehmen, daß die angegebene Zahl von 13 Millionen Berufs-Erkrankungen pro Jahr trotz ihrer unglaublichen Höhe noch zu niedrig gegriffen ist.

Ueber die Sterblichkeit der von Berufskrankheiten Ergriffenen liegt ein noch dürftigeres Material vor, als über die Berufs-Erkrankungen selbst. Immerhin ergibt sich aus dem Bulletin Nr. 79 des Bundesbureaus für Arbeiterangelegenheiten, daß in einem Jahre 22 238 Arbeiter und Arbeiterinnen an Berufskrankheiten starben, die auf Staubentwicklung zurückzuführen sind. Die Bundesbehörde, welche sich als Instrument der herrschenden Partei bemüht, die bestehenden Zustände in rosigem Lichte erscheinen zu lassen, muß dabei noch selbst zugeben, daß nur ein Teil der Berufs-Erkrankungen von den behandelnden Ärzten den Behörden gemeldet wird.

Letztes Jahr veröffentlichte das Bundesbureau für Arbeiterangelegenheiten eine belehrende Broschüre über die Ursachen, die Symptome, den Verlauf, die Behandlung und die Verhütung der Berufs-Erkrankungen. Nach der Broschüre werden Berufs-Erkrankungen beobachtet u. a. in 27 Industriezweigen, die Werken, in 138, welche Blei und Bleiweiß verarbeiten; in 36, in deren Betrieb die Staubentwicklung stark ist. Zudem kommen noch vor allem die Montanindustrie mit ihrer riesigen Arbeiterzahl und ein erheblicher, oben nicht inbegriffener Teil der chemischen Industrie in Betracht. Nördern die 36 staubentwickelnden Gewerbe im Jahre über 22 000 Arbeiterleben, so greift man sicherlich nicht zu hoch mit der Annahme, daß über 50 000 gegen Lohn beschäftigte Personen pro Jahr an Berufs-Erkrankungen sterben.

Da der Erlaß von Verhütungsgesetzen nur sehr schwer, die Durchführung eventueller diesbezüglicher Vorschriften noch schwerer zu erreichen ist, so wäre es am zweckmäßigsten, wenn die Arbeiterschaft unter prinzipieller Wahrung ihres Standpunktes zunächst darauf drängte, daß die Berufs-Erkrankungen unter die Bestimmungen der Haftpflicht- und Unfallerschädigungsgesetze fallen. Dem Ausbau dieser Gesetze ist die Volkstimme nicht ungenügend. Wenn es erst einmal nicht mehr billiger ist, die Arbeiter dem Siedium und dem Grab zu überantworten, werden die Unternehmer schon Vorkehrungen zur Verhütung der Berufs-Erkrankungen treffen.

## Aus Industrie und Handel.

### Großhandelspreise und Konsum.

Nachdem die Preise der wichtigsten Verbrauchsgüter seit Anfang Dezember 1912 im Durchschnitt wieder fortgesetzt gesunken waren, hat der Monat Februar eine geringe Ermäßigung des Preisniveaus gebracht. Von einem Nachlassen der Tendenz kann freilich noch keine Rede sein, wenn man die Belastung des Konsums mit früheren Jahren vergleicht. Die Preishöhe sank zwar im Vergleichsmonat sogar noch etwas unter den Stand der vorjährigen Parallellzeit; praktisch will das jedoch nichts besagen, da das Warenpreisniveau im Februar 1912 um nicht weniger als 16,12 Proz. über den Februar 1911 hinaustrug. Um den allgemeinen Preisstand am Warenmarkt recht exakt zu erfassen, schlägt man folgendes Verfahren ein: man bildet aus dem festgestellten Jahreseinkommen für 17 der wichtigsten Waren ein Verbrauchseinheit zu 100 Tonne, in die jede Ware mit dem gehörigen Prozentsatz eingerechnet ist, und erhält damit einen ziemlich sicheren Maßstab für die Beurteilung der Preisveränderungen in ihrer Einwirkung auf den Konsum. Der Monatsindex für eine solche Einheit berechnete sich für den Monat Februar der Jahre 1907 bis 1913 auf Mark:

Februar 1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Index 5938,90	5981,38	5759,91	5887,98	5717,41	6899,83	6400,71
Zu resp. Abnahme, Proz.	+6,1	-3,70	+1,26	-2,48	+16,12	-2,10

Gegen 1907 steht der Index im Vergleichsmonat um 15,3 Prozent höher. Es sei nebenher darauf hingewiesen, daß sich z. B. das Lohnniveau der deutschen Bergarbeiter im Steinkohlenbergbau in der gleichen Zeit nur um circa 8 Prozent gehoben hat. Der Rückgang gegen das Vorjahr ist durch die Preissteigerung am Markt der vegetabilischen Nahrungsmittel bedingt. Gegen Februar 1911 und 1912 ergab sich hier folgende Bewegung der Indexziffern:

Februar	1911	1912	1913
Weizen . . . . .	654,15	698,78	657,87
Koggen . . . . .	794,75	1005,87	880,84
Kartoffeln . . . . .	487,02	1027,18	619,85
Weis . . . . .	20,92	24,97	23,62

Wortgetreide und Kartoffeln sind trotz des Preisrückganges der letzten Monate noch immer erheblich teurer als im Februar 1911. Die Fleischpreise stehen nach wie vor weit über den Notierungen der Vorjahre. Die Indexziffern für animalische Nahrungsmittel verzeichneten nämlich folgende Gestalt:

Februar	1911	1912	1913
Schweine . . . . .	799,75	892,25	1 091,16
Rinder . . . . .	855,40	872,20	943,60
Kälber . . . . .	181,50	175,25	309,25
Hammel . . . . .	60,80	68,13	70,67

Die Spannung der Schweinepreise gegen 1911 beträgt noch immer 36,4 Proz. Bei den wichtigsten Genusmitteln bedenkten die Indexziffern im Februar gegen die beiden Vorjahre folgende Gestalt:

Februar	1911	1912	1913
Kaffee . . . . .	181,50	181,00	145,78
Zucker . . . . .	94,28	168,66	97,45
Tabak . . . . .	75,00	76,00	80,40

Sehr bemerkenswert ist die Ermäßigung der Kaffeepreise, die sich seit einiger Zeit abmahnt und auf das erhebliche Anwachsen der Kaffeevorräte Brasiliens zurückzuführen ist. Die Preise der wichtigsten Roh- und Betriebsstoffe schließlich sind im Vergleichsmonat im allgemeinen unverändert geblieben. Nur Baumwolle erfuhr abermals eine Ermäßigung, steht aber noch immer höher im Preis als vor einem Jahre. Gegen das Vorjahr werden sämtliche Rohstoffe teurer bezahlt.

# Gewerkschaftliches.

## Die Stolper Streikbruch-Husaren und das Generalkommando.

Die Leitung der streikenden Transportarbeiter in Stolp in Pommern hat bei dem Generalkommando des 17. Armeekorps in Danzig Beschwerde geführt über die Verwendung von Husaren zu Streikbrechern. Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

17. Armeekorps.  
Generalkommando. Danzig, den 23. März 1913.  
Abt. IIa. Nr. 3481.

Auf Ihre telegraphische Eingabe vom 17. d. M. erhalten Sie nach Prüfung der Angelegenheit folgenden Bescheid. Nach Auskunft der Polizeiverwaltung in Stolp würde bei Nichtstellung von Ausschilffkräften eine erhebliche Störung des öffentlichen Geschäftsganges und Verkehrs mit Gütern eintreten und sind andere Ausschilffkräfte als die Soldaten nicht verfügbar. Die Bestellung der Husaren entspricht somit den Bestimmungen und das Generalkommando hat zu einem Eingreifen keine Veranlassung.

Von Seiten des Generalkommandos  
Der Chef des Generalstabes  
b. Brisinger, Oberstleutnant.

Dieser Bescheid zeigt nette Perspektiven bei jedem Streik. Danach teilt die Polizeiverwaltung nur mit, daß eine Störung des Verkehrs durch den Streik eintrete und das Militär nicht dann ungehindert die ganze Streikarbeit. Da Beschwerde an das Kriegsministerium gelangt ist, kann man darauf gespannt sein, wie sich dieses hierzu äußern wird.

Wie glaubwürdig aber so eine Mitteilung von Seiten der Polizei ist, das zeigen die in Stolp erscheinenden Blätter. In diesen teilt die Polizei der Einwohnerschaft mit, daß sie betrübene Streikposten zur eigenen Sicherheit in polizeilichen Gewahrsam genommen habe. Diese Mitteilung, die in die gesamte hinterpommersche Presse übergegangen ist, entspricht nach keiner Richtung hin den Tatsachen. Ein Arbeiter, der betrunken war, und auf dessen Verhaftung die Notiz hinweisen könnte, hatte mit Streikposten gar nichts zu tun. Natürlich sind solche Notizen sehr geeignet, die Streikenden in Mißkredit zu bringen. Daß dies die Absicht der Polizeibehörde ist, wollen wir nicht behaupten. Der Vorfall zeigt aber, was auf ihre Auskünfte in der Stolper Streikangelegenheit zu geben ist.

Und auf diese Auskünfte hin leisten die Stolper Husaren weiter Streikbrecherdienste!

### Berlin und Umgegend.

#### Neue Verhandlungen in der Berliner Herrenkonfektion.

Vom Hauptvorstand des Unternehmerverbandes für die Herren- und Anzweiskonfektion ist an den Zentralvorstand des Schneiderverbandes ein Schreiben gerichtet worden, in dem der Vorschlag gemacht wurde, am 28. März die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Der Vorstand des Unternehmerverbandes hat bereits vier Personen als Verhandlungsteilnehmer beauftragt; der Zentralvorstand der Schneider hat sich durch Schreiben an den Unternehmerverband zu Verhandlungen bereit erklärt. Die neuen Verhandlungen beginnen am 28. März etc.

Ein Streik in der Tischfabrik von E. Brämer in Lichtberg hat in der Möllendorffstraße, in welcher die Fabrik liegt, außerordentlich andern auf das Straßendbild gewirkt. Den Arbeitern wurde dort zugemutet, die übliche Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden um eine Stunde zu verlängern. Die Arbeiter wehrten sich dagegen und Herr Brämer verschaffte sich als Ersatz für seine bisherigen Leute jene dem Staate so besonders nützlichen Elemente, deren sich, obgleich sie bis an die Zähne bewaffnet sind und — wie einzelne von ihnen bewiesen — auch mit dem Revolver umzugehen verstehen, natürlich die Polizei annahm. Für die Streikenden ist die Straße gesperrt. Wer sich von ihnen sehen läßt, wird sofort von Herrn Brämer oder seinem Stiefsohn Max Otto der Polizei überwiesen. Dort wird er einem peinlichen Verhör unterzogen. Es wird ihm direkt auf den Kopf zugemutet, daß er ja nur deshalb nach Lichtberg gekommen ist, um Brämers Arbeitswillige zu beschaffen. Dann werden seine Taschen nach irgendwelchen Wapen untersucht, demselben ist ein Protokoll entnommen; dann heißt es: „Bitte, unterschreiben Sie!“ — „Kein, wie komme ich dazu.“ — „Aha! Sie scheinen ja sehr schlau zu sein! Nun machen Sie aber, daß Sie rauskommen und lassen Sie sich noch einmal sehen, dann —“ drohende Bewegung. So werden anständige Leute behandelt!

Nachmittags nach 4 Uhr ändert sich das Bild in der Möllendorffstraße. Es tauchen hier zwei Herren auf, dort auch. Und dort sind ja schon wieder zwei solcher Wasseremannschen Gestalten. Die hindern aber den Verkehr nicht, obgleich sie alle wohlgenährt sind. Dann kommen zwei Schutzleute zu Pferde. Sie alle gehen und reiten bei dem schönen Frühlingswetter spazieren. Nur die streikenden Arbeiter werden von der Straße gemieden. Endlich um 1/2 11 Uhr wird es lebendig. Zu Hunderten erscheinen die Arbeiter aus allen Fabriken. Auch aus dem Brämer'schen Betriebe kommen mehrere Häuflein heraus, die aber sofort von den anderen Arbeitern zu unterseiden sind. Auch die oben erwähnten Herren, als wenn sie die Nase von Polizeihunden hätten, finden sie sofort heraus und begleiten die bis an die Zähne bewaffneten „nützlichen Elemente“, welche dennoch vor friedlichen Arbeitern eine heillose Angst haben, bis zur Bahn oder nach Hause.

### Deutsches Reich.

#### Der Verband der Schneider im Jahre 1912.

Am Jahresabschluss 1912 zählte der Verband 89 787 männliche und 10 217 weibliche, insgesamt 100 004 Mitglieder. Das ergibt gegenüber dem Jahre 1911 eine Zunahme von 1801 männlichen und eine Abnahme von 292 weiblichen Mitgliedern, mithin eine Gesamtzunahme von 1519 Mitgliedern. Gegenüber den im Jahre 1912 erfolgten Neuaufnahmen von 19 054 männlichen und 4572 weiblichen Mitgliedern ist die Zunahme sehr gering, weil immer wieder tausende austreten oder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden müssen. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen stiegen um 134 630 M. (wovon allerdings 63 570 M. als Ertragssteuer in Form doppelter Beiträge in Abzug gebracht werden müssen), und zwar von 867 644 M. auf 1 002 274 M. Die Jahreseinnahme betrug einschließlich des Goldvortrages von 887 018 M. insgesamt 1 915 544 M., die Ausgabe 1 087 991 M., der Kassenbestand der Hauptkasse 827 552 M. Das finanzielle Ergebnis kann insofern befriedigend, als allein für Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen 509 960 M., das sind 411 063 M. mehr als 1911, ausgegeben wurden. Die Krankenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 125 108 M., die Reiseunterstützung 29 621 M. Die Lokalkassen hatten außerdem 195 712 M. für Lokalkassenbeiträge eingenommen und unter anderem auch für Lohnbewegungen 77 062 M. verausgabt. Der Kassenbestand der Lokalkassen betrug am Jahresabschluss 179 188 M.

#### Ein neuer „Christlicher“ Verrat.

Am Niederrhein stehen die Färber in einer Lohnbewegung. Von ihren ersten Anfängen an bis zum Streikbeschluss wurde diese Bewegung von dem christlichen Verbande und vom freien Verbande gemeinsam geführt. Alle Entschließungen kamen in voller Einmütigkeit zustande. Sie haben die Bewoll-

mächtigten der christlichen Organisation Einspruch oder Widerspruch erhoben. Gemeinsam wurden die Forderungen eingereicht und alle Schriftstücke an die Unternehmer von beiden Verbänden unterzeichnet. So wurde im Vorjahre gemeinsam das Zugeständnis des Unternehmerverbandes — weil ungenügend — und der Abschluß eines Tarifvertrages auf jener Grundlage abgesehen. Die Weiterführung der Bewegung wurde bis zum Eintritt der, wie alljährlich so auch heute, sicher zu erwartenden günstigeren Geschäftskonjunktur vertagt. Diese Periode trat Ende Januar ein. Der Geschäftsgang war gut und ist heute noch ein guter.

Gemeinsam wurden nun die Forderungen Ende Januar erneut eingereicht. Harmonisch arbeiteten christliche und freiorganisierte Arbeiter zusammen an der Aufbesserung ihrer Lage. Doch am 27. Februar richtete der christliche Textilarbeiterverband an den Verband der Unternehmer ein vorher in gemeinsamer Sitzung mit dem Deutschen Textilarbeiterverband beratenes Schreiben. Die Eingabe hatte folgenden Wortlaut:

An den Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie, z. B. des Herrn F. Holstein, Arefeld.

Wir haben unseren Mitgliedern heute, Donnerstag, den 27. Februar, zur Beratung unterbreitet, inwieweit der Verband der rheinischen Färbereien den gestellten Forderungen entgegenkommen will und welche Bedingungen ihrerseits daran geknüpft werden.

Von unseren Mitgliedern ist nachstehende Resolution beschlossen worden:

„Die streikenden Mitglieder der unterzeichneten Organisationen erkennen an, daß die Herren Färberbesitzer unseren Forderungen nicht unbeträchtlich entgegengekommen sind; sie erklären aber auch, daß dies Entgegenkommen doch nicht ausreicht, wie sie im Ultimatum ihrerseits angegeben sind.“

Die Streikenden erklären ihre Zustimmung zum Tarifabschluß nur dann, wenn neben den bis jetzt gemachten Zugeständnissen

1. der Lohn für Gesellen und Coulreufärber im zweiten Tarifjahre noch um eine halbe Mark erhöht wird,
2. der Lohn für Mädchen unter 22 Jahren jetzt um 1/2 M. und ab 2. Tarifjahr um eine weitere 1/2 M. erhöht wird,
3. wenn die Arbeitszeit für alle Betriebe einheitlich geregelt wird,
4. wenn die Arbeitszeit ab 2. Tarifjahr auf 58 Stunden wöchentlich herabgesetzt wird,
5. wenn die Tarifdauer abgeschlossen wird vom 1. März 1913 bis zum 1. März 1916.“

Die christlichen Führer waren sich demnach noch am 27. Februar einig, daß die Arbeiter, die ursprünglich eine Verkürzung der Arbeitswoche um mindestens 4 Stunden wöchentlich gefordert hatten, sich mit der gebotenen Eile nicht begnügen konnten; daß die Löhne für die Färber (gelernte Leute) auch nach den Zugeständnissen der Unternehmer noch durchaus ungenügend seien; daß die Arbeiterinnen unter 22 Jahren nicht sieben volle Jahre ohne einen Pfennig Lohnhöhung bleiben dürften; daß die Ablaufzeit des Tarifes eine andere werden muß.

Auch die anderen weniger beteiligten Organisationen waren sich klar, daß die Arbeitsverhältnisse der Färber eine entschiedener Verbesserung erfahren müssen. Die Hirsch-Dunderschen schloßen am 3. März folgenden Beschluß:

„Die am 3. März in Biersen tagende Bezirkskonferenz der gesamten Vorstandmitglieder des Gewerkschafts der deutschen Textilarbeiter (G. T.) in Anwesenheit mehrerer Hauptvorstandsmitglieder erklären, daß die Bewegung und Forderung der Färber als gerecht und der heutigen Zeit entsprechend anzuerkennen ist. Wenn wir auch nur mit einer kleinen Anzahl Kollegen an der Färberbewegung beteiligt sind, so sind wir doch bereit, im Interesse der Färber auch die von den Unternehmern Arefelds angebotene Ausperrung ruhig an uns herantreten zu lassen.“

Blötzlich wendete sich das Blatt. Am 19. März ging der Streikleitung vom Oberbürgermeister der Stadt Arefeld folgenden Schreiben zu:

Arefeld, den 18. März 1913.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter und der Arbeitgeberverband bezw. der Schützerband für das niederrheinische Seidengewerbe haben sich dahin geeinigt, daß der Färberstreik und die Ausperrung der Textilarbeiter beendet werden, indem die bisherigen Angebote der Arbeitgeber in den Fragen des Lohnes und der Arbeitsdauer angenommen werden und hinsichtlich der Dauer des Tarifvertrages Nachstehendes bestimmt wird:

Der Vertrag soll bis zum 1. November 1916 dauern; für den Fall, daß er ordnungsgemäß gekündigt wird, jedoch bis zum Ablauf des Vertrages eine neue Vereinbarung zustande kommt, sollen bis zum 1. März 1917 in Sachen des Tarifes weder die Färberarbeiter das Recht haben zu streiken, noch die Arbeitgeber der Färberbetriebe befugt sein, ihre Arbeiter auszusperrn; vielmehr soll in der Zwischenzeit vom Dezember 1916 versucht werden, durch Fortführung der friedlichen Verhandlungen den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu erzielen.

Das Inkrafttreten dieser Vereinbarung ist abhängig von der Zustimmung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Denn die Wiederaufnahme der Arbeit allein durch den christlichen Textilarbeiterverband ist schon aus technischen Gründen nicht möglich. Darüber sind sich alle Beteiligten einig.

Nachdem durch die Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Verband christlicher Textilarbeiter ein den Interessen beider Parteien gerecht werdender Ausgleich gefunden ist, ruht nunmehr die ganze Verantwortung für das Gelingen der Einigung auf dem Deutschen Textilarbeiterverband. Ich glaube nicht, daß er durch die Ablehnung seiner Zustimmung die Schuld wird auf sich laden wollen, für die schwere Schädigung, die unserer ganzen Industrie und unserer Stadt erwachsen wird, und für all das Unglück und Elend, das bei unseren Arbeiterfamilien einziehen wird, wenn der Streik und die Sperrung länger anhalten wird.

Ich bitte daher, unverzüglich eine Entscheidung des Deutschen Textilarbeiterverbandes herbeizuführen.

gez. Dr. Johansen.

Am Tage darauf verhandelte Herr Schiffer, R. d. R. und Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes, an seine Vertrauensleute Notizen zur Lancierung in die bürgerliche Presse, in denen der Bewegung die Verechtigung abgesprochen wurde. In diesen Artikeln spricht Herr Schiffer von einem „trivolen Riesenkampf“, den der sozialdemokratische Textilarbeiterverband im Arefelder Bezirk führt. Er spricht von einer „schlechten Geschäftskonjunktur“, von der „tiefen Niederlage“ der Färber. Die Schreden der Niederlage werden mit der von den Unternehmern eventuell in Aussicht gestellten „Einführung der Akkordarbeit und des Prämiensystems“ und mit dem „Elend laufender Arbeiterfamilien“, sowie dem „Schaden für die Allgemeinheit“ veranschaulicht. Dagegen werden die bisherigen Zustände der Unternehmer mit Nachdruck hervorgehoben. Die Führer der Christlichen bemühen sich, den empörten Arbeitern diesen Streik als einen notwendigen, im Interesse der Arbeiter gelegenen, hinzustellen. In zahlreichen Versammlungen versuchen die Christen den Proletariats das einzuweben. Zehntausende von Flugblättern werden am ganzen Nieder-

rhein verbreitet, in denen die „Trivolisität des Riesenkampfes“ bewiesen werden soll.

Und dieser „trivole Riesenkampf“ ist das gemeinsame Ziel der freigewerkschaftlich und christlich organisierten Arbeiter! Die Arbeiter können die Verantwortung tragen. Sie sind mit ihren Lohnforderungen weit zurück dem 26. Lebensjahre den Höchstlohn erreichen, statt nach dem dem 26. Lebensjahre den Höchstlohn erreichen, statt nach dem dem 23. Lebensjahre. In der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit haben sie das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen. Ein weiteres Zurück, glauben die Arbeiter, dürfte es nicht geben. Die christlichen Führer trieben ein trivales Doppelspiel. Sie erklärten ihr Einverständnis mit dem Verlangen der Arbeiter. Die Festigkeit der Arbeiter durchkreuzte die Absichten der christlichen Führer. Die Unterwerfung sich dem Modus vivendi, der Enghlisita Singulari Quadam. Die Enghlisita Singulari Quadam vom 24. September 1912 verpflichtet die christlichen Führer auf die Enghlisita Recum Quorum vom 15. Mai 1891. Die Enghlisita Recum Quorum aber versucht den Streik: Nicht sollen greifen die Arbeiter zu gemeinsamen Arbeitseinstellungen, um gegen die Lohnherren einen Zwang auszuüben, wenn ihnen die Anforderungen zu schwer, die Arbeitsdauer zu lang, der Lohnsatz zu niedrig erscheint.

Der Verrat der christlichen Führer ist eine Folge der Unterwerfung unter die Macht des römischen Akerus.

### Eine seltsame Zumutung.

Ein Gewerbetreibender in Reddinghausen erhielt eine Vorladung zum Polizeiamt, wo ihm die seltsame Zumutung gestellt wurde, sich darüber zu äußern, warum er nur freigewerkschaftliche Arbeiter beschäftige. Als der Borgegebene darüber die Auskunft verweigerte, wurde ihm eröffnet, daß man dann eventuell „andere Mittel“ gegen ihn anwenden werde. Worin diese Mittel bestehen, hat der Geschäftsinhaber bisher zwar noch nicht erfahren; er ist sich aber bei der schon durch den großen Reddinghäuser Polizeiprozess bekannten Polizeipraxis nicht darüber im Zweifel, daß er ganz etwas Besonderes zu erwarten hat. Der so Bedrohte hat nun indes gegen den betr. Beamten Beschwerde eingelegt.

## Letzte Nachrichten.

### Freihalten der französischen Regierung an der dreijährigen Dienstzeit.

Paris, 27. März. In der Heereskommission wiederholte heute nachmittags Ministerpräsident Barthou seine in der Kammer abgegebenen Erklärungen, daß bei der Regierung über den Grundgedanken der allgemeinen dreijährigen Dienstzeit Einstimmigkeit und Solidarität herrsche. Die Regierung beabsichtige keineswegs die Arbeiten der Kommission zu überstürzen, sie wüßte im Gegenteil eine gründliche Erörterung, die mit einer endgültigen Entscheidung für die Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit, die aus den Vorkäufen in der Politik des Auslandes sich ergeben habe, enden werde. Barthou drückte die Hoffnung aus, daß die Kommission den Grundgedanken annehmen werde, bevor sie in die Ferien gehe, um ihre Übereinstimmung mit der Regierung kundzutun und die öffentliche Meinung aufzuklären. Die Regierung sei nicht der Meinung gewesen, von der Befugnis, den Jahrgang 1910 unter den Rahmen zurückzuhalten, Gebrauch machen zu müssen. Aber da der Kriegsminister der Ansicht sei, daß die dazu erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen nach dem Monat Mai nicht ohne Schwierigkeit getroffen werden könnten, so werde die Entscheidung im jetzigen Augenblick erfolgen müssen. Das Parlament werde den Gesetzentwurf genau durchberaten können, die Regierung aber werde unter ihrer Verantwortung aufrechterhalten und vorbereitende Maßnahmen treffen, die um so unerlässlicher seien, als fast alle Gegner der dreijährigen Dienstzeit die Verlängerung der Dienstzeit wenigstens um einige Monate als eine Notwendigkeit der nationalen Verteidigung betrachteten.

### Die Aufnahme der Rede Churchills im Unterhaus.

London, 27. März. (B. T. V.) (Unterhaus.) Die Debatte über den Marineetat wurde durch den Abgeordneten Lee wieder aufgenommen, der den Sicherheitsfaktor für ungenügend erklärte. Lee sympathisierte zwar mit dem Vorschlage Churchills, eine Rüstungspause einzutreten zu lassen, und erklärte, jeder Mann würde sich freuen, wenn es möglich wäre, ein praktisch durchführbares Innenhalten in dem Beltrügen zu finden, sah aber unüberwindliche Hindernisse gegen den Vorschlag. Der Vorschlag könnte nicht auf Deutschland und England allein beschränkt werden und wenn England nicht auf der Konferenz in Haag den bindenden Beschluß durchsetzen könnte, daß alle Staaten diese Rüstungspause hätten, so könnte dieser Vorschlag nicht mehr sein als eine utopische Vision, welche infolge der Größe der geforderten Kredite in Churchills Kopf entstanden sei.

### Eine Entschädigung Montenegros für Stutari.

London, 27. März. (B. T. V.) Mit Bezug auf die Beschwerde Montenegros über das kleine und wertlose Gebiet, das Montenegro im Biloget Stutari erhalten soll, erklärt das Reutersche Bureau, daß die Rechte die Abicht haben, eine Kommission zu entsenden und Montenegro finanziell zu unterstützen zwecks Durchführung der Entwässerungs- und anderen Arbeiten, durch die der Stutari oder ein Teil desselben in Kulturland, das Montenegro dringend braucht, umgewandelt werden soll.

### Aus dem marokkanischen Aufstandsgebiet.

Paris, 27. März. (B. T. V.) Oberst Geny hat am 24. März ein Lager bei Darcaidill, 8 Kilometer südlich von Assaouada bezogen, nachdem er den Feind zurückgeschlagen hatte. Der Feind, der große Verluste an Toten und Verwundeten erlitt, entfloß unter Zurücklassung seiner Herden, auf französischer Seite wurden 4 Mann getötet, 1 Offizier und 20 Soldaten verwundet.

### Wassers-, Feuers- und Hungersnot in Dayton.

New York, 27. März. Auf dem einzigen Drahte, der New York noch mit Dayton verbindet, telegraphierte der Präsident der National Cash Register Company von Dayton hierher: Die Lage ist verzweifelt, alle Einwohner mit Ausnahme derjenigen an den Grenzen der Stadt sind vom Wasser zerniert und seit zwei Tagen ohne Nahrung. Im Zentrum der Stadt wütelte seit vierundzwanzig Stunden eine Feuersbrunst.

### Im Kampf mit Streikbrechern.

Dublin, 27. März. (P. C.) In dem Orte Sligo in Irland ereigneten sich schwere Kämpfe zwischen streikenden Dockarbeitern und Arbeitswilligen, wobei die Polizei mit blanker Waffe einschritt. Es kam zu einem mörderischen Handgemach, wobei mehrere Arbeiter, angeblich vier, getötet wurden. Die Stadtverwaltung hat sich an die Militärbehörden zwecks Sendung von Truppen gewandt, da Unruhen befürchtet werden.

Französischer Parteitag.

Zweiter Tag.

Brest, 24. März. (Fig. Ver.)

Die Militärfrage.

Dem heutigen Tage ist die Diskussion der Militärfrage vorbehalten worden, da die Deputierten noch heute abend fortfahren müssen, um der morgigen Kammerdebatte über die Regierungserklärung Vorlauf zu geben.

Compère-Morel ergreift das Wort und beantragt mit einer kurzen Begründung nachstehende

Resolution über die dreijährige Dienstzeit und die Friedenspolitik.

In Erwägung, daß die Entwicklung der Rüstungen und die Rolle der dreijährigen Dienstzeit von der Nation und der ganzen Welt als offenbare und charakteristische Beweise einer nationalistischen und chauvinistischen Politik angesehen werden würden;

in Erwägung, daß das einzige Mittel zur Sicherung der nationalen Verteidigung die Einrichtung der Miliz durch die allgemeine Volksbewaffnung ist und daß, wenn jede Verkürzung des Militärdienstes ein Schritt auf diesem Wege ist, jede Verlängerung des Aufenthalts der jungen Soldaten in der Kaserne ihre Negation ist;

in Erwägung, daß die durch den bewaffneten Frieden, der für die Völker gefährlich und für das ökonomische und soziale Leben der Nationen tödlich ist, herborgeworfenen Lasten nicht vermindert werden können, so lange nicht die Entwicklung und Befestigung der Schiedsgerichte alle internationalen Schwierigkeiten regelt, deren Verschwinden vom Verschwinden des kapitalistischen Regimes selbst abhängt;

in Erwägung endlich, daß zwei große Nationen wie Deutschland und Frankreich das Signal zur parallelen und gleichzeitigen Abrüstung durch eine Entente und eine loyal und öffentlich kundgemachte Verständigung geben können;

aus diesen Erwägungen beglückwünscht sich der 10. Kongreß der französischen Sektion der Arbeiter-Internationale zur gemeinsamen Aktion der sozialistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs und erklärt sich vollständig einig mit den Sozialisten Elsaß-Lothringens, die der Befestigung der ganzen Bevölkerung Ausdruck geben, als sie erklären, um keinen Preis eine Revanche zu wollen, die einen Zusammenstoß Frankreichs und Deutschlands herbeiführen würde.

Der Kongreß beauftragt die sozialistische Parlamentsfraktion und die Verwaltungskommission der Partei im Parlament und im Land, die energichste und entschlossenste Aktion zugunsten der deutsch-französischen Verständigung, der internationalen Schiedsgerichte, der nationalen Milizen und gegen die dreijährige Dienstzeit zu führen.

Saliant: Wir müssen unseren Kampfplan möglichst genau entwerfen. Wenn die dreijährige Dienstzeit beschlossen wird, müssen wir alle Kraft daran setzen, ihre neuerliche Abschaffung zu erreichen. Damit dienen wir dem Volk und der Republik wie dem einzelnen Bürger. Wägen alle anderen Parteien umfallen — wir bleiben fest. Alle Föderationen müssen ihre ganze Energie entfalten. Die heutige Resolution hat den Vorzug, daß sie sowohl die Mittel unseres Kampfes bestimmt als auch dem Geist des Baseler Kongresses entspricht, der der Partei jedes Landes die Pflicht auferlegt, gegen den Militarismus zu kämpfen. Unsere Pflicht ist es darum, gegen den Militarismus zu kämpfen. Unsere Pflicht ist es darum, namentlich auch, dem reaktionären Radikalismus entgegenzutreten, der von Geist und Charakter verfallen, das Land ins Verderben führt. Wenn die jüngsten internationalen Konflikte den Weltfrieden wirklich bedrohten, so ist das Frankreich der radikalen Republik mit schuldig, weil seine zur Anrechtserhebung herabgesunkene Allianz mit Rußland den Jarrismus unterstützt und die notwendige deutsch-französische Annäherung verhindert hat. Aber das tatsächliche Zusammenarbeiten der drei Länder Frankreich, Deutschland und England, das heute statthat, ist von größter Wichtigkeit. England hat sich Deutschland zweifellos genähert und die Bedingungen für eine deutsch-französische Annäherung waren nie günstiger als jetzt — nach der Erklärung der Elsaß-Lothringens, die einstimmig einen Revanchekrieg verwerfen. Elsaß-Lothringens hat seine historische Mittlerrolle verstanden. Es ist nötig, daß das französische Volk diese Sprache hört und sich darnach richtet. — Wir protestieren aber nicht nur gegen den Militarismus, sondern auch gegen die kapitalistische Kolonialpolitik, die die jetzige internationale Spannung erzeugt hat. Und indem wir gegen die dreijährige Dienstzeit kämpfen, verteidigen wir die Republik selbst. Zur Abwehr feindsüchtiger Angriffe ist die allgemeine Volksbewaffnung das wirksamste Mittel. Das stehende Heer bleibt seiner Natur nach ein Instrument der Klassenherrschaft. (Lebhafter Beifall.)

Hervé schlägt eine Resolution vor, die er als Ergänzung der Compère-Morels bezeichnet. Sie befragt im wesentlichen, daß die Fraktion die Regierung auffordern soll, mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten, um eine Entente auf Grundlage der Anerkennung der Autonomie Elsaß-Lothringens innerhalb des Deutschen Reiches zu vereinbaren. In seiner Begründung, die oft von Widerspruch und Zwischenrufen unterbrochen wird, legt Hervé dar, daß er ursprünglich eine andere, von der französischen und deutschen Partei einvernehmlich zu bekräftigende Lösung der Elsaß-Lothringischen Frage ins Auge gefaßt und auch in der „Guerre Sociale“ vertreten habe, nämlich die Anerkennung des Elsaß als deutsches Reichsgebiet durch Frankreich gegen Rück-erstattung Lothringens unter der Bedingung der Schließung der Festungswerke und der Abtretung einer Kolonie! Die Schwierigkeiten habe er sich nicht verhehlt — jetzt aber sei eine neue Tatsache hinzugekommen — die Erklärung der Elsaßler gegen die Revanche und ihre Bereitschaft gegen das Jugoslawien der Selbstregierung, am liebsten unter republikanischer Form im Verband des Deutschen Reiches zu verbleiben. Renaudel stellt in einer Unterbrechung fest, daß bisher keineswegs eine offizielle Äußerung aller Parteien Elsaß-Lothringens vorliege, sondern nur die Erklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten und verschiedene private Äußerungen Angehöriger anderer Parteien, zuletzt die Wetterlois in seinem Gespräch mit dem Redakteur der „Humanité“ (Voritzel). Auf die Zwischenfrage, was geschehen solle, wenn die deutsche Regierung das Angebot zurückweise, meint Hervé, dann habe die französische Demokratie jedenfalls vor der Welt ihre moralische Ueberlegenheit bewiesen. Die französischen und deutschen Sozialdemokraten hätten bei der Vertretung eines solchen Programms die beste Position.

Wohl wird man uns Franzosen wieder einmal anklagen, daß wir das Land unter den Willen des deutschen Kaisers und unter das Joch des Frankfurter Friedens beugen wollen. Aber wir müssen den Mut haben, diese Frage aufzuwerfen — wir sind die einzige Partei, die es kann. Und diese friedliche Lösung ist die einzige, die der Partei und der Zivilisation würdig ist.

Vor der Debatte fortgesetzt wird, verliest der anwesende Vertreter des Brüsseler „Peuple“, Genosse Dewinne, ein Telegramm, das vom belgischen Generalstreikbeschuß Kunde gibt. Es wird mit stürmischen Beifall aufgenommen, ebenso die anschließenden Darlegungen Dewinnes über die Situation in Belgien.

Mistré (Grenoble): Hervés Resolution ist unpraktisch, ja unmöglich. In der europäischen politischen Spannung spielt die Elsaßische Frage eine ganz geringe Rolle. Es ist die Marokkopolitik, die alles ins Rollen gebracht hat. Das Volk aber ist gegen den Krieg, gegen die Annahmen des Militarismus. Ueberall sehen wir Abneigung gegen die dreijährige Dienstzeit. Wir müssen alle Kraft daran setzen, die Annahme dieses rückwärtigen Gesetzes zu verhindern. Die Opposition ist im Wachsen. Jucrist gab es außer uns 72 sozialistische Deputierten im Parlament keine Gegner der Vorlage. Heute gibt es deren schon 180 bis 200. Wir müssen unsere Aktion fortsetzen. Ich bin überzeugt, daß wir dadurch die Annahme der Vorlage verhindern können. Ueberall, wo wir in den Gemeinderäten oder Generalräten, wenn auch nur in der Minderheit, vertreten sind, müssen wir entsprechende Resolutionen einbringen.

Nach der Wahl der 5 Mitglieder der gestern beschlossenen Studienkommission für die Reform der Parteiverwaltung wird die Vormittagssitzung geschlossen.

Nachmittagsitzung.

Es kommt zunächst zu einer stürmischen Debatte darüber, ob der Kongreß nach der Erledigung der Militärfrage weiter tagen und die Diskussion über die allgemeine Aktion der Partei und die Agrarfrage eröffnen soll. Renaudel und Compère-Morel sprechen sich energisch dagegen aus und die Mehrheit entscheidet in ihrem Sinne.

Mit großem Beifall auf der Tribüne empfangen, ergreift Genosse Preissens das Wort. Seine Rede ist das rechnerische und politische Hauptereignis des Kongresses. Die Klarheit und überzeugende Gewalt ihrer dichtgedrängten Schlüsse und die Fülle prägnanter, die Situation kennzeichnender Wendungen reizt die Delegierten wiederholt zu lauter Zustimmung hin. Der Redner fährt folgendes aus:

„Die Kundgebungen Elsaß-Lothringens haben eine neue Situation geschaffen. Wir haben da einerseits die Mülhauser gemeinsame Kundgebung der drei großen Parteien des Landes, andererseits die Erklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten. Beide verwerfen den Krieg und fordern die Autonomie. Doch fehlt allerdings die offizielle Kundgebung aller Parteien — sie wird vielleicht in einigen Tagen nachfolgen. Wir müssen den Umschwung der Meinungen in Elsaß-Lothringen begreifen. In der ersten Zeit nach dem Krieg war das Protestierum stark. Das war die Wirkung erstens der Brutalität der Annexion selbst. Zweitens die der Brutalität der Regierungsmethode. Aber die Zeit hat ihr Werk getan. Einerseits bekamen die Elsaßler mit ihrem Landtag immerhin ein Stück Autonomie, andererseits wurden sie es müde, daß ihre Anwälte in Frankreich immerzu die Revanche predigten und nie mochten. Sie wollten nicht mehr der Spielball des Nationalismus bleiben. Die Revanche war nur noch ein Vorwand — das habe ich schon als Berichterstatter der Kammer über die auswärtigen Angelegenheiten ausgesprochen. Wir sind glücklich, Elsaß seine volle Autonomie fordern zu hören — wir wollen ihm die Autonomie lassen, seine Autonomie zu suchen. Wir können nicht den Fehler begehen, uns einzumischen. Würden wir, wie Hervé fordert, auf die Tribüne steigen, um eine Intervention zu fordern, würden wir damit nur die Revanche-Demagogie entfesseln, ohne den Elsaßern selbst einen Dienst zu leisten. Dem Freiheiten bekommen ihren Wert nur, wenn man sie selbst erobert. Hervé sieht mit einer Ablehnung nur eine moralische Einbuße Deutschlands verbunden. Aber diese Auffassung ist doch zu simpel. Wie in Frankreich würden auch keine Interventionen ulla, die gefährlicher als der Coup von Agadir wäre. Indes hängen die Interessen des Friedens an anderen Tatsachen als der Elsaßischen Frage. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die Bemerkungen Hervés über die Kolonialfrage folgendes erwidern: Wir können nicht daran denken, unsere alten Kolonien von einem Tag zum andern einfach aufzugeben, noch daran, ihren Bewohnern ohne Rücksicht auf ihr Kulturniveau die bürgerlichen Rechte im Sinn der französischen Revolution ohne weiteres zu verleihen — sondern wir haben die Aufgabe, sie zur materiellen und geistigen Kultur und damit zur Freiheit empor zu führen. Etwas ganz anderes ist Marokko. Das ist keine Kolonie, sondern ein Kampfgebiet. Dort wäre ein Rückzug zur Politik möglich, die vor zehn Jahren befolgt wurde — zu einem auswärtigen Protektorat — mit Verzicht auf die schamlose Ausbeutung, die dort angebahnt hat.“

„In unserem Kampf gegen den Militarismus müssen wir die Lügenhaftigkeit unserer Gegner aufdecken. Die Rüstungsindustrie macht das Publikum durch die Journale, die sie unablässig vorträgt, glauben, es sei etwas Wahres an der nationalen Gefährdung Frankreichs. Es ist aber gar nichts Wahres daran. Noch ist aber gar nichts Sicheres über die deutsche Vorlage bekannt. Wir können annehmen, daß die deutsche Regierung das Maß ihrer Rüstungen nach dem der Französischen richten wird. Die jetzige Kampagne zeigt die Verkommenheit der großen Presse, die ebendem wenigstens ein professionelles Gewissen hatte, nicht willkürlich falsch informierte und zugunsten der kapitalistischen Spekulation die Wahrheit entstellte. (Preissens rechnet in diesen unter allgemeiner Bewegung vertragenen Sätzen mit dem „Temps“ ab, dessen Auslandsredakteur er einmal war.) Man glaubt jetzt, die Nation mit Kundgebungen von Kindern, durch Gefahr aus Wegem und Gymnastikspielzüge beeinflussen zu können. Sollen wir diese offiziös präparierten, oft von internationalen Hochstaplerprüfungen gefertigten — oft auch nur erzwungenen Kundgebungen respektieren?“

Es ist nicht richtig, daß die deutsche Vorlage wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen hat. Schon im vorigen Jahre habe ich die weitere Verstärkung der deutschen Effektivebestände vorausgesagt. Aber konstatiert muß werden, daß das auf die Siege von Sadowa und Sedan gegründete Deutsche Reich die einzige Macht ist, die seit 42 Jahren keinen Krieg geführt hat. Wohl ist der Frieden, den es will, eine von ihm auferlegte pax Germanica, aber doch eben ein Frieden. Es ist unmöglich, Deutschland Angriffsabsichten vorzuwerfen. Die Verstärkung der Effektiven ist die logische Konsequenz des Prinzips des stehenden Heeres in einem Land mit wachsender Bevölkerung. Auch der Zusammenbruch der Türkei und die Schwächung der Position Oesterreich-Ungarns wirkt auf die deutschen Rüstungen ein. Was sollen wir nun tun? Selbst unter Aufrechterhaltung unserer Prinzipien können wir heute schon gewisse Uebergangsmassregeln treffen. Wir sind eine Nation, die sich nicht vermehrt. Wenn wir unsere Defensivkraft auf Basis der

gleichen Effektivstärke vermehren wollen, sind wir von vornherein besetzt und enden bei der Kasernierung der ganzen Nation. Das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit ist ein Bekenntnis zur Unfehlbarkeit der Generale des obersten Kriegsrats. Man lese aber nur die älteren Schriften v. d. Goltz, um aus „Jena und Rossbach“ zu lernen, wie fehlbar die Weiseren Friedrichs II. waren, und die Schrift über die Volksbewaffnung, worin dieser Anhänger des Kasernensystems zugibt, daß es Nationen gibt — und Frankreich gehört dazu — wo die Volksbewaffnung ohne Schaden für die Wehrkraft verwirklicht werden kann. Wir müssen die Vorlage bekämpfen, auch wenn wir die Gefahr im Orient zugeben, weil wir keinen Vorteil für die Landesverteidigung und nur einen schweren Schaden für die nationale Arbeit von einem Gesetz zu erwarten haben, das im ganzen 30 000 Mann mehr an die Grenze bringt. Die Generale haben die zweijährige Dienstzeit sabotiert. Sie tragen auch die Schuld, daß 90 000 Mann nach Afrika geordert wurden. Das Militärsystem beeinflusst die auswärtige Politik. Mit einer Miliz kann man keine andere als eine Defensivpolitik betreiben. Deshalb fordern wir es. Aber wir sind heute, wo wir wissen, daß es nicht sofort durchzuführen ist und seine einseitige plötzliche Durchführung auch nicht ohne Gefahren wäre, zu Uebergangsmassregeln bereit. Wir widerlegen uns nicht gewissen notwendigen Vauten, Prämien zur Erhöhung der Bestände. Für dringende Fälle reicht das bestehende Gesetz, das die Zurückhaltung der Mannschaften gestattet, aus. Aber nie hat man mehr Offizierskursen gesehen als jetzt, die ihrem Dienst entzogen sind. Wir wollen auch nicht weiter unsere Soldaten in Marokko, diesem Mexiko der dritten Republik, festlegen. 100 000 Mann können wir so für die Landesverteidigung gewinnen. Wirklich notwendige Massregeln verweigern wir nicht, aber wir wollen keine Verschwendungen, wie sie Herr Messimy konstatiert hat, als von 200 Millionen unautorisierter Ausgaben hundert in die Taschen der Lieferanten geflossen waren.

Aber wir müssen die ganze auswärtige Politik der Republik reformieren. Sie hat Bankrott gemacht. Wir wissen wohl, daß auch eine Demokratie in ihren auswärtigen Beziehungen den Tatsachen Rechnung tragen muß. Aber unsere Politik ist eine allgemeine Deutemacherei, sie ist undemokratisch. Wir haben Ägypten an England ausgeliefert und uns dafür Marokko ausbedungen. Dann kam Italien in Tripolis und Deutschland. Wir haben den Sturm im Orient entfesselt. Nachdem ein Jahrhundertlang die Unberührbarkeit des ottomanischen Reiches verkündet worden war, haben Oesterreich und Italien sie ruhig verlegen dürfen. So hat die Republik auch darauf verzichten müssen, die irakische Frage friedlich zu lösen. Als wir für die Armenier und Mazedonier intercedierten wollten, hielt man uns das Dogma von der Intangibilität der Türkei entgegen. Aber unter den Augen der Regierung der Republik hat Iswollski die Kriegsanleihen für die Balkanstaaten abgemacht. — Wenn heute auch schon die Alliierten auf dem Balkan einander feindselig betrachten, ist das auch ein Ergebnis des Bankrotts der europäischen Politik. Nicht mit Lösungen von einem Tag zum andern, nicht mit guten Ratschlägen an Gesandte können wir den Wandel schaffen, sondern wir brauchen eine eigene, allgemeine auswärtige Politik. Wir müssen den europäischen Völkern Bürgschaften geben. Wir brauchen Schiedsgerichte, aber nicht solche, wie das wertlose vom Haag, sondern obligatorische, ganz besonders für Fragen von vitalen, nationalen Interessen. Man glaubt jetzt vielfach an einen Rückschlag unserer Friedensaktion und spottet sehr. Aber wir haben die Lehren der Geschichte für uns. Hat die Menschheit nicht auch die Epoche der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Provinzen und Gemeinden überwunden? — Selbst in der kapitalistischen nordamerikanischen Republik haben wir einen lokalen Versuch zur Verwirklichung der Schiedsgerichte zu verzeichnen gehabt. Man sagt, niemand wolle noch von Friedenskonferenzen wissen. Wohl war die Einberufung der ersten eine Heuchelei des Jaren — aber sie war doch eine Verbeugung vor dem Prinzip. Die zweite Konferenz war von dem ehrlichen Liberalen Campbell-Bannerman einberufen. Wenn sie ergebnislos blieb, so war der französische Minister Pichon hauptsächlich mit schuld daran — aus Gefälligkeit gegen Rußland. Aber wenn sich Deutschland im vorigen Jahre um den Frieden bemüht hat, hat England die Konsequenzen daraus gezogen. Die Erklärung Tirpitz' stellt keine Verbindlichkeit dar, aber einen stillen Entschluß. Und hat sich Rußland nicht Deutschland genähert? Soll Potsdam und Versailles keine Früchte getragen haben? Unsere Chauvinisten haben sich getäuscht. Statt allein zu bleiben, hätten wir besser getan, an unsere englischen Freunde zu appellieren und für unser Landheer im Verhältnis zu Deutschland etwas Ähnliches anzustreben wie sie zur See. Statt dessen gehen wir bis zum Wahnsinn der dreijährigen Dienstzeit.

Vielleicht werden wir für den Augenblick unterliegen. Aber der Zukunft bin ich sicher. Nicht nur wegen der ökonomischen Folgen, sondern auch, weil die allgemeine dreijährige Dienstzeit auch dem Geist der herrschenden Klassen widerspricht und die Tendenz zu Sprünge zeigt. Schon sehen wir jetzt junge Bourgeois eine privilegierte Situation für Studierende fordern. — Unsere Revanche wird sicher kommen. Ich würde mich trösten, wenn die Reaktion nur die Wirkung hätte, eine Partei wegzufegen, die alle Grundzüge vertrat hat. Ich frage mich aber, ob sich nicht das Schicksal der Republik mit entscheidet, weil das Volk diese mit ihren radikalen Vertretern verwechseln kann. Die Haltung der sozialistischen Partei wird auch die Ehre der Demokratie und der Republik retten. Wenn wir die Aufgabe der sozialen Befreiung verfolgen, sind wir gleichzeitig auch die einzigen Verteidiger der bürgerlichen Freiheiten, die unsere Väter uns unvollendet übergeben haben. Wir verlegen nicht eine unserer Forderungen und bleiben darum die Partei der Freiheit, des Friedens und der Zivilisation. (Langanhaltender begeisteter Beifall der Delegierten und des Publikums. Der Kongreß bringt dem Redner eine stürmische Ovation dar.)

Auf Antrag Rolands wird beschlossen, die Rede in Druck zu legen und als Broschüre zu verbreiten.

Alle eingetragenen zehn Redner verzichten auf das Wort. Hervé erklärt, seine Resolution nicht zurückziehen, erklärt sich aber damit einverstanden, daß sie der Administrativkommission und der Fraktion überwiesen werde. Er wolle die Aktion gegen die dreijährige Dienstzeit, die jetzt die Hauptsache sei, nicht stören — aber wenn diese Frage in einigen Wochen entschieden sein werde, so bleibe die Elsaßische bestehen und man solle nicht mit Verstecken spielen.

Preissens repliziert, er habe keineswegs eine diplomatische Schwelgetat empfunden, sondern die volle Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Elsaßler.

Die Resolution Compère-Morel wird einstimmig angenommen. (Stürmischer Beifall.)

Der Kongreß beschließt, die Beratung des Punktes: „Allgemeine Aktion der Partei“ auf dem Nationalrat Ende Juni zu beginnen und auf einem außerordentlichen Parteitag vor Jahreswende fort-

zufügen, damit der ordentliche, vor den Wahlen stehende Parteitag von 1914 ein fertiges Programm vorfinde.  
Am 7. Uhr abends wird der kurze, aber für den Kampf gegen den Militarismus so wichtige Parteitag geschlossen.

**Marktpreise von Berlin am 26. März 1913.** nach Ermittlungen des Königl. Vorkriegspräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,78 bis 19,90, mittel 19,54—19,66, geringe 19,30—19,42. Roggen, gute Sorte 16,23—16,25, mittel 16,19—16,21, geringe 16,15—16,17 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,50, mittel 15,90—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,40—19,70, mittel 16,20—17,30 (frei Bagen und ab Bahn). Mais (mitz), gute Sorte 14,45—14,80. Preis 5,40—7,20.  
**Markthallenpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbül.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Rapsen 1,20—2,40. Haie 1,60—3,20. Bander 1,60—3,60. Gedörrte 1,60—2,80. Barische 1,20—2,40. Schlei 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Preble 4,00—24,00.

**Witterungsübericht vom 27. März 1913.**

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.
Eutin	766,0		3	Wolken	2	36	Saparanda	767,8		4	Wolken	1	34
Hamburg	766,0		3	Wolken	3	36	Petersburg	764,8		2	Wolken	-0	31
Berlin	763,0		3	Wolken	1	36	Scilly	753,0		4	Wolken	8	46
Frankfurt	759,0		1	Wolken	6	43	Aberdeen	757,0		3	Wolken	5	41
München	759,0		4	Wolken	7	43	Paris	756,0		3	Wolken	7	45
Wien	759,0		2	Wolken	1	36							

**Wetterprognose für Freitag, den 28. März 1913.**

Zunächst ziemlich trübe mit etwas Regen, mäßigen südlichen Winden, wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur; später langsam wieder aufklarend.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 26. 3.	seit 26. 3.	Wasserstand	am 26. 3.	seit 26. 3.
Wemel, Elbt	439	+17	Saale, Großhitz	212	+52
Bregel, Zisterburg	187	+24	Saale, Spandau	70	+2
Reichel, Horn	224	+11	Rathenow	125	+6
Dder, Raibor	216	+8	Spree, Spremberg	118	+34
Kroffen	142	+1	Beesfow	92	+2
Frankfurt	147	+3	Weser, Minden	232	+22
Wartbe, Schrimm	88	+2	Rhein, Magiliansau	504	+16
Landberg	76	+2	Raub	295	+11
Rehe, Vorbaum	21	+8	Rhein	341	+8
Elbe, Weimeritz	156	+64	Reder, Heilbronn	190	+28
Dresden	-14	+36	Rhein, Canau	194	+3
Barby	205	+13	Roßel, Zrier	184	+21
Magdeburg	155	+1			

+) + bedeutet Hochs, - Fall, - \*) Unterpegel.

Dem Genossen  
**Robert Lenzner** nebst Gattin  
zu ihrem 25. jährigen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche.  
1225  
Die Genossen der 63. Gruppe  
Bezirk Lichtenberg.

**Todes-Anzeigen**

Am Sonntag, den 23. März nachmittags, verstarb plötzlich meine liebe Frau  
**Hedwig Höhn** geb. Schlüter  
jezt Friedenstr. 50.  
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Reuföhrer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Hans Höhn.**  
1265

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreise.  
Bezirk 127.  
Am Sonntag, den 23. März, verschied plötzlich unser Mitglied, die Genossin  
**Hedwig Höhn**  
Friedenstr. 50.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Reuföhrer Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
205/14  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise.  
Stralauer Viertel. Bez. 333.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Fräulein  
**Hedwig Behne**  
Kommtener Str. 10  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
212/11  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler  
**Paul Mießner**  
Liebigstraße 10  
am 24. März an Herzleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Köpenick aus statt.  
Ferner hat unser Mitglied, der Schmied  
**Ernst Stiller**  
Valladenstraße 10  
am 26. März an Gehirnschlag.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Marias-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.  
Ferner hat unser Mitglied, der Förmer  
**Paul Kähler**  
Graunstraße 35  
am 21. März an Unfall.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Nordend (Kleider-Schönhausen) aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
115/9  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreise.  
Bezirk 127.  
Am Sonntag, den 23. März, verschied plötzlich unser Mitglied, die Genossin  
**Hedwig Höhn**  
Friedenstr. 50.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 29. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Ehenacher Straße, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreise.  
128. Bezirk, VIII. Dist.  
Am 26. März verstarb unser Genosse, der Klempner  
**Hugo Drenikow.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
**Der Vorstand.**

**Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer  
**Wilhelm Lüttke**  
(zulezt Bodbrauerei, Abteilung I) nach kurzer Krankheit an Lungenerkrankung verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 29. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Ehenacher Straße, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.**  
Ortsverwaltung Berlin 10.  
Am 21. d. Mts. verschied infolge eines Unfalls unseres Mitglied  
**Paul Kähler.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Friedens-Gemeinde in Nordend aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
Neukölln.  
**Nachruf.**  
Am 14. März verstarb nach langer Krankheit in Drauschweig unser Parteigenosse  
**Rudolf Arlen**  
(15. Bezirk).  
Ehre seinem Andenken!  
**Der Vorstand.**

**Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe**  
(Deutscher Senefelder-Bund).  
**Formstecher**  
**Nachruf.**  
Am 17. März 1913 verstarb unser Mitglied, der Formstecher  
**Rudolf Arlen**  
an Lungenleiden.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!  
109/8  
**Die Verwaltung.**

**Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe**  
(Deutscher Senefelder-Bund).  
**Formstecher**  
**Nachruf.**  
Am 17. März 1913 verstarb unser Mitglied, der Formstecher  
**Rudolf Arlen**  
an Lungenleiden.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!  
109/8  
**Die Verwaltung.**

**Witwe Luise Giltwaldt**  
nebst Kindern.  
**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Nach kurzem schweren Leiden verschied sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Möbelpolierer  
**Karl Thiele**  
im 65. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Ww. Augusto Thiele** geb. Neumann,  
Graudenzstr. 5.  
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 29. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Vagarus-Friedhof zu Ahrensfelde statt.  
Zug fährt Briesgauer Bahnhof 2 Uhr 30 Min.  
8024

**Alfred Kuppke**  
sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.  
**Fran Kuppke**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.  
1186  
Wwe. Henriette Steumes.

**Arbeiter - Radfahrer-Bund Solidarität.**  
Ortsgruppe Berlin.  
**Touren**  
zum Sonntag, den 30. März.  
Sämtliche Abteilungen 1 Uhr: Wannsee (Rüstenhof). Startis an den Befamten Stellen. 10/15  
Heute: Zentralfahrtführung.

**Coburger Geld-Lose**  
Ziehung 8.-12. April  
**Lose Mk. 3.30.**  
Porto und Liste pro Lotterie 30 Pf., Ausland 60 Pf. extra, versendet auch unter Nachn. die allbekannte  
**GIBCKOLLEKTE**  
**Oppenheimer - Kaufmann**  
Gr. Bockenheimerstr. 21  
Frankfurta M.  
Prospekte aller Lotterien gratis und franko. \* \*

**Tuchstoffe**  
Anzugstoffe, Hosenstoffe, Reste  
Neuheiten  
sehr billig. **Molkenmarkt 12-13**  
Tuchlager Carl Engel.

**Stoffe**  
Deutsch-englische Neuheiten für Herren und Damen.  
Einzelverkauf zu selten billigen Preisen.  
Tuchagentur, Voreckstr. 75 pt.

**Spüle mit Henkel's Bleich-Soda.**  
**Hühner**  
1912er Frühbrut, allerbeste Eierleger, mit ger. leb. Anlauf, Farbe u. Buntsch. inkl. Gahn 12 St. 27,50 M., 8 St. 19 M., Probepostford 3 St. 8 M.  
**A. Streusand.**  
Berlin 55, Goldaper Str. 8. a.  
Wer billig Landparzelle erwerben will, Vormärzleier schon mit 100 M. Ausg. ger. Feldg. event. ohne Strahlenfallen, schreibe sofort an **W. Buchholz**, Berlin NO. 18, Aniprobekstraße 19. 1144\*

*Zum Titel = Umfang*  
besonders billige  
**Ausnahme-Preise**  
Hervorragend schöne  
**Modelle und Reismuster**  
für Knaben bis zum Alter von 15 Jahren  
zu erstaunlich billigen Preisen!  
Man beachte das morgige Inserat!  
**BaerSohn**  
Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10  
Prompter Versand nach außerhalb  
Sonntag von 12-3 geöffnet. Nachdruck verboten  
Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei

**Erstklassig!**  
**Unsere "Marine"**  
2 Pfg.  
**CIGARETTE**  
  
**Georg A. Jasmatzki Akt. Ges.**  
Dresden  
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter und Schwester  
**Emilie Kausche**  
sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Heinrich Schauer.**

**Möbel auf Kredit**  
**Farbige Küchen u. Polsterwaren**  
Einzelne Möbelstücke  
**F. & H. Schmidt,** Petersburger Straße 23, erste Etage.  
Anzahlung schon von 5 Mark an.

**Orts-Krankenkasse  
Bohagen-Rummelsburg.**

Den Kassennmitgliedern sowie auch den Arbeitgebern bringen wir gemäß § 66 des Kassensatzes hiermit zur Kenntnis, daß die Statutenänderung wie folgt genehmigt ist und am 31. März 1913 in Form eines 6. Nachtrages in Kraft tritt.  
Berlin-Lichtenberg, 27. März 1913.  
G. Budde, Vorsitzender.

**6. Nachtrag**  
zum revidierten Kassensatz vom 1. Juli 1902 der Ortskrankenkasse für den Amts- und Gemeindebezirk Bohagen-Rummelsburg, beschlossen in der Generalversammlung vom 22. November 1912.

zu § 13.  
Der § 13 Ziffer 3 wird gestrichen und erhält folgenden Wortlaut:  
Im Falle der Erwerbsunfähigkeit, dem dritten Tage der Erkrankung ab, für jeden Kalendertag ein Krankengeld und zwar:

- a) für Mitglieder der I. Kl. n. N. 2,24
- b) " " " " II. " " " 1,85
- c) " " " " III. " " " 1,47
- d) " " " " IV. " " " 0,96
- e) " " " " V. " " " 0,64

zu § 29.  
Der § 29 des Kassensatzes wird mit Ausnahme des letzten Absatzes gestrichen und erhält folgenden Wortlaut:

Die Rassenbeiträge betragen 4 1/2 % des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tagelohnes und betragen somit, die Woche zu sieben Tagen gerechnet, für

- Kl. I n. N. 1,08
- " II " " 0,90
- " III " " 0,69
- " IV " " 0,45
- " V " " 0,30

Vorstehende Veränderungen treten mit dem Montag nach der Veröffentlichung in Kraft.

**Der Vorstand.** 267/9  
Budde, Vorsitzender.  
Genehmigt.  
Botsdam, den 22. Februar 1913.  
(L. S.)  
Kamens des Bezirksausschusses  
Der Vorsitzende.  
In Vertretung (Unterschrift).



*Josef*  
**JUNO**  
**2s CIGARETTE**  
KON-LINON



**Engelhardt  
Caramel-Bier**

alkoholarm  
ärztlich empfohlen  
Diätetisches  
Gesundheitsbier

Flasche 10 Pf. Überall käuflich.

**Vorwärts-Bibliothek**

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.  
**Erweckt.** Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger.  
**Der Ausweg.** Eine Erzählung von Ernst Preczang.  
**Das Land der Zukunft.** Reisebeschreibung von Leo Kollisch. Mit einer Einleitung von Paul Göhre.  
**Verschrobenes Volk.** Von R. Grötzsch.  
**Der Prinzipienreiter.** Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 v. Wilhelm Blas.  
**In den Tod getrieben.** Zwei Erzählungen von Ernst Preczang.  
Jeder Band gut gebunden 1 Mark.  
Die Vorwärts-Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungs-Lektüre für jede Arbeiterfamilie.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstrasse 69, und alle Vorwärts-Ausgabestellen.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch **Pichelswerder**,  
an der neuen Meerstraße beim **Alten Freund**.

**Theater und Vergnügungen**

Freitag, den 28. März 1913.

Anfang 4 Uhr.  
**Urania.** Paris und die Königschlösser von Versailles.  
Anfang 7 Uhr.  
**Rgl. Schauspielhaus.** Götz von Berlichingen.  
**Deutsches Opernhaus.** Das Mädchen aus dem goldenen Westen.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Opernhaus.** Sinfonie-Konzert. Deutsches. Ein Sommernachts-traum.  
**Königsgräber Straße.** Das Buch einer Frau.  
**Zirkus Busch.** Gala-Vorstellung.  
**Zirkus Albert Schumann.** Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** „Hohenzollern“-Fahrten. Kammerstücke. Mein Freund Teddy.  
Besung. Lantini der Karr.  
**Kroll.** Das Grabmal.  
**Theater des Westens.** Die beiden Lularen.  
**Berliner.** Filmzauber.  
**Theater in der Königsgräber Straße.** 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: **Das Buch einer Frau.**  
**Deutsches Schauspielhaus.** 8 Uhr: Das gelobte Land.  
**Theater des Westens.** 8 Uhr: Die beiden Husaren.  
**Montis Operetten-Theater.** (fr. Neues Theater). Am Nordend 1141. 8 Uhr: Der Zigeunerprimas.  
**Residenz-Theater.** Anfang 8 Uhr.  
**Die Frau Präsidentin.** (Madame la Présidente). Schwan in 3 Akten von R. Hennequin u. B. Beder. Morgen und folgende Tage: **Die Frau Präsidentin.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Friedr. Wilh. Schauspielhaus.** Der Diktator.  
**Walhalla.** Parole Walhalla.  
**Folies Caprice.** Des Löwen Erwachen.  
**Volgt-Theater.** Entehrt.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Bildente.  
Anfang 9 Uhr.  
**Admiralpalast.** Fischel: Hirt in St. Moritz.  
**Berliner Gipsalast.** Lebende Gipsalpasturen.  
**Strawarte.** Smalldenstr. 57-62.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Mac-Frog, der unersättliche Froschschluckler.  
Das Verschlucken u. Zurückbringen leb. Frösche u. Fische.  
**Die WILDEN Feuerfresser** in ihren fanat. Märtyrer-Produktionen.  
**Alles lebend!**  
Alles ohne Extra-Entree!  
**Theater am Nollendorferplatz.** In allen Tagen der Woche 8 Uhr:  
**Extrazug nach Nizza.**

**Schiller-Theater O. Wallner-Theater.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Das Konzert.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Im weißen Rössl.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Andere.**  
Sonnabend, 8 Uhr: Zum 1. Male: **Cyrano von Bergerac.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **König Lear.**  
Sonntag, abends 8 Uhr: **Cyrano von Bergerac.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: **Filmzauber.**  
**Theater in der Königsgräber Straße.** 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: **Das Buch einer Frau.**

**Deutsches Schauspielhaus.** 8 Uhr: Das gelobte Land.  
**Theater des Westens.** 8 Uhr: Die beiden Husaren.  
**Montis Operetten-Theater.** (fr. Neues Theater). Am Nordend 1141. 8 Uhr: Der Zigeunerprimas.

**Residenz-Theater.** Anfang 8 Uhr.  
**Die Frau Präsidentin.** (Madame la Présidente). Schwan in 3 Akten von R. Hennequin u. B. Beder. Morgen und folgende Tage: **Die Frau Präsidentin.**

**Luisen-Theater.** Freitag, abends 8 Uhr: **Im wunderschönen Monat Mai.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Im wunderschönen Monat Mai.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **„Und hätte der Liebe nicht...“**  
Sonntag, abends 8 Uhr: **Ror 100 Jahren** oder: **Rapoleon's Sieg und Fall.**

**Passage-Panoptikum.** Mac-Frog, der unersättliche Froschschluckler.  
Das Verschlucken u. Zurückbringen leb. Frösche u. Fische.  
**Die WILDEN Feuerfresser** in ihren fanat. Märtyrer-Produktionen.  
**Alles lebend!**  
Alles ohne Extra-Entree!

**Passage-Panoptikum.** Mac-Frog, der unersättliche Froschschluckler.  
Das Verschlucken u. Zurückbringen leb. Frösche u. Fische.  
**Die WILDEN Feuerfresser** in ihren fanat. Märtyrer-Produktionen.  
**Alles lebend!**  
Alles ohne Extra-Entree!

**Urania**  
Wissenschaftliches Theater.  
**Taubenstraße 48/49.**  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Paris und die Königschlösser von Versailles.**  
Abends 8 Uhr:  
**„Hohenzollern“-Fahrten.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Verlassene Frauen.**  
Vollständig in 5 Akten von H. Ringen.  
Morgen: **Verlassene Frauen.**  
Sonntag 3 Uhr: **Die Anna-Lise.**

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr: **Rauschen gestaffelt!**  
**Die Kino-Königin.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Oskowitz.  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gesetzt u. Dir. Rich. Schulz.  
**Karl Bachmann** **J. Giampietro**  
**G. Thielscher** **V. Norbert**  
**H. Ballot** **J. Russka** **Ly Winter**

**Herrnfeld Theater**  
Neuer großer Erfolg!  
**Schonzeit-Jäger.**  
**Liebesprobe.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**„Cines“**  
**Nollendorf-Theater**  
Nollendorfplatz 4.  
**Die Sensation von Berlin!**  
**Quo vadis?**  
Das gewaltigste Film-Drama aller Zeiten!  
Vorführung 5, 7, 9 Uhr.  
Eintrittspreise 1-3 M. (Logen 4 M.)  
Vorverkauf täglich von 10 Uhr ab an der Kasse.

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert.**  
Gastspiel des Philharmonischen Bläserorchesters aus Mailand. Dirigent: Maestro Lorato Tesone.  
Musik des 1. Garde-Dr.-Regts., Dirig. Oberm. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.

**„Cines“**  
**Nollendorf-Theater**  
Nollendorfplatz 4.  
**Die Sensation von Berlin!**  
**Quo vadis?**  
Das gewaltigste Film-Drama aller Zeiten!  
Vorführung 5, 7, 9 Uhr.  
Eintrittspreise 1-3 M. (Logen 4 M.)  
Vorverkauf täglich von 10 Uhr ab an der Kasse.

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert.**  
Gastspiel des Philharmonischen Bläserorchesters aus Mailand. Dirigent: Maestro Lorato Tesone.  
Musik des 1. Garde-Dr.-Regts., Dirig. Oberm. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.

**Voigt-Theater.**  
Geisendamm, Badstraße 58.  
Freitag, den 28. März 1913:  
**Entehrt.**  
Drei-Schausp. in 5 Akten v. E. Senle.  
Sonnabend, 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Vorangeführt Sonnabend, 29. März: **Benjeli für Otto Rein: Raffalles Ende.**

**Theater Königstadt-Casino.**  
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1 Minute d. Bahn. Jannowitzbrücke  
Tägl. abds. 7 1/2. Sonnt. 7 1/6 Uhr:  
**O. diese Chauffeure!**  
Lustspiel von Rich. Repler — u. das groß. Spezialitätenprogramm  
Red. 1. u. 16. Programmwechsel.

**Kino-Theater**  
**:: Marienbad ::**  
Badstr. 35-36.  
**Heute Premiere.**  
Im Konzert-Restaurant:  
**Heute großes Militär-Konzert.**

**Walhalla-Theater**  
Weinbergweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Parole: Walhalla!**  
Große Jahresrevue.  
Vorzugsarten haben stets Gültigkeit.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
**„Bühnen-Größen“**  
Burleske von **Meysel und Britton.**  
Anfang 8 Uhr.

**Zirkus Barum**  
nebst gr. Raubtier-Dressurschau.  
**Berlin N., Triftstraße,**  
an der Müllerstraße.  
Heute sowie täglich ab. 8 1/2 Uhr:  
**Gala-Abende.**  
Mr. Miraldo, das Rätsel des 20. Jahrhunderts, 103b und alle übrigen Attraktionen und Raubtierdressuren.  
Täglich wechselnd. Programm.

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert.**  
Gastspiel des Philharmonischen Bläserorchesters aus Mailand. Dirigent: Maestro Lorato Tesone.  
Musik des 1. Garde-Dr.-Regts., Dirig. Oberm. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert.**  
Gastspiel des Philharmonischen Bläserorchesters aus Mailand. Dirigent: Maestro Lorato Tesone.  
Musik des 1. Garde-Dr.-Regts., Dirig. Oberm. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.

**UT**  
**Union-Theater**  
**Heute Premiere**  
U. T. Moritzplatz  
U. T. Hasenheide

**Henny Porten,**  
die gefeierte  
Berliner Künstlerin  
in  
**Pfarrers Töchterlein.**  
Ein Mädchenschicksal.  
2 Akte.

U. T. Alexanderplatz  
U. T. Unter den Linden

**Verfemt.**  
Schauspiel in 3 Akten,  
aus dem Französischen.

U. T. Reinickendorfer Str. 14  
**Blinder Naß**  
Drama.

Täglich:  
**Jugend-Vorstellung.**  
U. s.  
**Königin Luise.**  
Anfang:  
U. T. Alexanderplatz und  
U. T. Reinickendorfer Str. 14:  
**3 Uhr.**  
U. T. Moritzplatz und  
U. T. Hasenheide:  
**4 Uhr.**

**Trianon-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Wenn Frauen reisen . . .**  
Sonntag 3 Uhr: **Der selige Toupinel.**

**Zirkus Albert Schumann.**  
Heute Freitag, den 28. März,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Clown- und Komiker-Vorstellung.**  
U. s.:  
**Apachen-Tanz**  
der span. Clowns Carpi u. Noppi  
**10 Lio-Hol-Tschu's 10**  
chinesische Gaukler.  
**Komisches Entree**  
der Clowns Adolf u. Cottrell.  
**Luftbalance-Akt**  
Mr. Belly and Bera.  
**Direktor A. Schumann**  
mit seinen neuesten Creationen.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der unsichtbare Mensch.**  
4 Bilder aus Indien.

**Schluss der Saison:**  
Donnerstag, 3. April.  
**Zirkus Busch.**  
Heute Freitag, den 28. März,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Gala-Vorstellung.**  
Der mysteriöse Deckenläufer?  
**Karl-Eugen-Troupe,**  
Gymnastik in höchst Vollend.  
Red & Best, Manègekomiker.  
**Geschw. Fiochi**  
in ihrem wundervoll. Reitakt.  
**Clown Pepino,** Tierdress.  
Zum Schluss:  
Die große  
Prunk-Pantomime **„Sevilla“.**

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr.  
**Die Novitäten:**  
**Des Löwen Erwachen.**  
Bunter Teil.  
**Flohs Seitensprünge.**

**Casino-Theater**  
Lottbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Stürme der Feiertage erregt  
die neue urkomische Posse  
**Arturs Flitterwochen.**  
Dazu der erstklassige Lunte Teil.  
Für Attraktionen 1. Rang.  
Sonntag 4 Uhr: **Die Hochstaplerin.**

**Admiralpalast.**  
Abendlich:  
Das neue mit durchschlag.  
Erfolg aufget. **Eisballett**  
**Flirt in St. Moritz**  
1. Akt: Wintersport in  
St. Moritz. 2. Akt: Soiree  
im Luxushotel.  
3. Akt: Japanisches Fest.  
Unter Mitwirkung  
der kl. Charlotte.  
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb. Kassenerp.  
Wein- u. Bier-Abteilung.

**Admiralpalast.**  
Abendlich:  
Das neue mit durchschlag.  
Erfolg aufget. **Eisballett**  
**Flirt in St. Moritz**  
1. Akt: Wintersport in  
St. Moritz. 2. Akt: Soiree  
im Luxushotel.  
3. Akt: Japanisches Fest.  
Unter Mitwirkung  
der kl. Charlotte.  
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb. Kassenerp.  
Wein- u. Bier-Abteilung.

**Admiralpalast.**  
Abendlich:  
Das neue mit durchschlag.  
Erfolg aufget. **Eisballett**  
**Flirt in St. Moritz**  
1. Akt: Wintersport in  
St. Moritz. 2. Akt: Soiree  
im Luxushotel.  
3. Akt: Japanisches Fest.  
Unter Mitwirkung  
der kl. Charlotte.  
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb. Kassenerp.  
Wein- u. Bier-Abteilung.

# Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Bezirk 4 (Osten).

Die am Montag, den 17. März ex., verlagte

## Bezirksversammlung

findet am

Montag, den 31. März, abends 8 Uhr,

in Kellers Festsaal, Köpenstr. 29,

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht von der letzten Generalversammlung. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Wahl von Vertrauensleuten für Friedrichshelde und Stralau.  
Der Gauvorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 30. März 1913, vormittags 10 Uhr

## Allgemeine Branchen-Versammlung der Rohrleger und Helfer

in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:

1. Die Verhandlungen im Berliner Baugewerbe unter besonderer Berücksichtigung des Rohrleger-Gewerbes. Berichtstatter: Genosse Dito Hanke vom Deutschen Bauarbeiter-Verband und Kollege W. Siering. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Rohrleger und Helfer Berlins eingeladen. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 30. März 1913, vormittags 10 Uhr

## Branchen-Versammlung: aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen

in den Müller-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m (großer Saal).

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenleiters und der Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Bauarbeiter - Verband Sektion der Puher.

Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, in Carl Haberlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35

Außerordentliche

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: Der Protest des Wahlkomitees gegen die Gültigkeit der später eingegangenen Stimmzettel.

Recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.  
143/16\* Die örtl. Verwaltung.



Ich schwöre auf  
**Blendol**

das beste flüssige Metallputzmittel

In Glasflaschen zu 10, 15 u. 25 Pfg., in Blechflaschen aller Größen überall erhältlich. Fabrik Urban & Lomm, Charlottenburg

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie  
**Möbel** direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35  
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - eigene Tischlerei und Polstererei. - Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

# Möbel reell nur bei Otto Piehl gut solid billig Brunnenstrasse 120

Kulante Zahlungsbedingungen, die sich nach den sozialen Verhältnissen richten.

Kein Preisaufschlag wenn Teilzahlung

Kein Kredithaus

Keine sog. Bazarware

Küchen

von 48 bis 180 Mark

Sofas

von 52 bis 480 Mark

Wohnzimmer

von 235 bis 625 Mark

Garnituren

von 110 bis 350 Mark

Moderne Schlafzimmer

von 295 bis 800 Mark

Chaiselongues

von 21 bis 65 Mark

Moderne Speisezimmer

von 320 bis 900 Mark

Eiserne Bettgestelle

von 28 bis 65 Mark

Komplette Herrenzimmer

von 315 bis 900 Mark

Bettgestelle mit Matratze u. Kell

von 32 bis 72 Mark

Komplette Einrichtungen

von 230 Mark an

Kleiderschränke Ausziehtische

von 38 bis 72 Mark von 15.50 bis 65 Mark

ca. 60 Musterzimmer ausgestellt

Büfette in Nussbaum, Eiche und Mahagoni

von 125 bis 550 Mark

ca. 600 m<sup>2</sup> Ausstellungs-Raum

Trumeaus Flurgarderoben

von 32 bis 110 Mark von 13.50 bis 65 Mark

Besichtigung ohne Kautzwang!

Schreibtische Bücherschränke

von 48 bis 225 Mark von 75 bis 160 Mark

Teilzahlung ohne Preisaufschlag!

Vertikos Ankleideschränke

von 38 bis 72 Mark von 95 bis 165 Mark

## Brautleuten Extra-Preise!

Achten Sie genau auf  
Strasse und Hausnummer  
und auf meine 3 Schau-  
fenster - Auslagen.

Kongress der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, 24. März. (Eig. Ver.)

Die Abstimmung über den Generalstreik.

Die Abstimmung erfolgte nach demselben Modus wie bei dem letzten außerordentlichen Kongress, der über den Generalstreik beriet.

Vor der Abstimmung sprach Jules des Erjary (Charleroi) unter demonstrativem Verfall des Kongresses den drei Gruppen, welche die Unterhandlungen mit den Bürgermeistern gepflogen, Wanderbelde, Ansele und Destree Dank und Anerkennung für ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit aus.

Die Abstimmung wurde folgender Tagesantrag Ansele-Destree beigelegt: Der Kongress der Arbeiterpartei erklärt, daß er den Beschluß des Streikkomitees gerne bekräftigt hätte, wenn die Regierung sich zu jener verständlichen Geste verstanden hätte, die sie die Bürgermeister erhoffen ließ.

In anberacht der Belagerung der Regierung, die ihr durch eine gegen das Volksempfinden rebellierende Minorität aufgezwungen wurde, das gesamte Wahlrechtproblem zur Diskussion zuzulassen, ist der Kongress der Meinung, daß eine energische Aktion die Treue der Arbeiterpartei zur Sache des Wahlrechts bezugnehmend soll und bezieht sich daher den Generalstreik für den 14. April.

Der Kongress erklärt mit allem Nachdruck, daß diese gesetzliche Demonstration nach dem Willen des Volkes legal und friedlich bleiben soll und beurteilt von vornherein jeden Versuch, ihm einen anderen Charakter zu geben.

Der Kongress beschließt endlich, daß es einem außerordentlichen Kongress obliegen wird, die Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen.

Es stimmen zuerst die Vertreter der grünen, dann erheben die Vertreter der roten Karten die Hände. Die roten und grünen Karten werden geschwenkt. Der Generalstreik für den 14. April ist angenommen — kaum zwei Dutzend Hände erhoben sich bei der Gegenprobe! Und: „Es lebe der Generalstreik!“ tönt es im begeisterten Chorus durch den Saal.

Der erste Kongrestag ist zu Ende. Alles singt die Internationale.

Für den nächsten Tag wurden die Mitglieder sämtlicher Streikkomitees des Landes zu einer Sitzung einberufen.

Zweiter Verhandlungstag.

Zur Verhandlung stehen die Parteiberichte. Der Bericht des Parteivorstandes wird nach kurzer Debatte genehmigt. Er wird hierauf in die Diskussion über den Bericht der parlamentarischen Fraktion eingeleitet.

Der Bericht der parlamentarischen Fraktion ist genehmigt. Der Kongress beschließt, die erste Resolution des Streikkomitees zu unterstützen. Die zweite Resolution besagt, daß der Kongress den sozialistischen Deputierten das Mandat erteilen soll, beim Kammerzusammentritt mit der Obstruktion einzugehen und bis zu dem Tage fortzusetzen, bis ein Schritt auf dem Wege zur Verfassungsrevision gemacht ist.

Über die Unzumutbarkeit des Obstruktionsmittels äußert sich Wanderbelde im wesentlichen dahin, daß es gefährlich für die Partei wäre, ihre Deputierten von vornherein auf eine Taktik festzulegen, ohne zu wissen, wie sich die Verhältnisse beim Zusammentritt der Kammer anstellen werden. Die Deputierten haben zudem kein Mandat, über diese Frage zu entscheiden, und für die sozialistischen Deputierten wird während des Generalstreiks das Hauptfeld ihrer Tätigkeit in den Reihen der kämpfenden Arbeiter sein.

Kleines feuilleton.

Filmarbeit und Selbstverleumdung. Wir haben gar nichts dagegen, daß die Schriftsteller am modernen Kino mitarbeiten. Es ist durchaus möglich einen harmlosen, lustigen oder großzügigen Film zu schreiben. Niemand aber ist es möglich, einen bereits vorhandenen Roman oder ein bereits vorhandenes Drama auf einen Film zu bringen. Romane und Dramen leben ausschließlich von der Sprache. Sobald man ihnen die Worte nimmt, zerstört man sie und es bleibt lediglich eine rohe stoffliche Inhaltsangabe von abschreckender Häßlichkeit übrig.

Und was erleben wir in Deutschland? — Sudermann und Hauptmann verkaufen ihre poetischen Köpfe in eigener Person gegen bare Münze ans Filmgeschäft! Sie lassen ihre eigenen Kunstwerke zerstören, wenn nur das Geld im Kasten klingt. Sie sind künstlerisch käuflich, wenn sie nur hoch genug bezahlt werden.

Wenn ein Schriftsteller aus Armut so handelt, muß man mit menschlicher Schonung urteilen. Hier aber handelt es sich um die beiden reichsten Schriftsteller, die Deutschland überhaupt besitzt. Welche haben große Verdienste eingenommen; beide haben fortlaufende hohe Theaterinnahmen, und Hauptmann hat dazu noch in Gestalt des Nobelpreises ein Vermögen eingelockt, mit dessen Zinsen ein Dichter wie Angenauer sich begnügen hätte. Das ist ein offenkundiger deutscher Skandal, über den nur die Tatsache hinweghüllt, daß die Herren in so unzuverlässiger Weise ihre eigene Seele offenbart haben.

Sudermann pflegt sich nicht zu kümmern, wenn man von „Lantimejäger“ sprach.

Ein Lantimejäger schreibt mit Bewußtsein ein schlechtes Stück; er schont aber doch die bereits vorhandenen Werte. Er zengt keine gesunden Kinder, er schlägt aber doch die vorhandenen nicht einfach tot.

Wenn man Sudermann aber 60 000 M. nur Lantimejäger läßt, er den „Rayenleg“, also eine seiner besten, von Filmfabrikanten schänden.

Weder für ihn noch für Hauptmann gibt es irgendeinen Milderungsgrund. Sie haben alle künstlerische Robuste zugunsten der gemeinen Kaffier vertieren. Sie haben selber gezeigt, was wir von ihnen zu halten haben.

Ein anderer Genosse schlägt im Namen seiner Gruppe parlamentarische Obstruktion gegen das Militärgesetz vor — als Protest gegen die neuen Militärlasten.

Die erste Resolution wird im Einverständnis mit dem Antragsteller der Fraktion zugewiesen. Es wird nunmehr der zweite Obstruktionsantrag diskutiert, gegen dessen Verweisung an die Fraktion der Antragsteller sich ausspricht, da die Fraktion gegen die Obstruktion sei.

Jaquemotte bemängelt, daß die Fraktion die Masse nicht durch eine „energische Geste“ im Wahlrechtskampf unterstützt habe. — Soll nun auch die Diskussion der Militärvorlage ungestört verlaufen? Er wünscht, daß nach dem Generalstreik die Obstruktion aufgenommen wird und so lange fortgesetzt, bis die Revision durchgeführt ist.

Destree unterstützt die Argumentation Wanderbeldes bezüglich der Festlegung einer Taktik. Und was würde bei einer Obstruktion herauskommen, außer daß man die Kammer um ein paar Arbeitstage brühte? Auch wäre das ein wunderbarer Widerpruch vor der Öffentlichkeit, wenn die Deputierten der Partei im Parlament Obstruktion betrieben, während man für außerhalb, für den Generalstreik, die Taktik einer friedlichen Demonstration forderte.

Die Tagesordnung wird schließlich mit überwältigender Majorität der Fraktion zugewiesen.

Bei der Diskussion über die Presse kommen verschiedene Wünsche und Kritiken über den „Peuple“ zum Ausdruck. Alleman wünscht die allgemeine Einführung von Kollektivabonnements.

Wauters, der Chefredakteur des „Peuple“, verweist auf die guten Resultate des Kollektivabonnements in Brüssel. Dort hat trotz der Einführung der Kollektivabonnements durch die Wahlvereine der Einzelverkauf um 50 Proz. in einem Jahre zugenommen. Der Verkauf in der Provinz ist nur 20 Proz. gestiegen. Die Einzelabonnements haben sich seit fünf Jahren verdreifacht, im letzten Jahre haben sie um 26 Proz. zugenommen. Das Brüsseler Parteiblatt bezeichnet zurzeit eine Auflage von 70 000 Exemplaren.

Dardemis wünscht eine genaue Uebersicht über die finanzielle Lage des „Peuple“.

De Broutère hält dafür, daß diese finanziellen Dinge interne Parteianglegenheit bleiben.

Sein Punkt: Bericht der sozialistischen Gemeinderäte. In verschiedenen Abteilungen der Sprache, die der Berichterstatter Gemeinderat Buis beantwortet. Ein Genosse schlägt vor, daß sich eine Versammlung familiärer sozialistischer Gemeinderäte über Maßnahmen bezüglich der Unterrichtsversorgung usw. der Kinder der Streitenden schlüssig werden soll. Wird teil mit, daß nach dieser Richtung bereits Schritte unternommen wurden und weitere gesehen werden.

Huysmans teilt mit, daß von sozialistischer Seite auf der Ausstellung in Gent eine Abteilung für Lebensmittelverfälschung eingerichtet wurde und wünscht die Unterstützung der sozialistischen Gemeinderäte für diese Zwecke.

Wahl des Vorstandes.

Es sind keine neuen Kandidaten vorgeschlagen und sämtliche früheren Mitglieder sind sonach per Akklamation gewählt.

Die Organisationen der „Jugendlichen“ haben Fortschritte zu verzeichnen. Ein Artikel: „Soldaten, steht nicht!“, der kürzlich zu einem Prozeß vor dem Genfer Gericht geführt und mit dem Freispruch der Angeklagten geendet hat, gelangt in Prospektform in französischer und flämischer Sprache zur Massenverteilung.

Jaunting, der freigesprochene Redakteur der „Kaserne“, berichtet über die trübende Aufnahme des Organes der „Jugendlichen“ „La Jeunesse“ von Kanton (Die Jugend ist die Zukunft).

Alleman fordert energische Unterstützung der „Jugendlichen“-Bewegung.

Nachmittags-sitzung.

Föderation der Genossenschaften.

Detors beantragt, daß alle Genossenschaften alljährlich eine Summe für Zwecke der sozialistischen Ausbildung der Genossenschaftsmitglieder und der Angestellten vorziehen, sowie die Bildungszentrale der Arbeiterpartei und die sozialistische Presse pecuniär unterstützen. Der Antrag wird angenommen.

Der Bericht der Gewerkschaftskommission wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Lebensmittelsteuerung.

Es wird ein Antrag angenommen, der die Intervention der sozialistischen Gemeinderäte verlangt, damit die Gemeinden den Verkauf von billigen Fleisch und von Fischen organisieren. (Wird der Föderation der sozialistischen Gemeinderäte zugewiesen.)

Die Kritik auf der Leimrute des Kunsthandels. Die Kritik, daß die Sammlung Kemes nun doch versteigert werden soll, darf nicht nur registriert werden, es muß ihr eine Demonstration folgen. Es muß einmal den neuesten Leids der Kunsthändler das honoräre Lärleim abgehoben werden; wir müssen es einmal offen und laut sagen, daß es nicht aushändig ist, unter der Flagge privater Sammlungen Verrechnungen der öffentlichen Kritik zu bekommen, um gleich hinterher solche Wertungen zum Anreizen von Auktionspreisen zu nutzen.

Run ist es natürlich richtig, daß der künstlerische Wert eines Bildes unbeschadet bleibt, ob es einem Kunstfreund, ob es einem Händler (der nebenbei Kunstfreund sein kann) gehört. Inbezug, da es am wenigsten in allen Fragen der Kunst ein objektives Urteil gibt und gerade hier unendlich viel von der Stimmung und der Einstellung des Betrachtenden abhängt, so ist es nur selbstverständlich, daß die Wertung wohlwollender ausfällt, wenn man glaubt, zugleich seinen Spruch über das Lebenswerk eines uneigennütigen und wirklich begeisterten Sammlers geben zu können.

Von solcher Psychologie hat Kemes profitiert, profitierte auch neulich Herr Weber, dessen sogenannte Sammlung bei Cassirer zu sehen war. Das trinkt uns; wir haben nicht die geringste Lust, uns von Händlern und deren Konzernen mißbrauchen zu lassen. Und wenn wir auch gewiß sind, daß wir unbedenklich um Art und Absicht des Besitzers gute Bilder erkennen und loben, schlechte tadeln werden, so reizt uns doch schon die Möglichkeit, daß die Händler glauben könnten, uns dupieren zu haben. Der Händler verusche nicht mehr, unser Interesse künstlich dadurch anzustacheln, daß er durch die Katamorgana des stillen, operbereiten Sammlers die Geschäfte des Veräufers und Spekulanten befragt.

Wie sich die Ledewell in Paris amüsiert. In einem „Gesellschaftsbericht“ aus Paris lesen wir:

Im Vorjahr berichteten die sogenannten Apachenbälle, selbst in den erlustigsten aristokratischen Kreisen der Faubourg St. Germain. Das Genre hatte sein psychologisches Interesse, wenn man sah, mit welcher Leichtigkeit die vornehmen Damen das ungeheuer Gebahren der Trottelrednerinnen von Reinschönheit und Pantin imitierten. Als Konversationsstunde war das größte Argot vorgeschrieben; in den Salons wurde „Basse Caloupe“ viel rober getrunken, als selbst Max Beerly und die Wittlinguette in der Eglise es gewagt hatten. Len Vogel sprach eine authentische Komtesse vom Quartier d'Europe ab, die ohne Vorwissen ihrer Gäste ein halbes Duzend echter Apachen von Belleville einlud, die sich mit ihren „Damen“ auch pünktlich einstellten, nicht ohne daß zuvor die Bedienten das Silberzeug in Sicherheit gebracht hätten. Nur bedeutete dieses läge Exports ein Enttäuschung, denn die vorstädtischen Herrschaften benahmen sich im Gegenjah zu den Faubourgnapen sehr manierlich in ihren Tönen und auch dem Wäffelt erwießen sie nicht übermäßige Ehre. Aber die

Der Bericht der Bildungszentrale der Arbeiterpartei gibt nur zu kurzer Diskussion Anlaß. (Ueber ihren gedruckt vorliegenden Bericht und die Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeiterbildung ist an dieser Stelle bereits berichtet worden.)

Sekretär Deman widerpricht, daß die Kurse keinen genügend praktischen Charakter hätten. Inwiefern seien die Kurse für bereits vorgeschrittene berechnet. Während des Generalkongresses wird sich die Bildungszentrale mit der Organisation von Vorkursen anhaltungen von Vorträgen u. dergl. befassen.

Brüssel, 25. März. (Eig. Ver.)

Die Diskussion über die Militärfrage.

Der gedruckt vorliegende Bericht der Deputierten Hubin und Furnemont bringt eine ziemlich bewegte, ihrem Wesen nach allerdings größtenteils akademische Diskussion über den Vaterlandsbegriff, den Begriff der belgischen Nationalität, über die Landesverteidigung im Falle der Invasion fremder Armeen auf belgischem Boden usw. in der die zwei Hauptkritiker Jaquemotte und Chavelier wesentlich ihre liberalt-antimilitaristischen Auffassungen entwickelten. Es lagen verschiedene Resolutionen vor; zur Abstimmung standen dann nur mehr die von Jaquemotte-Chavelier und die der Berichterstatter. Hier ein kleiner Einblick in das Hauptfachliche der Debatte.

Chavelier polemisiert gegen eine Passage im Bericht, in der von der Pflicht des Bürgers, den nationalen Boden zu verteidigen (wie der Bericht feststellt, nicht aus der Ideologie einer chauvinistisch-patriotischen Auffassung, sondern aus der Notwendigkeit berechtigter Verteidigung heraus gesehen, in Verbindung mit den Grundgedanken der allgemeinen Volksempfindung und im Einklang mit den durch die internationalen Beschlüsse der Sozialdemokratie festgelegten Prinzipien) die Rede ist. Da der Arbeiter kein Vaterland habe, wie käme er dazu es zu verteidigen? Was heißt: Nationaler Boden? Er gehört den Kapitalisten — mögen sie ihn verteidigen. Wir haben kein Heim, mögen die Feindes oder Deutschen kommen — sie werden uns den obligatorischen Unterricht bringen und das allgemeine gleiche Wahlrecht. . . . (Aufst.: wie das in Preußen. . .)

Jaquemotte vervollständigt diese These, um im übrigen gegen die Kriegsgrenze und Militärlasten zu sprechen, worüber freilich auch hier keine Meinungsverschiedenheiten herrschen. — Auch er spricht hauptsächlich gegen die Prämisse des Berichts, daß der belgische Proletarier „vaterlandsliebend“ zu verteidigen habe.

Hubin (einer der Verfasser des Berichts) antwortet den Vorrednern, daß der Bericht konform den Statuten der Partei verfaßt ist und die Ideen und Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse, inklusive des Basler, widerspiegelt. Er legt dar, daß die Nationalität keine Fiktion ist, und daß es keinem Belgier gleichgültig sein könnte, wenn Belgien als Nation verschwände. Was wir befehlen, ist der heutige Militarismus, zum Zweck des Angriffskrieges. Wir wollen: Schiedsgerichte für die internationalen Konflikte, die Einführung des Alltagsrechts, die die einzige demokratische Organisation ist und ohne eine Befehl für andere Länder zu sein, die Verteidigung des Landes gestattet, denn die angegriffene Nation hat die Pflicht, sich zu verteidigen. — Wir alle haben unsere humanistischen Ideale — wie Chavelier und Jaquemotte — aber wir haben auch den Wirklichkeiten und den Erfordernissen der Gegenwart Rechnung zu tragen.

Greshin findet einen Angriffspunkt für den Bericht darin, daß dessen Terminologie dazu beitragen könnte, in den Köpfen der Jugend die falschlüchigen Begriffe von Vaterland und Patriotismus zu erzeugen und sonach dem Chauvinismus Vorschub zu leisten. Gleich einem anderen Genossen, meint der Redner, daß der belgische Militarismus, im Gegensatz dazu herauf, das Land zu verteidigen, fremden Armeen doch nicht gewachsen wäre.

Destree beschließt sich mit einem Antrag über die Haltung der sozialistischen Deputierten bei der Beratung der neuen Militärvorlage und über eine eventuelle Obstruktion. Wir wollen nicht glauben machen, daß wir die Annahme der Vorlage hinstreben können. Die Majorität für die Vorlage ist gesichert und wir könnten höchstens die Diskussion verlängern. Die Obstruktion wäre ziel- und zwecklos und wir haben alle unsere Kräfte für die Aufgabe der Verfassungsrevision zu reservieren.

Auf die Angriffe der Vorredner erwidert, schildert Destree die verhängnisvollen Folgen einer Invasion für Belgien. „Sie wissen aber nicht, sagt der Redner, was das heißt: der Durchmarsch einer Armee! Für das industrielle wallonische Gebiet, für das Maas- und Sambregebiet wäre das die Hungernot innerhalb von acht Tagen. Nicht zu reden von allem anderen: von der allgemeinen Plünderung, von der Vergewaltigung der Frauen, der Tötung der Kinder, den Epidemien und allen anderen unentrinnbaren Verhängnissen einer Invasion — und daß Belgien wieder das Schlacht-

Apachenmode faute recht bald ab, und der eigentümliche Polret brachte für eine Weile das persische Genre in Flor. Was sich da an Festen der Szeregade, an Märchen aus Tausendunde Nacht, an arabischen Phantasias darbot, war sicherlich von Reiz. Und was diesem Sinnesrauber noch eine willkommenen schwüle Note gab, war die Verquickung mit den bizarren Tönen, mit denen uns Amerika beglückt hatte.

Einer der elegantesten Vereine des mondänen Paris, der sich „Bohème dorée“ nennt, gab dieser Tage einen Ball, der erst um 1 Uhr früh begann und sich bis zum Sonnenaufgang hingog. Es war das allerneueste vom allerneuesten. Dieses Nachtfest nannte sich „Gala du deshabillé“ und schrie für die Damen jene Toilette vor, in der sie sich dem Gatten oder dem . . . Liebhaber präsentieren, während die Herren der Schöpfung dafür den Pyjama (Nachtanzug) zur Ehre brachten.

Notizen.

Die Freie Hochschule Berlin läßt soeben ihr Frühjahrprogramm erscheinen, das 78 Vortragsreden und 4 Einzelvorträge aus allen Wissensgebieten enthält. Besonders herangezogen sind Wanderungen unter Führung von Dozenten in die Mark und nähere Umgebung Berlins. Die Vorlesungen beginnen vom 8. April an.

Ausstellungschronik. Im Kunstsalon Paul Cassirer wird Freitag, den 29. d. Mts., eine neue Ausstellung eröffnet. Sie enthält Kollektionen von: Benno Bernais, Martin Bloch, Rudolf Grohmann, Heinrich Häber, Waldemar Möller, Fritz Westendorp, ferner Werke von El Greco, Th. Th. Heine u. a.

Der neue Rundhorizont im Deutschen Opernhaus, der den längst verunglückten und außer Betrieb gesetzten Kuppelstimmeln vorläufig ersetzen soll, ist fertiggestellt und einmontiert worden. Zum erstenmal wird er am Freitag funktionieren. Der Rundhorizont soll den Kuppelstimmeln nur bis zum Ende der Spielzeit vertreten, da der Wiederaufbau des Kuppelstimmels nur während der Theatersferien möglich ist.

Der Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums, Prof. Köstka, übernimmt die Leitung des Düsseldorfser städtischen Museums, das er wesentlich erst auszugestalten haben wird. Es wird gemunkelt, daß Herr Köstka sich unter Wode nicht besonders wohl gefühlt habe und daß dieser die Leitung des Kaiser-Friedrich-Museums selber wieder übernehme.

Die drahtlose Telegraphie in Frankreich. An den französischen Küsten sind jetzt 13 Stationen für drahtlose Telegraphie vorhanden, die der öffentlichen Benutzung zugänglich sind. Jede dieser Stationen hat ein Anrufzeichen, das meist aus drei Buchstaben besteht.

feld würde, wie es so lange das Schlachtfeld Europas gewesen war. — Die Auffassung der Vorkredner bezog den Gegensatz der anarchistischen Methode von der sozialistischen.

Nachdem Chapelier noch einmal zur Verteidigung seines Gesichtspunktes das Wort genommen, erwidert auf die gemachten Kritiken als Leiter Redner noch

**Vanderbelde**, der im wesentlichen ausführt: Wir werden gegen die Militärvorlage stimmen, um gegen die Regierung zu stimmen, die dem Volk seine Rechte vorantreibt und ihm zu all dem noch neue Lasten aufbürdet und weil das Gesetz die schrecklichsten Ungerechtigkeiten enthält. Aber wir würden auch in jedem anderen Fall gegen das Gesetz stimmen, weil unter dem kapitalistischen System — und bei uns mehr noch als anderwärts — die Armee der Verteidigung der Kapitalisten gegen das Proletariat zu dienen hat. Die Vorlage bedeutet eine Verdoppelung an Verlasten und Menschenmaterial. Und in allen Ländern kämpfen die Sozialisten für die Herabsetzung der militärischen Lasten.

Ueber das Recht und die Pflicht der Verteidigung sagt Vanderbelde:

Ein Volk, das etwas zu verteidigen hat, ist berechtigt, diese Verteidigung zu üben. So müßten auch die Sozialisten Frankreichs handeln, wenn ihre republikanischen Institutionen durch eine der europäischen Militärmächte bedroht würden. Die Tagesordnung Hubin-Furnemont ist nicht weiter als die Anerkennung des sozialistischen Programms und der internationalen sozialistischen Beschlüsse. Die Tagesordnung Jaquemotte-Chapelier ist voll Mißverständnisse und gefährlicher Behauptungen.

Die Tagesordnung Jaquemotte wird mit großer Majorität abgelehnt.

Die Tagesordnung Furnemont-Hubin belagt, daß der Kongreß getreu dem gegenwärtigen Programm der Partei und gemäß ihren früheren Entscheidungen und den Beschlüssen der internationalen Kongresse die Unterdrückung der stehenden Heere und die dahin als Uebergang die Einführung des Militärsystems fordert. Die Tagesordnung wird mit starker Majorität angenommen.

Am Dienstagvormittag diskutiert der Kongreß das Regierungsprojekt über die

### Sozialversicherung:

es wurden keinerlei Beschlüsse gefaßt. Eine Resolution beauftragt die vom Generalsekretär der Partei errichtete Kommission mit der Ausarbeitung eines ausführlichen Berichtes über die Frage der Sozialversicherung. Dieser Bericht wird der Vereinigung der sozialistischen Arbeiter- und Unterstufungsvereine (Klub) und der Gewerkschaftskommission vorgelegt und einem nächsten Kongreß zur Diskussion vorgelegt werden. — (Angenommen.)

Der Präsident des Kongresses Louis De Brauzere weist in seinem Schlußwort auf die Bedeutung des Generalstreikbeschlusses und auf das Bestehen der Begeisterung und Arbeit hin, das zu unternehmen sein wird. Der Streik wird allgemein, friedlich und ruhig sein, damit der Volkswille seinen Zweck erreicht. Er wird des Proletariats und der Internationale würdig sein. (Rufe: „Es lebe der Streik!“)

Um 1/2 Uhr ist der Kongreß zu Ende.

## 8. Generalversammlung der Kupferschmiede.

Stettin, 26. März.

Für die Rechnungsammission berichtet Koch-München, daß Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden wurden. Der Vorstand wurde einstimmig entlassen.

Dann referierte der zweite Vorsitzende des Verbandes Hecht-Berlin über den Punkt

### „Tarifverträge“.

Der Einfluß des Verbandes auf die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsbedingungen wachse stetig. Dies zeige die von Verband im Jahre 1912 aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im deutschen Kupferschmiedegewerbe. Nach dieser ist seit dem Jahre 1909 der durchschnittliche Durchschnittslohn um 6,1 Pf. pro Stunde gestiegen; er betrug 1912 58,9 Pf. gegenüber 52,8 Pf. 1909. Die durchschnittliche Arbeitszeit ging um 0,3 Stunden pro Woche zurück. Der Wochenlohn stieg von 30,20 M. auf 33,51 M. und die wöchentliche Arbeitszeit ging von 67,2 Stunden auf 66,9 Stunden zurück. Dieses erfreuliche Resultat sei dadurch erreicht worden, daß sich der Verband in den letzten Jahren in Bezug auf Abschluß von Tarifverträgen großer Energie bewiesen habe. In den letzten drei Jahren wurden 42 Tarife für 238 Betriebe mit 1457 Personen erneuert oder neu abgeschlossen. Am Jahresschluß 1912 bestanden 60 Tarife für 391 Kupferschmiedebetriebe mit über 2000 beschäftigten Personen, von denen 1395 Kupferschmiede sind. Daraus ergibt sich, daß 52 Proz. der ermittelten Betriebe als Tarifbetriebe zu betrachten sind und 70,9 Proz. der in reinen Kupferschmiedebetrieben arbeitenden Kollegen zu tariflichen Bedingungen beschäftigt sind. Der Tarifvertragsgedanke hat also in den letzten Jahren sehr erhebliche Fortschritte gemacht. — Der Referent gab dann ein Bild der Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter. Von 1186 in die Statistik aufgenommenen Hilfsarbeitern waren 798 oder 67,3 Proz. organisiert, und zwar der größte Teil, 336, im Deutschen Metallarbeiterverband; dem Kupferschmiedeverband gehörten nur 9 an. Der Durchschnittslohn für Hilfsarbeiter beträgt 40 Pf. pro Stunde. Bei Berücksichtigung der für die Kupferschmiede ermittelten durchschnittlichen Arbeitszeit würde dies einen durchschnittlichen Wochenlohn von 22,78 M. ergeben, wäre also um 10,75 M. pro Woche geringer als der für Kupferschmiede. Recht ist der Ansicht, daß der Verband sich mehr um die Hilfsarbeiter kümmern müsse. Es soll auch untersucht werden, was in Bezug der Organisationszugehörigkeit der Hilfsarbeiter zu tun sei. Notwendig wäre, daß diese möglichst einer Organisation zugeführt werden. Der Redner besprach dann die Ausgestaltung eines Tarifvertrages, über die vielfach noch Unklarheit vorhanden sei. Die Stellung der Unternehmer zu den Tarifverträgen sei nicht einheitlich, man stoße vielfach auf Widerstand.

Das Referat rief eine anregende Diskussion hervor, in der den Ausführungen des Referenten meist zugestimmt wurde. Allgemein waren die Redner der Ansicht, daß die Hilfsarbeiter mehr berücksichtigt und bei Bewegungen auch für sie Forderungen aufgestellt werden müssen. Der Eintritt der Hilfsarbeiter in den Kupferschmiedeverband solle nicht erschwert werden.

Scholz-Hamburg meinte, durch den Reichstarif würden die Arbeiter von den Arbeitgebern immer mehr in die Defensive gedrängt. Er will beim Abschluß von Tarifverträgen keine bestimmte Frist abgefallen lassen. Gegen diese Ansicht wandten sich aber verschiedene Delegierte, auch der Vertreter der Generalkommission Cohen-Berlin. Wäre ein Vertrag nicht für eine bestimmte Frist abzuschließen, sagte Cohen, läge die Gefahr nahe, daß die Unternehmer die Tarifverträge nur in Zeiten guter Konjunktur einhalten. Bezüglich des freien Sonabendnachmittags, auf den der Ränderer Delegierte eingegangen war, betonte Cohen, der freie Sonabendnachmittag dürfe nicht auf Kosten der übrigen Arbeitszeit eingeführt werden, sonst solle man verzichten. Zunächst müsse eine genügend kurze Arbeitszeit an allen Wochenenden errungen, dann erst solle der freie Sonabendnachmittag verlangt werden. Cohen erklärte sich mit der Stellung der Hilfsarbeiter zu dieser Frage einverstanden. —

In der weiteren Debatte betonte ein Redner, bei Bewegungen müsse größeres Gewicht darauf gelegt werden, überall möglichst gleichmäßige Lohnverhältnisse zu schaffen, um den Zugang nach den Großstädten zu hemmen. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit müsse mehr in den Vordergrund gestellt werden.

Im Schlußwort erklärte Hecht, für die Kupferschmiede habe bisher der freie Samstagnachmittag noch keine Rolle gespielt. Man solle sich von dem Gedanken lösen, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend die Arbeitszeit allgemein schrittweise zurückgedrängt werde.

Die Generalversammlung stimmte dann einer vom Referenten vorgelegten Entschlüsselung zu:

Die acht ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands erkläre nach wie vor in dem Abschluß von Tarifverträgen die gegenwärtig geeignete Form, zu gefunden, möglichst gleichmäßig geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen.

Sie verpflichte daher alle Mitglieder, noch energischer als bisher bei Lohnbewegungen für den Abschluß von Tarifverträgen einzutreten.

Zur sachgemäßen Einleitung einer jeden Lohnbewegung wird der Zentralvorstand beauftragt, schon bei der Aufstellung der Forderungen sich durch eines seiner Mitglieder bzw. durch den Bezirksleiter vertreten zu lassen. Dem Beauftragten ist dann die Leitung und Führung der ganzen Bewegung zu übertragen.

Der Zentralvorstand hat ferner bei bestehenden Tarifverträgen die in Frage kommenden Punkten rechtzeitig auf den bevorstehenden Ablauf der Verträge aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, vor Ablauf der Kündigungsfrist des Vertrages zu einer eventuellen Kündigung Stellung zu nehmen und einen neuen Vertrag vorzubereiten.

Ueber die **Arbeitsvermittlung im Berufe**

sprach nun Kühne-Berlin, der einleitend die Entwicklung der allgemeinen Arbeitsvermittlung schilderte. Das größte Gewicht müßte darauf gelegt werden, eigene Arbeitsnachweise zu schaffen. Nur wenn dies nicht möglich sei, solle für die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen eingetreten werden. Unter allen Umständen paritätische Arbeitsnachweise anzustreben, wäre nicht zu empfehlen. Man mache damit manchmal auch üble Erfahrungen; die Unternehmer versuchen, die paritätischen Arbeitsnachweise zu ihren Vorteilen auszunutzen. Die Vertrauensleute müßten sich mehr um die Befestigung freier Stellen kümmern und so den Arbeitsnachweis durch den Verband unterstützen. Die Verbandsarbeitsnachweise seien ja schon jetzt etwas zentralisiert, notwendig wäre jedoch die Schaffung einer Zentralstelle, an die wöchentlich über den Stand des Arbeitsmarktes zu berichten sei.

In den Vortrag schloß sich eine längere Debatte, die morgen fortgesetzt wird.

## Stadtverordneten-Versammlung.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 27. März 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Richelet eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den am Montag im Alter von 73 Jahren verstorbenen Stadtrat Kienter (früheren Brunnenbaumeister) Wittehoff (A. L.). Die Versammlung hört den Nachruf stehend an.

Die Spezialberatung des **Stadthaushaltsetats für 1913** wird fortgesetzt.

Referent für den gesamten Armenetat (offene und geschlossene Armen- und Waisenspflege, Fürsorgeerziehung, Arbeitshäuser, Obdach, Hilfsstation für Geschlechtskranke) ist der Stadtrat Schulze (A. L.).

In der Ausgabe des Kapitels „Offene Armenpflege“ figurieren die Almosen (monatlichen Unterstufungen) mit 7450 000 M. (200 000 M. weniger als im Etatsanschlag des Vorjahres), die monatlichen Pflegegelder mit 1 400 000 M. (50 000 M. weniger) und die Winterunterstufungen für laufend unterstufte Personen mit 300 000 M. (35 000 M. weniger). Ein im Ausschuss abgelehnter Antrag, die Ziffern des Vorjahres auch in dem Etat für 1913 wieder einzustellen, wird heute von den Sozialdemokraten in der Gestalt wieder aufgenommen, daß wenigstens die von der Armenverwaltung beantragten Summen eingeseht werden.

Stadtrat Hing (Soz.): Bei der Generaldebatte wurde dem Magistrat und speziell dem neuen Kammerer ein besonderer Dank dafür votiert, daß es gelungen sei, den Armenetat um 600 000 M. herabzubringen. Gerade diese Herabsetzung hat es wesentlich mitzugesetzt, daß der Gesamtetat mit 100 Proz. balanciert. Die Armenverwaltung selbst hat nur zur Hälfte an diesem Rückschritt schuld, die andere Hälfte in Höhe von 300 000 M. ist vom Magistrat selbständig abgetrieben worden. Die Einnahmen aus den Rückerstattungen sind diesmal mit 175 000 M. angesetzt, also weit höher als bisher. Die Erhöhung um 50 000 M. wird nach unserer Meinung nicht eintommen; wir sehen aber in diesem Falle von Anträgen ab. Es wird hier eine scharfe Schraube bei den Angehörigen angefaßt, so scharf, daß eine weitere Steigerung in den nächsten Jahren ganz ausgeschlossen erscheint. In den letzten Tagen ist mir ein besonders bezeichnendes Beispiel von Rücksichtslosigkeit bekannt geworden, mit der man gegen die eventuellen Erhaltungspflichtigen vorgeht. Die Kürzung von 200 000 M. an den Almosen ist vorgenommen worden, ohne daß man irgendwelche Rücksicht auf die Ergebnisse des Jahres 1912 genommen hätte; da sind 200 000 M. mehr ausgegeben worden, als jetzt in den Etat eingestellt werden. Wie will der Magistrat diese Kürzung verantworten? An einen Rückgang der Unterstützung ist doch, zumal unter den jetzigen Steuerverhältnissen, nicht zu denken. Die Argumentation, daß bei den Unterstufungen jetzt genauer zugeesehen werden wird, enthält doch den Vorwurf für die Armenverwaltung, daß sie bisher achlos bei der Gewährung von Unterstufungen verfahren ist. Früher haben auch liberale Leute wie Biedenow gegen Streichungen im Armenetat protestiert; es wurden 1906/07 und 1909/10 und 1910/11 die Ansätze erhöht, und nur dadurch konnten Staatsüberschreitungen vermieden werden. Das Gleiche wie von den Almosen gilt von den Pflegegeldern, und ganz absonderlich nimmt sich dann die Herabsetzung des Betrages für die Winterunterstufungen aus. Unsere Anträge stellen das Bescheidenste dar, was verlangt werden kann, wenn Staatsüberschreitungen vermieden werden sollen; es muß aber auch selbst der Anschein vermieden werden, als wenn mit der Herabsetzung der Etatsansätze auch eine Herabsetzung der Unterstützung selbst beabsichtigt sei. Es soll ja das nicht die Absicht sein, doch ist der Anschein nicht wegzuleugnen. Der Chef der Armenverwaltung ist im Magistrat mit den Anträgen seiner Verwaltung unterlegen, obwohl er nach seiner eigenen Erklärung mir gegenüber wie eine Löwe dafür gekämpft hat.

Stadtrat Kallisch: Der Vorkredner hat meine bezügliche Äußerung völlig falsch verstanden. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Natürlich!) Selbstverständlich habe ich die Vorschläge der Armenverwaltung im Magistrat betrachtet, das ist meine Pflicht und Schuldigkeit. Es muß aber doch auch schließlich die Zeit herangekommen sein, wo die Ansprüche an die Armenverwaltung geringer werden. Die wohlthätigen Vereine, mit denen Berlin Hand in Hand arbeitet, machen doch auch endlich einmal ihren Einfluß geltend, und die Sozialdemokratie selbst nimmt durch ihre vorzügliche Einrichtung der Arbeitslosenversicherung (April) hör! bei den Sozialdemokraten) der Armenverwaltung ein gut Stück Arbeit ab. (Erneutes: Hör! hör! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hing kann keinen Fall anführen, wo ein Armer nicht erhalten hätte, was ihm zusteht. Nach den neuesten Berechnungen hat Berlin 1911 für die Armenpflege 4,88 M. ausgegeben, 1910 nur 4,46 M.; andere Großstädte bleiben hinter diesen Sätzen sehr weit zurück. Berlin gibt bei weitem mehr als irgendeine andere Stadt des Kontinents. Etwa tausend Kinder, die bisher der Armenverwaltung zur Last fielen, werden jetzt von der Waisensverwaltung erhalten. Die großen Herabsetzungen, von denen gesprochen wird, zerfallen also in nichts.

Stadtrat Liebenow (A. L.) pflichtet den Ausführungen des Stadtrats durchweg bei. Gegeben werde nach wie vor da, wo es notwendig ist. Redner verweist auf seine 14jährigen Erfahrungen in der Berliner Armenpflege; die Ablehnung des Antrages erscheine durchaus gerechtfertigt.

Stadtrat Hing: Herr Kallisch kann auch anders; in der Armenverwaltung links, im Magistrat rechts. (Sehe gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Begründung, welche die Armenverwaltung ihren Forderungen an den Magistrat gegeben hat, spricht in einem

ganz anderen Ton, als heute Herr Kallisch. Die Abminderung der 1000 Kinder liegt schon ein bis zwei Jahre zurück. Bewilligt werden über zu geringe Almosen und Pflegegelder liegen in die Höhe vor. Das Lob auf die Gewerkschaften quittieren wir, aber damit ist die Sache nicht abgetan. Die Vergleiche mit anderen Kommunen hinten losfallen. Die Aufstellung des Armenetats, wie er uns vom Magistrat vorgelegt ist, stellt lediglich eine Bilanzverschleierung dar.

Die Anträge auf Erhöhung werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt; der Etat wird nach dem Entwurf festgesetzt.

Anschließend an eine Bemerkung des Referenten betreffend die Hilfsstation für Geschlechtskranke im Obdach bemerkt

Stadtrat Hoffmann (Soz.): Die Art und Weise, wie man jetzt vor hat, das Geschlechtskrankenhaus dauernd in das Obdach hineinzuverlegen, müssen wir als etwas Unerhörtes ansehen. Seit 25 Jahren soll diese Station wegverlegt werden, jetzt soll es umgekehrt kommen. Da wir eine Vorlage zu erwarten haben, werden wir noch Gelegenheit haben, und über den Unfall der Kuratoriumsmehrheit auszulassen. Dreimal hat das Kuratorium einstimmig die endliche Verlegung gefordert!

Ueber den gesamten Etat für die Kranken- und Gesundheitspflege berichtet Stadtrat Sassenbach (Soz.).

Stadtrat Dr. Wehl (Soz.): Die Verpflegungskosten im Krankenhaus Friedrichshain sind um 5 Pf. pro Kopf und Tag gegenüber der Ist-Ausgabe für 1911 zu niedrig berechnet, wie unser Kollege Dr. Arons ganz unwiderleglich herausgeraten hat. Wegen der argen Verzerrungen, welche der Kammerer mit seinem Kalkül in dem Krankenhausetat vorgenommen hat, müssen wir mit ihm Generalabrechnung halten. Wir haben seinerzeit bei ihm ein gewisses soziales Verständnis vorausgesetzt. Sicherlich läßt sich über manche der Ausgaben streiten; manches, was die Ärzte als sehr dringlich fordern, ist vielleicht nicht ganz so dringlich und hat bis zum nächsten Jahre Zeit. In dem wichtigsten aber sollten wir uns doch einig sein: unsere Kranken müssen kräftig ernährt und gut gewartet werden. Der Kammerer meint, die Lebensmittelpreise würden billiger, und bezieht sich dabei auf die Preise, welche 1911 von den Lieferanten verlangt wurden, ja, er geht teilweise noch weiter zurück. In den letzten Tagen haben die Fleischkommissionen für das nächste halbe Jahr ganz erhebliche Mehransgaben ergeben. Im Krankenhaus Friedrichshain wurde 1911 ein Durchschnitt von 1,73 M. für die Verpflegung gezahlt; die Verwaltung zählte 1,72 M. ein; der Kammerer hat nur 1,61 M. eingeseht, davon bleibt aber ein noch geringerer Bruchteil übrig, weil hier 2 M. pro Kopf und Tag direkt an die Viktoriaschwester gezahlt werden müssen. In Raabitz sind statt 1,77 M. nur 1,70 M. im Urban statt 1,88 M. nur 1,65 M. eingeseht, in der Gieshiner Straße statt 1,65 M. nur 1,55 M., im Kinderkrankenhaus statt 1,51 M. nur 1,40 M., im Birkhofkrankenhaus statt 1,75 M. nur 1,70 M., obwohl hier 1911 schon 1,74 M. ausgegeben wurden. Ein solches Knappen und Krausern gerade bei der Krankenversorgung können wir nicht dulden. Was hat die Staatsverwaltung für einen Zweck, wenn man schon vorher weiß, daß Ueberschreitungen unvermeidlich sind? Wollen die Direktoren im Rahmen des Etats bleiben, so muß die Verpflegung eben minderwertig werden. Auch beim Wartepersonal hat der Kammerer den Kalkül waltend lassen. Beim Birkhof und beim Kinderkrankenhaus sind die Forderungen der Verwaltungen an Wärtern, Wärterinnen und Arbeitern ganz erheblich beschnitten worden. Beim Krankenhaus Friedrichshain hat der Kammerer überdies die Zahl der Betten um 50 gekürzt; es bleiben nur 800. Auch dem Kammerer wird doch bekannt sein, daß gegenwärtig immer noch Ablehnungen von Krankenaufnahmen erfolgen. Unter diesen Umständen können wir das Vorgehen des Kammerers nicht als von sozialem Geiste durchdrungen ansehen; es ist eher die Auffassung, welche dem Geiste des letzten Budgets entspricht. Wenn nunmehr endlich der Stadtmehnjahresetat gleich und laut geworden ist, wird er bei ähnlichen schroffen Ausfällen des Kammerers wohl ein energisches Wort sprechen. Wir legen gegen diese Kammererpolitik Verwahrung ein und erwarten den von den Krankenhausverwaltungen, daß den Kranken, entgegen den Bestrebungen des Kammerers, an Verpflegung und Wartung nichts verloren geht! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Selberg: Die Kost in unseren Krankenhäusern ist ganz vorzüglich; die Krankenhausdeputation wird auch in Zukunft dafür sorgen, daß nicht auf Kosten der Güte und Qualität gespart wird. Die Zahl des Personals ist zu der Zahl der Beamten in das angemessene Verhältnis gebracht worden. Kammerer Böh: Es ist durchaus sachlich geprüft worden, wie man den wirklichen Verhältnissen im Jahre 1913 am nächsten kommen kann; weiter ist nichts gegeben. Von einer Verschlechterung der Verpflegung kann gar keine Rede sein. Auch bei den Krankenhäusern wird sich die Möglichkeit weiterer Ersparnisse ergeben, gerade so, wie es bei den Irrenanstalten bereits der Fall gewesen ist. Mit den Staatskassen wird gut auskommen werden.

Stadtrat Selberg: Ich weiß ja, daß die Magistratsvertreter hier bei der Etatsberatung nur ein Amt und keine Meinung haben. (Der Vorkredner beantwortet diesen Ausdruck.) Ueber die Kalkulation läßt sich ja streiten; wir glauben nicht, daß mit den Sägen auskommen sein wird. Unsere Kranken dürfen unter keinen Umständen leiden, gleichviel was im Etat steht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Ersparnisse bei den Krankenhäusern gemacht werden sollen, so wird unsere Zustimmung nicht fehlen, wenn man die Sache am rechten Ende anfaßt; ich habe selbst schon in der Deputation Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Es ist ein Bierskinn und eine Verschwendung, wenn den Ärzten und Apothekern der erste Tisch gegeben wird, der 3 M. kostet; die Kranken müssen den besten Tisch haben. Wenn diese Opulenz aufgehoben und das Geld dafür den Kranken zur Verfügung gestellt wird, wird das unseren Beifall finden.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadtrat Selberg: Die Krankenkost wird von den Ärzten vorgeschrieben, die Kranken bekommen die Kost, die für sie geeignet ist. Stadtrat Dr. Wehl: Auf den Kopf des Kranken werden 95 Pf., auf den Kopf des Arztes 3 M. gerechnet. Die Opulenz und Verschwendung, wie sie am Arztstisch betrieben wird, können wir nicht billigen.

Stadt. Solmitz (Fr. Fr.): tritt den Ausführungen des Dr. Wehl bei, bestätigt aber auch, als Dezentent der Heimstätten-Verwaltung, daß der Winterbesuch zugenommen hat. Der Standpunkt der Verge bei der Heberweisung von Kindern sei weitherziger geworden. Der Geschäftsgang müsse beschleunigt und weniger bürokratisch gehandhabt werden.

Stadt. Sings: Haben denn die Mittel für die Entsendung von 2000 Kindern in Heimstätten ausgereicht? Im Etat für 1913 sind nur 200 000 M. eingekehrt! Die Kurdauer von drei Wochen ist viel zu kurz; der Erfolg geht dann sehr oft in die Brüche. Die Verge müssen angewiesen werden, hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Stadt. Sings (A. R.): Bezüglich der Kurdauer irt Herr Sings, wie ihn Dr. Wehl bestätigen wird.

Stadt. Dr. Wehl: Nach drei bis vier Wochen hat der Arzt den Kranken daraufhin zu unterziehen, ob noch ein weiterer Aufenthalt erforderlich ist. Die Heimstättenverwaltung trifft da keine Schuld.

Stadt. Sings: Wenn der Armenarzt sechs oder acht Wochen Kurdauer verordnet hat und die Kinder werden nach drei oder vier Wochen entlassen, so wird doch eben der Mangel in Frage gestellt.

Stadt. Ratsh: Unter sechs Wochen kommt kein Kind nach Hohenhausen. Der Heimstättenetat wird auch nicht überschritten werden.

Zu den Ausgaben für das städtische Rettungswesen bemerkt:

Stadt. Dr. Isaac (A. A.): Das neue Kuratorium für das Berliner Rettungswesen hat manche Verbesserungen geschaffen. Dem Beschluß des Kuratoriums, zwei Direktoren zu präsentieren, schied auch der Magistrat zuerst nicht abgeneigt zu sein. Jetzt ist er diesem einstimmig gefassten Beschluß nicht nachgegeben, sondern hat nur einen, den bisherigen Direktor der Unfallstationen zum Direktor des städtischen Rettungswesens gewählt. In einer offiziellen Erklärung bezeichnet der Magistrat einen Dualismus als nicht im Interesse der Sache liegend. Der gewählte Direktor ist nun nach wie vor Angestellter der Unfallstationen und anderer Organisationen. Die Befürchtungen, die man an diese Wahl geknüpft hat, werden sich hoffentlich nicht erfüllen.

Bürgermeister Dr. Reide: Der Magistrat ist der Ansicht gewesen, daß, wenn die Vergehaftung gut organisiert ist, dann die Arbeit nicht so groß sein wird, daß man zwei Direktoren beschäftigen werde können. Funktioniert die Organisation des Rettungswesens gut, dann ist die Tätigkeit des Direktors nicht so wichtig. Der neu gewählte Herr, der sehr tüchtig und erprobt ist, wird auch seine jetzige Stelle gut ausfüllen. Daß der eine oder der andere der beiden Herren mehr oder weniger qualifiziert gewesen sei, hat der Magistrat nicht angenommen.

Stadt. Dr. Wehl: Der Bürgermeister vertritt hier den Magistratsstandpunkt. Der Magistrat hat, als der Vertrag vorgelegt wurde, ausdrücklich mit der Möglichkeit zweier Direktoren gerechnet. Daß wir im Kuratorium uns brüderlich fühlen, liegt daran, daß unsere prinzipiellen Gesichtspunkte dem Magistrat nicht in wünschenswerter Weise mitgeteilt worden sind. Das gesamte Kuratorium wollte endlich Frieden schaffen zwischen den zwei widerstreitenden Parteien; durch die Schaffung des städtischen Rettungswesens wurde die Streitigkeit begraben. Dazu gehörte aber nach der Meinung des Kuratoriums auch, daß an die Spitze der neuen Einrichtung die beiden Herren herangezogen wurden, die seit Jahren die beiden Richtungen präferiert haben. Der Magistrat will den bisherigen Dualismus beseitigen, indem er nur einen wählt. Das ist mir nicht verständlich; wollte man den Dualismus beseitigen, so müßte man entweder beide oder keinen wählen. Der jetzt mit dem Vertrauen als Direktor des städtischen Rettungswesens Betraute hat sich gegen die andere Partei in recht mitleidiger Weise ausgesprochen, wie auch protokolllärlich festgelegt ist. Jetzt soll die Vergehaftung unterworfen werden. Der Herr steht als erster Vertrauensarzt mit an der Spitze großer Berufsvereinigungen; er ist auch vielfacher Oberarzt. Wird er alle diese Voten auch beibehalten, wenn ihm das städtische Rettungswesen unterstellt ist?

Oberbürgermeister Wermuth: Der Magistrat in seiner erheblichen Majorität hat diese Angelegenheit nicht vom Standpunkte des Gefühls oder der Versöhnungsaktion behandelt. Uns interessiert nur die Frage: Wie funktioniert die neue kommunale Einrichtung am besten? Und da wollten wir nicht sofort den bisherigen Dualismus wieder haben. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Beide Personen auszuscheiden schien auch nicht praktisch — waren es doch die beiden Besten, ja die einzig erfahrenen. Mit Bedauern haben wir einen der beiden Herren zurückstellen müssen. Ob der Erwählte seinen Wohnsitz in Charlottenburg und seine nebenamtliche Tätigkeit wird beibehalten können, darüber schweben Überlegungen.

Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Stadt. Liebermann (Fr. Fr.): berichtet über die Etats für den Hoch- und Tiefbau, für das Markische Museum, die Stadtbibliothek, die Volkshilfsbibliothek und Besehallen. Am Straßenanwerwerbungs-fonds hat der Ausschuss 545 000 M. abgestrichen und den Staatsanfang für den Fonds auf 2 400 000 M. ermäßigt.

Diese Etats werden nach den Ausschussvorschlägen ohne Debatte genehmigt.

Es folgen die Etats „Gehälter der Magistratsmitglieder“, „Personalbesoldung“, „Aufgehälter, Büttelwelder, Unterstützungen“. Referent ist Stadt. Lindau (Fr. Fr.).

Der Magistrat hat die Erhöhung des Gehalts des Bürgermeisters von 20 000 auf 25 000 M. beantragt. Im Ausschuss wurde das Besitzen einer besonderen Magistratsvorlage für diese Zulage bemängelt, worauf eingeworfen worden ist, daß der vorliegende Fall ein außerordentlicher sei, in welchem man von einer Vorlage absehen möchte. Die Mehrheit des Ausschusses hat die Zulage bewilligt. — Beim Personalbesoldungsetat ist im Ausschuss eine Resolution zur Annahme gelangt, die den Magistrat um Erhöhung ersucht, ob die Bezüge der Aktenbegleiter (anfangs täglich 3,00 M., nach einem Jahre täglich 3,50 M., nach 3 Jahren monatlich 125 M., nach 5 Jahren monatlich 185 M.) im nächsten Jahre zu erhöhen sind.

Stadt. Heimann (Soz.): Es besteht ein Gemeindefestbeschluss, nach dem alle Erhöhungen von Beamtengehältern nicht im Etat angefordert, sondern der Versammlung durch besondere Vorlage vorher unterbreitet werden sollen. Wir können nicht einsehen, warum hier von dieser Regel abgewichen worden ist. Im Staats-ausschuss wurde uns geantwortet, die bürgerlichen Gruppen hätten sich mit dem Magistrat verständigt. (Hört! hört!) Eine solche private Verständigung, von der wir überdies ausgeschlossen worden sind, kann für uns kein Grund für das Abweichen von der Regel sein. Während der Beratung des Etats durch den Magistrat wurde uns von dem Kammerer offiziell mitgeteilt, der Magistrat habe beschlossen, in diesem Jahre von jeder Erhöhung der Beamtengehälter abgesehen und nur die dringend nötigen Erhöhungen der Arbeiterlöhne vorzunehmen. Danach war es nicht richtig, zugunsten des Bürgermeisters eine Ausnahme zu machen; glaubte man, das tun zu müssen, so sind in unserem großen Beamtenkörper sicherlich Kategorien vorhanden, bei denen aus guten Gründen gleichfalls eine Erhöhung der Bezüge durchaus wünschenswert oder notwendig ist.

Oberbürgermeister Wermuth: Ich hoffe, Ihre Zustimmung zu finden, wenn ich mit in meiner Antwort einige Vorschläge auf-erlege. (Zustimmung.) Die erwähnte Neuerung des Kammerers ist erfolgt, nachdem längere — schon zur Zeit meines Amtvor-gängers — über die Erhöhung des Gehalts Befähigt gefacht war. Ich begrüße die Erhöhung und hoffe, daß auch die Mehrheit sie genehmigt finden wird. (Beifall.)

Stadt. Gassel (A. A.): So recht Herr Heimann hat, so können wir uns in diesem Falle nicht auf einen formalistischen Standpunkt stellen. Wir halten angeht die Bedeutung der Stelle und der Person die Forderung für gerechtfertigt.

Stadt. Rosenow (A. A.) tritt dem prinzipiellen Standpunkt Heimanns bei, will aber ausnahmsweise und ohne Präjudiz die Erhöhung des Gehalts zugestehen.

Die Erhöhung wird beifällig.

Auf dem Personalbesoldungsetat befindet sich auch der Direc-tor des Hoch- und Fortbildungsschulwesens.

Stadt. Dr. Rosenfeld (Soz.): Direktor Dr. Grundscheid hat uns ein Büchlein vorgelegt, das dem Zwecke dienen soll, vater-ländische Gefühle zu wecken. Das Buch ist in der Absicht ge-schrieben, es unter den Fortbildungsschülern zu verbreiten. Einige Stellen darin sind durchaus bedenklich, das Buch ist nicht nur tendenziös, sondern auch in chauninistischem Sinne ge-halten. Am anfechtbarsten scheint das Kapitel: „Der deutschen Jugend zur Befinnung.“ Es heißt da unter anderem, daß auch jedem Volksgenossen das Recht zur Mitarbeit am Wohle des Volkes gegeben sei; eine Einschränkung müßte doch hier bezüglich Preußens gemacht werden, wo dies dank des Drei-klassenwahlsystems nicht zutrifft. In anderer Stelle agitiert es für die neuen Militärparlagen; es wird da behauptet, das Volk werde immer bereit sein, Opfer für die Landesverteidigung auf sich zu nehmen. Der Verfasser hätte sich dazu wirklich eine andere Stelle aussuchen sollen als dieses Buch. Wie anders nehmen sich dagegen die Reden des englischen Marineministers Churchill aus, die Sie heute früh gelesen haben! (Vorsteher-Stellvertreter Gassel unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß dies nicht mehr zum Thema gehöre.) Das Buch enthält auch eine Aus-wahl von Gedichten; eine Stelle lautet da: „Schlaget alle Wel-schen tot!“ Es wird dann gegen die Idee des Welt-friedens und des Weltfriedens gerichtet: „Gewiß, der Traum vom ewigen Frieden ist ein schöner Traum, der aber immer ein Traum bleiben wird, solange die Menschen keine Engel sein werden.“ (Vorsteher-Stellvertreter Gassel unterbricht den Redner; er hätte zuvor um Erlaubnis zum Vorlesen der von ihm angeführten Stellen ersuchen müssen.) In einer Zeit, wo die sozialdemokratischen Parteien aller Länder ihren Einfluß für die Friedensidee geltend machen, ist es bedauerlich, wenn sich das frivole Treiben der Kriegsbeher auch hier findet. Aus diesen Gründen halten wir das Buch zur Verteilung nicht für geeignet; wir müssen dagegen Einspruch erheben.

Stadtschulrat Michaelis: Die Ansicht, die Dr. Grundscheid hier vertritt, ist seine eigene; soweit ich ihn kenne, ist er ein Mann, der parteilos und sachlich seines Amtes waldet. Wenn er Exem-plare seines Buches zur Verfügung stellt, so ist das eine private An-gelegenheit. Wenn man auch nicht allem zustimmen kann, was er sagt, so möchte ich doch hervorheben, daß ich bis jetzt nur Gutes von ihm gelesen habe.

Stadt. Dobe: Ich meine, wir haben keine Veranlassung, uns bei den Beamtengehältern weiter mit dieser Sache zu beschäftigen. Ich stehe aber nicht an, zu erklären, daß das Buch in mannigfacher Beziehung sehr ungeeignet ist, den Zweck zu erfüllen, den es erfüllen will, nämlich auf die Jugend erzieherisch zu wirken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade vom Standpunkt einer würdigen Feier der Ereignisse von 1813 hat es etwas wenig Sym-pathisches, wenn diese benutzt werden, um aktuelle politische Fragen wie die Militärparlagen unter chauninistischen Ausfällen zu be-handeln. Sofern die Absicht bestehen sollte, dieses Buch unter die Schüler zu verbreiten, würde zuvor eine eingehende Erwägung stattzufinden haben. (Beifall.)

Referent für die Staatsstelle „Statistisches Amt“, „Bureaudienst-gebäude und Bureau“, „Geschäftsbedürfnisse“ ist ebenfalls Sta-dt. Lindau.

Einen Antrag, das Gehalt der Reinigungsfrauen des Ma-gistrats um Erhöhung ihres Tagelohnes von 2 M. dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, hat der Ausschuss abgelehnt. — Im Extraordinarium der „Geschäftsbedürfnisse“ sind 1100 M. für Anfertigung der Photographien der mit Rassenachen befaßten Beamten und Bediensteten ausgenommen mit der Begrün-dung: „Die genannten Beamten sollen künftig photographiert werden, um für etwaige Verfolgungsmassnahmen ein Bild des schuldigen Beamten zur Verfügung zu haben.“ Diese Begründung hat der Ausschuss getilgt; die betr. Beamten sollen erucht werden, die Photographieren selbst einzureichen. Weiter sollen die stenographische Eintragungsberichte binnen drei Tagen nach Auslegung erscheinen und nicht rechtzeitig eingehende Korrekturen unberücksichtigt bleiben.

Auch über die Staatsstelle „Kapitalien, Anleihen, Hypotheken“, sowie über die „Anwendungen für gemeinnützige Zwecke durch Ver-mittlung von Vereinen“ referiert Stadt. Lindau. Für die Leih-halle der Abteilung Berlin der „Deutschen Gesellschaft für christliche Kultur“ war der bisherige Zuschuß von 5000 M. auf 3000 M. herab-gesetzt worden; der Ausschuss hat einem Antrage auf Bewilligung der bisherigen 5000 M. mit der Maßgabe zugestimmt, daß in Zu-kunft jeder Zuschuß fortfällt.

Im Schlusssatz des Etats „Sonstiges“ sind u. a. 500 000 M. als extraordinäre Verstärkung des Grundbesitzerverwerbungs-fonds an-gesetzt; ein Antrag auf Reduzierung dieses Postens um 100 000 M. ist mit Stimmengleichheit abgelehnt worden, wobei die Stimme des Vorsitzenden Michaelis den Ausschlag gab.

Die Sitzung dehnte sich noch bis in die späten Abendstunden aus. Wir werden daher den Schluß des Berichts in unserer nächsten Nummer bringen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Neues von der Frauenwahlrechtsbewegung in Amerika.

Wieder haben sich zwei Staaten als Bollwerk der Rück-schrittlichkeit bewährt, während der Westen auf der Bahn des Fort-schritts weitermarschiert. Im Landtag von Massachusetts, das auf seine Bildung so stolz ist, wurde der Antrag, eine Volks-abstimmung über die Streichung des Wortes „männlich“ in den Wahlrechtsbestimmungen der Staatsverfassung vorzunehmen, ab-gelehnt. — Ebenso mit 89 gegen 53 Stimmen in der Kammer des Staates Maine. Hier hatte der Senat schon zugestimmt, so daß auch die Befehung der Volkskammer zu besserer Einsicht in absehbarer Zeit erfolgen dürfte. Dagegen wurde in Michigan von beiden Häusern des Landtags das Frauenwahlrecht an-genommen. Es unterliegt nun noch der im April stattfindenden Volksabstimmung.

### Ein Gericht für Mädchen.

In Chicago wurde dem Jugendgericht eine besondere Kammer für Mädchen angegliedert, deren Vorsitzende und familiäre Beisitzer Frauen sind. Man hat festgestellt, daß Mädchen oft vor Männern nicht dazu zu bringen sind, bestimmte Aussagen zu machen, während es vor Frauen ohne Schwierigkeiten geht. Die Erfahrungen der ersten Sitzung waren günstig. Nach einigen Monaten soll eine zusammenhängende Darstellung gegeben werden. Bekanntlich ist Amerika auf dem Gebiete des Jugendgerichts-wesens wie in anderen Strafrechtsfragen (s. B. dem Volhard-Sy-tem, das bei Vergehen, die auf dem Alkohol beruhen, bei Verpfändung auf Entschuldigtheit probeweise Straffreiheit ein-treten läßt) bahnbrechend gewesen. Auch diese Neuerung empfiehlt sich zur Nachahmung, womit es freilich bei uns, wo noch nicht einmal weibliche Schöffen oder Anwältinnen zugelassen sind, noch gute Bege haben wird.

### Eingegangene Druckschriften.

Bibliographie der Sozialwissenschaften. IX. Jahrgang. Heft 1/2. Herausgegeben von Professor Dr. G. Naas. Erscheint monatlich zweimal. Jahrgang 24. R. Springer, Berlin W. 9.  
 Heereverhaltung ohne Steuern. Eine Studie von Anonymus. 15 S. J. Baumann, Charlottenburg, Blümenstraße Str. 96/97.  
 Die drei Stufen der Grotte. Von G. Luda. 9 M., geb. 12 M. Schuler u. Heister, Berlin W. 57.  
 Universalbibliothek. 5511/12. Gedichte in oberbayerischer Mundart. Von F. v. Robell. — 5513. Der Rubin und andere Novellen. Von R. Gebbel. — 5514. Meister Clas. Schauspiel von A. Strindberg. — 5515. Peter Senz und andere Geschichten. Von G. L. Kollger. — 5516. Lachende Erben und andere Novellen. Von E. Correi. — 5517/20 Die Freiheitstriege 1813—15. Von L. Hüfner. — Einzelnummer 20 M. 24. Reclam, Leipzig.

Kleine Filialen in Berlin

# M. Glogau.

Wenn Sie dieses Inserat mitbringen, gewähre bis 15. April auf Möbel und Wohnungs-Einrichtungen

## 10

Proz. Ermässigung

Anzahlung 3

1 Bettstelle  
1 Matratze  
1 Kleiderschrank  
1 Tisch  
3 Stühle  
1 Küchenschrank  
1 Küchentisch  
1 Küchenstuhl

Wochenrate . . M. 1.50

10 Mark

Anzahlung 3

1 Bettstelle  
1 Matratze  
1 Kleiderschrank  
4 Stühle  
1 Tisch  
1 Spiegel  
1 Konsole  
1 Küchenschrank  
1 Küchentisch  
2 Küchenstühle  
1 Rahmen

Wochenrate . . M. 2.00

15 Mark

Anzahlung 3

1 Kleiderschrank  
1 Vertiko  
2 Bettstellen  
2 Matratzen  
1 Tisch  
4 Stühle  
1 Spiegel  
1 Konsole  
1 Kuchenschrank  
1 Tisch  
2 Stühle  
1 Rahmen  
Handschuhhalter  
Kleiderkasten

Wochenrate . . M. 2.50

20 Mark

Anzahlung 3

1 Sofa  
1 Sofatisch  
1 Trumeau  
4 Stühle  
1 Vertiko  
1 Kleiderschrank  
2 Bettstellen  
2 Matratzen  
1 Waschtisch  
1 komplette Küche  
in allen Farben

Wochenrate . . M. 3.00

30 Mark

Anzahlung 3

1 Sofa, 2 Sessel  
1 Splendidisch  
1 Trumeau  
4 Stühle, 2 Säulen  
1 Teppich  
2 Fenster  
Persieren  
1 Vertiko  
2 Bettstellen  
2 Matratzen  
1 Waschtisch  
1 Nachttisch  
1 Schrankregal  
1 komplette farbige Küche

Wochenrate . . M. 4.00

45 Mark

10 Prozent Ermässigung gewähre bis 15. April auf Möbel und Wohnungs-Einrichtung, wenn Sie dieses In-serat mit-bringen

# B. Jacobstr. 79.

## Ecke Dresdener Str.

Jahr gekaufte Einrichtun-gen wurden beliebig lange und kostenlos entwertet



# A. Wertheim



Leipziger Str. 126-130 König-Str. am Bahnhof Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse  
132-137 Alexander-Platz

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:  
Leipzigerstr. 132/137

## Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden. Insetiertes Obst, Gemüse, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Frisches Fleisch			
Pa. Schmorfleisch	Pfund	90 Pf.	1.00
Fehltrippe und Brust	Pfund	80 Pf.	
Kamm und Querrippe	Pfund	70 Pf.	
Pökelschinken	Pfd.	1.25	-Brust Pfd. 90 Pf.
Talg	Pfund	45 Pf.	ausgelassen Pfd. 60 Pf.
Frischer Schinken im Ganzen	Pfd.	90 Pf.	
Schweine-Kotelettes	Pfund	1.10	
Kamm und Schuft	Pfund	1.00	
Lieserl	Pfund	65 Pf.	
Rückenfett	Pfund	65 Pf.	8 Pfund 3.10
Kalbsbrust, Kamm u. Bug		80, 85 Pf.	
Kalbsbrustspitze	Pfd.	1.00	
Hammeldünnung	Pfd.	75 Pf.	
Dicke Rippe	Pfd.	85 Pf.	
Kasseler Rippespeer	1. ganz. Stück	95 Pf.	
	Eckstück bis 2 Pfund	85 Pf.	Mittelstück Pfd. 1.05
Renntier	Kuule	Rücken	Blatt Ragout
	Pfund 1.00, 1.10	80, 90	60, 70 25 Pf.

Moselwein		Bordeauxwein	
Obermoseler	65 Pf. 63 Pf.	1909 Les-Bessannes	87 Pf. 85 Pf.
1911 Obermoseler	75 Pf. 73 Pf.	1907 Castillonnais	95 Pf. 93 Pf.
1911 Wellensteiner	82 Pf. 80 Pf.	1909 Crü du Marin	1.05 1.02
1911 Langsurer	1.05 1.02	1907 Parempuyre	1.30 1.25
1911 Bullayer	1.15 1.10	1905 Crü d'Edmond	1.40 1.35
1911 Senheimer	1.25 1.20	1905 Pomerol-Lalande	1.65 1.60
1911 Enkircher	1.35 1.30	1907 Saint-Julien	1.85 1.80
1911 Aldegunder		1906 Chät. Pichon	
Bienengarten	1.45 1.42	Longueville	2.05 2.00
Rheinwein		Südwein	
1911 Maikammerer	72 Pf. 70 Pf.	Tarragona	82 Pf. 80 Pf.
1908 Planiger	85 Pf. 82 Pf.	Alter Tarragona	90 Pf. 87 Pf.
1908 Bodenheimer	1.05 1.00	Douro-Portwein I	1.20 1.15
1907 Jugenheimer	1.15 1.10	Alt. Douro-Portwein	1.85 1.80
1907 Forster	1.30 1.25	Sherry	1.20 1.15
1909 Rudesheimer	1.40 1.35	Alter Sherry	1.85 1.80
1909 Mittelh. Honigberg	1.60 1.55	Feiner alter Sherry	2.40 2.30
1905 Wink. Steinacker	1.80 1.75	Insel Samos	82 Pf. 80 Pf.
Tischwein			
1909 Sainte Mathieu	65 Pf. 63 Pf.	1909 Sainte Barbara	75 Pf. 73 Pf.
1909 Sainte Juan	70 Pf. 68 Pf.	1909 Almando	80 Pf. 78 Pf.

Fische	
Kabeljau ohne Kopf in ganz. Fischen	Pfd. 13 Pf.
Seelachs ohne Kopf in ganz. Fischen	Pfd. 15 Pf.
Schellfisch	Pfund 30, Zander Pfund 75 Pf.
Grosse Bratschollen	Pfund 22 Pf.
Lachs in ganzen Fischen	Pfund 65 Pf.
Grüne Heringe	Pfund 8 Pf.
Lebende Spiegelkarpfen	Pfund 90 Pf.
Lebende Aale	Pfund 1.05, 1.20, 1.40
Lebende Plötzen	Pfund 45 Pf.
Lebende Hechte	Pfund 1.15
Geflügel	
Junge Gänse	Pfund 1.00 u. 1.20
Ungarische Poulets gefroren	Stück 1.65
Suppenhühner	Stück 1.55 bis 2.75
Brathühner	Stück 1.55 bis 2.75
Enten	Stück 2.90 bis 3.40
Schneehühner	Stück 1.05

Backobst	
Gem. Backobst	Pfd. 28, 40, 50 Pf.
Kalif. Pflaumen	Pfd. 18, 28, 38 Pf.
Kaliforn. Aprikosen	Pfd. 65, 80 Pf.
Kaliforn. Birnen	Pfd. 36, 45, 55 Pf.
Kalif. Pfirsiche	Pfd. 36, 40, 50 Pf.
Italienische Prünellen	Pfd. 80 Pf.
Ringäpfel	Pfund 25, 42 Pf.
Saure Kirschen	Pfund 60 Pf.
Kaliforn. Kirschen ohne Steine	Pfund 1.40
Olympia - Bouillon - Würfel	
Dose 10 20 50 100 500 Stück	28 55 Pf. 1.35 2.60 12.40

Wurstwaren	
Rotwurst	Pfd. 55, 85 Pf.
Zwiebelwurst	Pfund 60 Pf.
Landleberwurst	Pfd. 1.00
Feine Leberwurst	Pfund 1.20
Pasteten-Leberwurst	Pfund 1.25
Bauernmettwurst	Pfund 1.25
Jagdwurst	Pfund 1.10
Teewurst	Pfund 1.25
Zerelat- u. Salamiwurst	Pfd. 1.35
Schinkenspeck	in Stücken von 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.25
Mausschinken	ca. 2-3 Pfund schwer Pfd. 1.40
Jägersalat, Fleischsalat, Schweinekopf, Delikatessülze	Dose 55 Pf.

Obst und Gemüse	
Kaliforn. Äpfel	Pfd. 25, 30, 35 Pf.
Amerikan. Äpfel	Pfund 18, 23 Pf.
Apfelsinen	Kiste 100 Stück 6.00
Blut-Apfelsinen	Dz. 30, 45, 70 Pf.
Valencia-Apfels.	Dz. 30, 40, 50 Pf.
Mandarinen	Pfund 28 Pf.
Feigen	Kistchen 35, 43 Pf.
Röm. Pflaumen	Pfd. 1.30, Kiste 0.80, 1.40
Zitronen	Dz. 35, 45 Pf.
Kanarische Bananen	Pfund 28 Pf.
Rhabarber	Bund 12 Pf.
Spinat	Pfd. 45, Weisskohl Pfd. 10 Pf.
Engl. Gurken	Stück 38, 43 Pf.
Rote Rüben	3 Pfund 10 Pf.
Tomaten	Pfund 25 Pf.
Ital. Kartoffeln	3 Pfund 25 Pf.
Malta-Kartoffeln	3 Pfund 25 Pf.
Blumenkohl	Kopf 10, 15, 20 Pf.
Französ. Salat	3 Köpfe 25 Pf.
Artischocken	Stück 22 Pf.
Schwarzwurzeln	3 Pfund 25 Pf.

Räucherwaren	
Kieler Sprotten	Pfd. 50 Pf.
Ostseesprotten	Pfund 35 Pf.
Sprottbücklinge	Pfund 35 Pf.
Makrelenbücklinge	Stück 6 Pf.
Schleibücklinge	3 Stück 25 Pf.
Kieler Bücklinge	4 Stück 15 Pf.
Seelachs	Pfund 40 Pf.
Goldfische	Stück 9 Pf.
Aale	Pfund 1.20, 1.60
Sauerkohl	Pfund 5 Pf.
Sardellen	Pfund 75, 90 Pf., 1.20
Matjes-Heringe	St. 15, 20, 25 Pf.
Gewürzgurken	4 Liter-Dose 1.35

Ständiger Verkauf:							
Gebrannter Kaffee							
Misch. I	II	III	IV	V	VI	VII	
Pfd. 1.40	1.50	1.60	1.70	1.80	2.00	2.20	
Spezialmischung bestehend aus ca. 50% gemahlener Bohnenkaffee und ca. 50% Kaffeezusatz							Pfund 95 Pf.
Brot aus der eigenen Bäckerei, Hamburger Art, Schlüterbrot, Korbrot, rundes Landbrot, Kuchenbrot							Laib 45 Pf.

Butter u. Käse	
Tischbutter	Pfund 1.26
Tafelbutter	Pfund 1.36, 1/2 Pfd. 69 Pf.
Bratenschmalz	Pfund 68 Pf.
Pflaumenmus	Pfund 30 Pf.
Gem. Marmelade	leichter Farb. Pfd. 33 Pf.
Limburger	Pfd. 58, Romalour St. 32 Pf.
Edamer Käse	Pfund 95 Pf.
Holländer Käse	in kleinen Steinen, Stück 65 Pf.
Schweizer Käse	Pfund 88 Pf.
Tilsiter Käse vollfett	Pfund 85 Pf.
Bayer. Emmentaler	Pfund 1.05
Camembert-Käse	Stück 20 Pf.
Brie	Pfund 80, Klosterkäse 3 St. 25 Pf.
Faust- und Spitzkäse	Stück 25 Pf.
Kuh- und Landkäse	3 Stück 35 Pf.
Speise-Quark	Stück 10 Pf.

Leipziger u. Königstrasse:  
**Stadt-Küche**  
Lieferung von Dejeuners, Dinners, Soupers, Kalten Büfets etc. Preisliste kostenlos.

„... Konzentriertes Blutstoffgemisch ist für sich allein  
wunderbar gesund.“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Um das Opfer des Polizeirevolvers,

den Fürsorgezögling Artur Fischer, den in der Nacht vom 25. zum 26. August 1912 in Berlin an der Ecke der Münz- und der Dragonerstraße der Schuhmann Gabbert niederschloß, wurde gestern vor dem Amtsgericht Köpenick gestritten.

Wer der unbekannte Erschossene war, hatte zwar nicht die Berliner Polizei, aber seine in Oberschöneweide wohnende Mutter durch eigene Nachforschungen nach ihrem um jene Zeit plötzlich verschwundenen Sohn endlich im Dezember ermitteln können. Zunächst wollte die Polizei der Frau Fischer, trotz allem Beweismaterial, lange nicht glauben, daß der Erschossene wirklich ihr Sohn sei, und immer wieder wurden ihre Angaben mit unbehaglichem Mißtrauen behandelt. Im „Vorwärts“ ist damals mehrfach darüber berichtet worden, wie schwer der Polizei der Entschluß wurde, die Persönlichkeit des Erschossenen als festgestellte amtlich anzuerkennen.

Auch bei der Redaktion der „Niederschöneweider Nachrichten“, die wohl zugleich unter dem Titel „Oberschöneweider Tageblatt“ laufen, begegnete Frau Fischer starkem Zweifel, als sie sogleich nach ihren ersten Ermittlungen hier den Sachverhalt vortrug und die Bitte hinzufügte: „eine Annonce aufzunehmen“. Der Redakteur, Buchdruckereibesitzer Baumann, erklärte ihr, zuvor müsse er Erkundigungen einholen, und er tat das noch an demselben Tage. In der nächsten, am Abend dieses Tages erschienenen Nummer seines Blattes veröffentlichte er dann einen geschwind zurechtgemachten Artikel, in dem er Frau Fischer in beleidigender Form als ungläubwürdig hinstellte. Er erzählte: Ermittlungen der Polizei hätten ergeben, daß die Angaben der Frau „frei erfunden“ seien. Sie habe aber bei diesen Angaben und Benütze sie in freivolier Weise dazu, Armenunterstützung zu beantragen. Um ihre Unglaubwürdigkeit darzutun, hob der Artikel noch hervor, daß sie schon wiederholt, unter anderem wegen Meineids, verurteilt sei.

Frau Fischer war erschrocken über dieses Ergebnis ihres bei den „Niederschöneweider Nachrichten“ gemachten Besuchs. Vergeblich forderte sie den Redakteur Baumann auf, die sie beleidigenden Behauptungen zurückzunehmen, und auch eine Vorladung vor dem Schiedsmann blieb fruchtlos. Sie wollte Beleidigungsklage einreichen, doch wurde ihr Klageantrag in der Gerichtsschreiberei so zu Protokoll genommen, daß er nur den Vorwurf des Meineids rügte. Diesen Antrag wies das Amtsgericht zurück, auf Beschwerde mußte ihm aber stattgegeben werden. Nachträglich ließ dann Frau Fischer durch ihren Rechtsbeistand die Klage dahin ergänzen, daß auch wegen des Vorwurfs: die Angaben frei erfunden und zu einem Anspruch auf Armenunterstützung benützt zu haben, Verurteilung gefordert wurde.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Amtsgericht bemühte sich der Vorsitzende, einen Vergleich zustande zu bringen. Frau Fischer lehnte ab, weil sie zu schwer beleidigt worden sei. Als ihr eine Buße von 10 Mark in Aussicht gestellt wurde, erklärte sie: ihr seien durch die ganze Angelegenheit viel höhere Ausgaben entstanden. Auch verweigerte sie, daß der Angeklagte Baumann die Person nenne, von der er seine beleidigenden Angaben habe. Baumann verweigerte das; aber sie kam immer wieder auf diese Forderung zurück, obwohl der Vorsitzende ihr wiederholt sagte: „Das kann er nicht! Das darf er nicht nach seinem Standes- und Ehrengesamten!“ Baumanns Verteidiger suchte auf die Klägerin einzuwirken, indem er ihr ankündigte: sie werde nicht hindern können, daß über die Gerichtsverhandlung nicht nur in den „Niederschöneweider Nachrichten“, sondern auch in Berliner Zeitungen ein Bericht erscheine, der die hier über die Klägerin zur Sprache gebrachten Dinge wiedergibt. Frau Fischer blieb bei ihrer Forderung.

Nachdem schließlich in die Verhandlung eingetreten worden war, wurden gegen den Widerspruch des Rechtsbeistandes der Klägerin ihre Vorstrafen verlesen. Eine Verurteilung wegen Meineids war nicht darunter; aber dem Gericht genügte es nicht, lediglich das festzustellen. Auch der Verteidiger des Angeklagten hatte mit dieser einen Feststellung, auf die allein es ankam, sich nicht begnügen wollen und Verlesung aller Vorstrafen gefordert. Sodann befandete ein bei der Gemeinde Oberschöneweide beschäftigter Bureauassistent Rosenbaum: Frau Fischer sei schon aus Mitteln der Gemeinde unterstützt worden. Doch vermochte er nichts darüber zu sagen, daß sie den Tod ihres Sohnes zur Erlangung einer Unterstützung auszunutzen versucht habe. Also auch für diese Behauptung des Artikels war der Beweis nicht zu führen.

Der Rechtsbeistand der Klägerin beantragte, hiernach den Angeklagten zu bestrafen. Der Verteidiger stellte die Behauptung auf: der Artikel habe nur eine Ansicht der Behörde wiedergegeben. Tatsächlich habe ja die Behörde damals für festgestellt gehalten, daß der Erschossene nicht der Sohn der Frau Fischer sei. Das habe das Berliner Polizeipräsidium erklärt, versicherte er, doch verriet er nicht, woher Baumann seine Kenntnis einer solchen Erklärung erhalten hatte. Immer wieder hob er nur das hervor: Baumann sei „an absolut zuverlässiger und maßgebender Stelle“ informiert worden, daß Frau Fischers Angaben unwahr seien. Ueber den letzten Vorwurf der „freien Erfindung“ schweig er sich aus. Für den Angeklagten nahm er den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) in Anspruch, weil Baumann als Zeitungsdirektor nicht darüber habe schweigen können, daß ihm die Darstellung der Frau Fischer als unwahr bezeichnet worden sei. Uebrigens habe Baumann, nachdem die Berliner Polizei die Feststellung der Persönlichkeit des Erschossenen als des Artur Fischer schließlich anerkannt hatte, in seinem Blatt das mitgeteilt. In Wirklichkeit hat Baumann auch da noch den einschränkenden Zusatz gemacht: der Erschossene „scheint“ Fischer zu sein.

Das Gericht sprach den Angeklagten schuldig und verurteilte ihn wegen Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe. Der Schutz des § 193 wurde ihm nicht zugesprochen, doch bewilligte das Gericht mildernde Umstände wegen „guten Glaubens“. Er hat, sagte in der Urteilsbegründung der Vorsitzende, seine Gewährperson nicht genannt, sich aber auf eine maßgebende Stelle bezogen. Ob es, fügte der Vorsitzende hinzu, das Berliner Polizeipräsidium war, können wir nicht wissen.

Schade ist es doch, daß man nicht erfahren hat, wer die „maßgebende Stelle“ war, die Herrn Baumann bedient haben soll. Wenn er glauben machen will, daß Behörden ihn so falsch informiert haben, so sollten eigentlich die in Frage kommenden Verwaltungsstellen es für ihre Pflicht halten, sich hierüber aufklärend zu äußern.

Partei-Angelegenheiten.

6. Wahlkreis.

Des Umzuges wegen bleibt unser Bureau Sonnabend, den 29., und Montag, den 31. März, geschlossen.

Vom Dienstag, den 1. April, ab befindet sich dasselbe N. 39, Gerichtstr. 71, vorn 1 Treppe rechts.

Der Vorstand.

Reutkolln. Die nächste Stunde des Kurhus „Reifeübungen“ findet am Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Bartsch, Hermannstr. 49, statt.

Die Sammelkarte Nr. 14013 ist verloren worden. Sollte dieselbe gefunden oder zum Zeichnen vorgelegt werden, so ist sie an das Bureau des Wahlvereins Reutkolln, Redarstr. 8, abzuliefern.

Mi-Ostende. Sonnabend, den 29. März, abends 8 Uhr, bei Rodenbusch, Rudower Str. 54, Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Brig-Budow. Sonntag, den 30. d. Mis., morgens 8 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkskollegen aus.

Adlershof. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung von bekannter Stelle aus.

Vorsigwalde-Wittenau. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am 30. März in den Vorsigwalder Festhallen, nachmittags 2 Uhr, statt. Neuwahlen sämtlicher Funktionäre. Handzettelverbreitung am Freitag, den 28. März 1913, abends 8 Uhr, von den Zahlabendkollegen aus.

Petersdahlen. Sonntag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, Generalversammlung im Lokal von Kunsch, Petersdahlen, Hemmendorfer Straße. Tagesordnung: Bericht der Funktionäre, Neuwahl der Bezirksleitung, die kommenden Landtagswahlen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Rühlensd. Bezirk Nieder-Schönhausen. Sonntag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zur Sonne, Joh. A. Bartsch, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Gemeindevertreters. 2. Bericht von der Generalversammlung des Bezirks. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Spandau. Am Sonnabend, den 29. März, abends 8 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuß im Neuen Stadttheater, Potsdamer Straße 6, einen Wilhelm-Busch-Abend mit anschließendem Tanzkänzchen. Da eine Abendkasse nicht gekattelt ist, wollen die Interessenten des Abends aus folgenden Verkaufsstellen Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. entnehmen: im Neuen Stadttheater, Potsdamer Straße 6, in der Vorwärtsbuchhandlung, Breitestr. 64 sowie in den Rigorengeschäften von Kasimir, Weinmeisterstr. 7, und Wilhelm Pieper, Meyerstr. 5.

Röntgenal, Severnial, Buch. Sonnabend, den 29. März, abends 7 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Marx. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Landtagswahlen.

Berliner Nachrichten.

Der Stadthaushaltsetat für 1913

wurde von der Stadiverordnetenversammlung gestern zu Ende beraten. Zu Debatten kam es bei verschiedenen Einzelsetats. Für die offene Armenpflege beantragte die sozialdemokratische Fraktion die Einsetzung größerer Mittel für Unterstufungen. Genosse Hinz beunmügelte, daß hierfür die Mittel viel zu gering bemessen seien. Aber Stadtrat Kalisch versicherte stolz, die Armenverwaltung lasse keinen darben. Die Anträge unserer Genossen wurden von den Freisinnigen abgelehnt. Die Beträge für die Beförderung in den Krankenhäusern bezeichnete Genosse Wehl als zu gering. Stadtrat Selberg erwiderte, die Kost in den Krankenhäusern der Stadt sei — das sollte kein Scherz sein! — „vorzüglich“. Für die Heimstätten wünschte Genosse Wehl rosigere Erledigung der Aufnahmefälle. Bezüglich der Entsendung von Kindern in Heimstätten äußerte Gen. Hinz das Bedenken, daß die bewilligte Summe zu kurz sei. Für das jetzt endlich ganz von der Stadt übernommene Rettungswesen hat der Magistrat einen Schilling des Kuratoriums der Unfallstationen zum Direktor gewählt. Stadtverordneter Isaac und Genosse Wehl bedauerten diese Wahl, von der Mithelligkeiten mit den Ärzten zu erwarten seien. Gegen die Erhöhung des Bürgermeistergehalts, die ohne weiteres in den Etat eingestellt worden ist, sprach Genosse Heimann. Wolle man Beamtengehälter erhöhen, so sei das doch wohl bei anderen Beamtengruppen eher nötig. Die Freisinnigen hatten gegen die 5000 M. Gehaltszulage für den Bürgermeister nichts einzuwenden und bewilligten sie ihm. Beim Personalbesoldungsetat wurde eine vom Direktor des Fortbildungsschulwesens verfaßte Jubiläumsschrift, die in chauvinistischer Kriegsbegeisterung ergeht, von unseren Genossen Rosenfeld niedriger gefordert. Mit Anstellungen der Mieselgüter hat der Magistrat Dienstverträge abgeschlossen, durch die sie der Wohltat des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches beraubt werden. Genosse Stadthagen geißelte dieses Verfahren, das von antisozialen Empfinden diktiert sei und dem Gesetz zuwiderlaufe. Auch die Bestimmungen über das Recht der Entlassung seien so, daß sie die Angestellten in ein unwürdiges Hörigkeitsverhältnis bringen. Stadtrat Alberti behauptete, die Sache werde in „allerhumanster Weise“ gehandhabt. Beim Etat der Polizeikosten brachte Genosse Rosenfeld zur Sprache, wie die proletarische Jugendbewegung durch die Polizei drangsalieren wird. Er schilderte ihr Vorgehen gegen die Jugendversammlungen, die der Auflösung verfielen, und die in den Straßen ausgeführten Attaken gegen heimgehende Versammlungsbefucher. Die Freisinnigen zeigten, daß sie für diese Klagen sehr wenig Verständnis haben, wenn es sich um die proletarische Jugend handelt. Zur Schlussabstimmung über den Etat erklärte Genosse Heimann, daß die sozialdemokratische Fraktion mit der Zurücknahme dieses Etats nicht einverstanden sein könne. Sie stimmte gegen den Gesamtetat. Die Freisinnigen besiegelten die Festsetzung des Gesamtetats diesmal nicht durch das übliche „Bravo!“. Sie fühlten wohl selber, daß mit dieser Leistung kein Staat zu machen ist.

Arbeiterfragen in der Tiefbaudeputation.

Die letzte Sitzung der Tiefbaudeputation hatte sich unter anderem auch mit Arbeiterfragen zu beschäftigen. Zunächst war von unsern Genossen beantragt worden, auf Grund einer Eingabe der städtischen Arbeiter, für alle im Tiefbau beschäftigten Arbeiter einen Arbeiterausschuß zu bilden. Bisher besteht ein solcher nur für die auf den

Steinlagerplätzen beschäftigten Arbeiter. Nun werden aber in verschiedenen Tiefbauämtern Chausseearbeiter und Arbeiter bei den Vermessungsämtern beschäftigt. Diese Arbeiter haben keine Möglichkeit, ihre Interessen durch einen Ausschuß zur Geltung zu bringen; es sei deshalb zweckmäßig, einen Ausschuß für die drei Arbeiterkategorien zu bilden. Es kamen 48 Chausseearbeiter und 24 bei den Vermessungsarbeiten beschäftigte Arbeiter in Frage. Es wurde entgegnet, daß die genannten Arbeiter sehr weit voneinander beabachtet seien, da eine Anzahl auf der Saathofstraße, andere auf der Trepptower Chaussee arbeiteten; daselbe treffe auch für die Vermessungsarbeiter zu; auch seien die Interessen zu verschieden. Deshalb sei Abstand genommen worden von der Bildung eines besonderen Ausschusses und der Magistrat habe dem zugestimmt. Obwohl von unsern Genossen nachgewiesen wurde, daß die angeführten Ablehnungsgründe nicht stichhaltig seien, wurde der Antrag auf Schaffung eines einheitlichen Ausschusses für den Tiefbau abgelehnt. Dieser Standpunkt ist in keiner Weise mit der Magistratsverwaltung, die im November über die Bildung von Arbeiterausschüssen erlassen worden ist, im Einklang zu bringen.

Ein anderer Antrag unserer Genossen bezog sich darauf, in die Verträge mit Unternehmern, denen städtische Arbeiten übertragen werden, eine Klausel aufzunehmen, nach der die Unternehmer verpflichtet sind, tariflich festgesetzte Löhne und da, wo Tarife noch nicht bestehen, ortsübliche Löhne zu zahlen. Auch sollen die Baubeamten gehalten sein, ihre Kontrolle nicht nur nach der technischen Seite, sondern auch nach der sozialen Seite hin auszuüben. Der Antrag wurde mit dem Hinweis bekämpft, daß für die Vergütung von Arbeiten Gemeindebeschlüsse beständen, welche eine Deputation nicht einseitig abändern könnte. Hiernach solle es bei Vergütung von städtischen Arbeiten so gehalten werden, daß die Arbeiten an Unternehmer vergeben werden, die in der Unternehmerliste händeln. Und in die Unternehmerliste sollen nur Firmen aufgenommen werden, die allerdings tariflich festgesetzte Löhne zahlen. Es sei also nur notwendig, bei Aufnahme von Firmen in die Unternehmerliste auf diese Bestimmung zu achten. Eine weitere Kontrolle könne die Verwaltung nicht ausüben. Stelle sich heraus, daß eine städtische Arbeiten ausführende Firma die geforderten Bedingungen nicht erfüllt, so könne sie aus der Unternehmerliste gestrichen werden. Unsere Genossen legten dar, daß ihr Antrag sehr wohl mit den Gemeindebeschlüssen im Einklang zu bringen sei und daß eine Kontrolle über die Erfüllung der Vertragspflichten direkt notwendig sei. In der Abstimmung wurde der Antrag aber abgelehnt. Ein anderer Beschluß bezieht sich auf die Vergütung der Nachtarbeit und der Überstunden. Nach den bisherigen Bestimmungen wird die Tagesarbeit in die Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends gelegt, während bei der Hochbauverwaltung um 6 Uhr die regelrechte Tagesarbeit endet. Es wurde beschlossen, in der Tiefbauverwaltung in gleicher Weise wie in der Hochbauverwaltung zu verfahren und in Zukunft in die Verträge die Bestimmung aufzunehmen, daß nach 6 Uhr abends die Überstunden bei Tagelohnarbeiten mit 25 Prozent und nach 10 Uhr die Nachtarbeit mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt werden muß.

Zur Landtagswahl

wird mitgeteilt, daß Personen, die gegen die Wichtigkeit der Wählerliste Einspruch erhoben haben, mit diesem Einspruch abgewiesen sind unter anderem mit der Begründung, daß sie nicht sechs Monate am Orte wohnen. Eine Reihe solcher Wähler erfüllen aber diese Bedingung. Es ist ihnen nun aufgegeben worden, dem Wahlbureau den Nachweis durch Erbringung einer polizeilichen Bescheinigung zu liefern. Verschiedene Polizeiviertel hätten aber abgelehnt, eine solche Bescheinigung zu erteilen. Diese Wähler sind nun in Verlegenheit; sie wissen nicht, wie sie der Aufforderung des Wahlbureaus Folge leisten sollen. Nicht jeder hat die polizeiliche Bescheinigung von früher noch zur Hand. Außerdem melden vielfach die Hauseigentümer ihre Mieter polizeilich an und lassen sich in ihrem Mieterverzeichnis die polizeiliche Bescheinigung einstempeln.

Das Wahlbureau wird unter solchen Umständen nicht umhin können, in den Fällen, in denen eine polizeiliche Bescheinigung über die Aufenthaltsdauer nicht beigebracht werden kann, den Mietkontrakt oder eine Bescheinigung des Hauswirts als Nachweis genügen zu lassen.

Das Automobilunglück am Schlesiischen Busch.

Die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung der Automobilkatastrophe in der Schlesiischen Straße ist gestern vormittag abgeschlossen worden. Die Ermittlungen, die von Sachverständigen vorgenommen worden sind, haben ergeben, daß der Zusammenstoß zum Teil auf einer Verletzung unglücklicher Umstände beruht. Es ist festgestellt worden, daß der Kutscher des Milchwagens, anstatt, wie es die Vorschriften verlangen, scharf an der Vorderräder zu fahren, um anderen Wagen zum Ueberholen Gelegenheit zu geben, sich etwa in der Mitte der rechten Seite nahe den Straßenbahnschienen hielt. Dadurch verringerte sich der Abstand zwischen dem Fahrzeug und der Straßenbahn um etwa zwei Meter. Als nun der Chausseur Köbling durch die recht unübersichtliche Kurve an der Trepptower Chaussee kam, bemerkte er den Milchwagen etwa 60 Meter vor sich. Die Straße reichte bei der übermäßig schnellen Fahrt der Kraftdroschke nicht mehr aus, um das Fahrzeug mit der anormalen Belastung zum Halten zu bringen. Hätte Köbling scharf gebremst, wäre das Auto ins Schleudern geraten und hätte umstürzen können. Deshalb verfuhr der Fahrer der Milchwagen auf der rechten Seite an der Vorderräder zu überholen. Im letzten Augenblick lenkte der Milchwagen, dessen Kutscher das Herannahen des Automobils gehört hatte, nach rechts herüber und Köbling mußte nun, wenn er nicht auf den Bürgersteig geraten wollte, die Steuerung scharf nach links herumreißen. Bei dieser kurzen Kurve in schneller Fahrt geriet das Hinterteil des Autos ins Schleudern, da das Chassis den Bewegungen der Vorderräder nicht folgte, sondern sich vielmehr in den Gelenken des vorderen Räderpaares drehte. Diesem Schleudern hätte der Chausseur durch sofortigen Einschlag des Steuerrades nach der anderen Seite begegnen müssen. Die Entfernung des Kraftwagens von der Straßenbahn war jedoch so gering, daß ein Parieren nicht mehr möglich war.

Das Befinden der in den Krankenhäusern Verhohlenen und am Leben untergebrachten Fahrgäste hat sich im Laufe der letzten Nacht in erfreulicher Weise gebessert. Wenn die Verletzungen der einzelnen auch ziemlich schwere sind, besteht doch bei keinem der Verunglückten Lebensgefahr mehr.

Ein neuer Messerstecher in Berlin.

Ein eigenartiger Messerstecher ist seit einiger Zeit im Berliner Tiergarten aufgetaucht. Es dürfte bekannt sein, daß das Expreßrestaurant, das sich den § 175 des Strafgesetzbuchs zunutze macht, in allen Großstädten Europas, nicht zum wenigsten in der Weltstadt Berlin, in ausgedehntem Maße sein Unwesen treibt. Der Chef eines Berliner Welfhandlungshauses, ein Kommerzienrat, wurde

vor einigen Jahren von derartigen Banditen in den Tod ge-  
hegt. Ein alter Landgerichtsdirektor, Vorsitzender einer Dres-  
lauer Strafkammer, wurde von einer internationalen Er-  
presserbande um Amt und Vermögen gebracht. Ein fei-  
reicher Fabrikbesitzer am Oberrhein wurde durch den Radfahrer  
Dreuer, einen berüchtigten Berliner Fußhüter in den Tod getrieben,  
vielleicht auch, wie die Trierer Geschworenen annehmen, von Dreuer  
ermordet, nachdem Letzterer seinem Opfer das gesamte Vermögen,  
über eine Viertelmillion Mark abgepreßt und das Geld in Berlin  
und Köln mit Halbweltlerinnen in unzüchtiger Weise vergeudet  
hatte. Noch immer soll das Expressvermögen, insbesondere seit den  
Kollke-Harden- und Eulenburg-Prozessen, trotz aller harten  
Bestrafungen sich geradezu in unheimlicher Weise geltend  
machen. Seit einiger Zeit droht den einsamen Spazier-  
gänger im Berliner Tiergarten eine noch schlimmere Gefahr.  
In der Nähe des im Tiergarten gelegenen Goldfischteiches taucht  
in den Abendstunden, sobald sich die Schatten der Nacht in  
die Niesentümpel gesenkt haben, ein häßlicher, bartloser Mensch, im Alter  
von etwa 20 Jahren auf. Der junge Mann ist elegant und schlau  
gekleidet und hat weltstädtische Manieren. Er soll keineswegs den  
Eindruck eines anormal Veranlagten oder eines männlichen Pro-  
stituierten machen. Mit einem bezaubernden Lächeln soll er es ver-  
stehen, sich einsamen Spaziergängern zu nähern und sie zu einer  
Unterhaltung auf einer etwas verborgen stehenden Bank einzuladen.  
Während der angenehmsten Unterhaltung verzerrt der junge Mann,  
ohne ein Wort zu sagen, plötzlich das Gesicht, die Augen blicken un-  
heimlich und mit einem aus der Hosentasche hervorgeholten etwa  
30 Zentimeter langen Dolchmesser sticht der Unhold seinen Nachbar in  
irgendeinen Körperteil, zumeist in den Bauch, wenn es dem be-  
treffenden Herrn nicht gelingt, sich rechtzeitig zu flüchten. Einige  
der Ueberfallenen haben es unterlassen, Anzeige zu erstatten, weil  
sie befürchten, öffentlich kompromittiert zu werden. Eine Anzahl  
der Ueberfallenen hat jedoch Anzeige erstattet, die Polizei ist daher  
auf eifrigste bemüht, den Unhold, der wahrscheinlich, ähnlich wie  
die Popfahnschneider, an einer krankhaften Veranlagung leidet, festzu-  
nehmen. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß der unheimliche  
Mensch auch den Versuch unternommen hat, Personen weiblichen  
Geschlechts, oder Männliche, die seiner Einladung nicht gefolgt sind,  
zu stechen. Jemand eine Geldforderung hat der junge Mann auch  
nicht gestellt. Der Polizei soll es bisher nur gelungen sein, zu  
ermitteln, daß der eigenartige Messerstecher in Charlottenburg wohnt.

#### Weitere Ausdehnung des Sperrbezirks für Hunde.

Amlich wird berichtet: Nachdem im Institut für Infektions-  
krankheiten bei den Japsstieren Tollwut festgestellt worden ist, hat  
sich der Regierungspräsident von Potsdam veranlaßt gesehen, den  
Sperrbezirk für Hunde auch auf die Vororte Grunewald,  
Scharmangendorf, Friedenau, Steglitz, Südende, Tempelhofer, Parle-  
ndorf, Britz und Trepnow, und ferner auf die im Nordosten Berlins  
gelegenen Vororte auszuweiten. Die Ausdehnung des Sperr-  
bezirks dürfte — wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen —  
noch eine weitere Veranschärfung erfahren, als auch alle  
die Vororte einbezogen werden sollen, die im Bereiche  
der Stadtbahn liegen, da in zahlreichen Fällen die  
Hundebesitzer nach einem Ausflug in einen außerhalb des Sperr-  
bezirks gelegenen Vorort ihre Hunde ohne Maulkorb und Leine frei  
unterlaufen ließen und sich daraus zahlreiche Unzuträglichkeiten und  
Beschwerden entwickelten.

Im Anschluß an diese Veröffentlichung sei nochmals auf die  
Symptome aufmerksam gemacht, die bei Hunden auftreten, welche  
von der Tollwut befallen worden sind. Bei den Tieren stellt sich  
eine vollständige Aenderung ihres bisherigen Benehmens ein.  
Friedliche, ruhige Hunde werden mürrisch, aufgeregter, mis-  
trauisch und verdrücken sich gern. Zweitens zeigt sich eine  
Aenderung ihres Appetits. Sie verschmähen ihr ge-  
wohntes Futter und bekunden die Neigung, unverbautliche Gegenstände  
zu verschlucken. Nach etwa zwei Tagen stellt sich der Drang ein,  
aus ihrer Umgebung zu entweichen und große Weg-  
strecken zurückzulegen. Sie scheuen sich nicht, fremde  
Geschöpfe zu betreten und zeigen gesteigerte Wei-  
sucht, die sich gleichmäßig auf Menschen und Tiere, wie auch auf  
leblose Gegenstände erstreckt. Auch die Stimme verändert  
sich und nach 3-4 Tagen machen sich Lähmungs-  
erscheinungen bemerkbar, die zunächst die Schlingorgane be-  
fallen, so daß die Tiere dauernd speicheln, den Unterkiefer herab-  
hängen und die Junge zum Maul heraushängen lassen. Dann  
werden auch die hinteren Gliedmaßen von dieser Lähmung ergriffen  
und nach weiteren 5-8 Tagen tritt der Tod ein.

**Fliegerunfall in Johannisthal.** Von einem Mißgeschick wurde  
gestern vormittag der Flieger Stoephasius betroffen. Als er auf  
einer Numpertalbe von der Ballonhalde nach dem Schuppen zu  
fliegen wollte, wurde er von festigen Widen gepackt, die die Maschine  
niederdrückten. Der Flieger vermochte den Eindecker kurz vor  
dem Baun zwar noch einmal hochzurufen, wurde jedoch nach  
wenigen Metern wiederum niedergedrückt und stürzte in den Wald,  
wobei eine Kiefer umgerissen wurde. Die Maschine, die völlig in  
Trümmer ging, gelangte schließlich auf den Boden, so daß Stoep-  
hasius und sein Fluggerät sich ohne fremde Hilfe aus den Trüm-  
mern zu befreien vermochten. Der Führer hat eine Verletzung im  
Gesicht davongetragen, die jedoch ungefährlich sein dürfte.

**Ein „Exportgeschäft“,** das gerücht ist, wird von der Kriminal-  
polizei gesucht. In dem Hause Potsdamer Str. 88 mieteten zum  
1. Februar d. J. zwei Männer, die sich Max Schönig und Rudolf  
Schiel nannten, im zweiten Stock zwei Räume, um darin, wie sie  
sagten, das Bureau eines Exportgeschäftes in Lebensmitteln zu  
errichten. Das neue Geschäft zeichnete M. Schönig u. Co. Max  
Schönig suchte sich bei dem Hauswirt in ein günstiges Licht zu  
stellen. Zu dem Zweck erzählte er auch, daß er mit dem Inhaber  
des bekannten Raffeehandlung Schönig verwandt sei. Der Wirt  
glaubte das ohne weiteres und dachte gar nicht an den Unterschied  
in den beiden Namen. Die Firma mietete die Räume auf ein  
Jahr, bezahlte aber nur für jeden Monat im Voraus. Am 17. März  
zog ein anderer Mieter aus dem Hause weg. Erst später entdeckte  
der Hauswirt, daß auch das „Exportgeschäft“ mit seiner ganzen  
Einrichtung verschunden war. Schönig u. Co. hatten alles, was  
nicht nie- und nagelfest war, weggeschafft. Sie hatten die Ge-  
legenheit des anderen Umzugs geschickt benutzt, um zu „räu-  
den“. Nach und nach erschienen jetzt Leute beim Hauswirt, um sich nach  
dem Verbleib des Exportgeschäftes, dessen Türen sie verschlossen  
sahen, zu erkundigen. Sie klagten ihr Leid, daß sie geküchert  
hätten, ohne Geld zu bekommen: der eine Lebensmittel, der andere  
Kunstblätter, ein dritter Zigarren usw. Die Lieferanten der  
Kunstblätter, eine Leipziger Firma, hatte sich, wie ihr Vertreter  
mitteilte, zur Vorsicht an ein Auskunftsbureau gewandt, und auch  
sich vor Schaden nicht gerettet. Die Auskunft hatte berichtet, daß  
Schönig persönlich schon ein Vermögen von 50 000 M. besäße. Zu  
den Geprüften gehört auch eine Schreibmaschinenhandlung, die  
dem neuen Geschäft vier Maschinen auf Probe überlassen hatte.  
Auch diese sind mit der ganzen Einrichtung verschunden. Sie  
sind allein 1700 M. wert. Ob die verschundenen Geschäftsinhaber  
ihre richtigen Namen angegeben haben, steht noch dahin. Welchen  
Umfang die Schwindereien in der kurzen Zeit des Betriebes an-  
genommen haben, ist auch noch nicht aufgeklärt.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Arbeitswagen und  
einem Straßenbahnwagen, bei dem zwei Personen verletzt wurden,  
kam es am Mittwochabend gegen 1/7 Uhr am Kriminalgericht in  
der Mathenower Straße. Dort versuchte der Führer eines Last-  
wagens der Firma Weinmann aus der Schulstraße, kurz vor einem  
in der Richtung nach Schöneberg fahrenden Straßenbahnwagen  
der Linie 23 das Gleis zu kreuzen. Obwohl der Straßenbahn-

führer noch Kräfte kreuzte, wurde der Wagen doch so heftig an-  
gefahren, daß der Kutscher Wilhelm Kollak und der Mitfahrer  
Richard Engel von ihren Sitzen geschleudert wurden und befin-  
nungslos auf dem Straßenbahnband liegen blieben. M. hatte  
eine klaffende Kopfwunde, E. einen Bruch des linken Oberarmes  
und Querschnitten davongetragen. Während der Kutscher, nachdem  
ihn von einem in der Nähe wohnenden Arzt ein Verband an-  
gelegt worden war, auf seinem Posten verbleiben konnte, mußte  
der Mitfahrer nach dem Krankenhaus Kollak geschafft werden.  
An dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperson stark be-  
schädigt. Durch den Zusammenstoß wurde eine Störung von  
10 Minuten verursacht.

#### Im Grunewald erschossen aufgefunden

wurde am Mittwoch ein junger Mann, der seinem Äußeren nach  
den besser gestellten Kreisen angehört zu haben scheint. Der Tote,  
der sich im Jagd 101 durch einen Schuß in den Kopf tötete, hatte  
feinerelei Papiere bei sich, aus denen man seine Persönlichkeit hätte  
erkennen können. Die Leiche wurde nach der Halle in Schildhorn  
gebracht. Der Unbekannte ist ungefähr 25 Jahre alt und mittelgroß,  
hat dunkelblondes, krauses Haar, einen blonden Schnurrbart, ein  
blaßes, mageres Gesicht, etwas absteigende Ohren, sehr kleine Hände  
und Zähne und wohlgepflegte Fingernägel und trug einen Leberzieher,  
ein blaues Jackett und Weste, hellgestreifte Hosen, schwarze Schür-  
stiefel mit Gummiaufsätzen und einen Kneifer. Sein Selbstbinder  
hat violette Punkte.

### Vorort-Nachrichten.

#### Charlottenburg.

Die Urwählerlisten zur Landtagswahl werden in  
Charlottenburg vom Sonntag, den 13. April (einschl.)  
ab 3 Tage lang im Wahlbureau, Wilmersdorfer Str. 8a, ausliegen,  
und zwar am Sonntag von 10-3 Uhr, an den übrigen Tagen  
von 10-8 Uhr. Die Wahlzeiten sind folgendermaßen fest-  
gesetzt: Für die 1. Abteilung nachmittags von 3-4 Uhr, für  
die 2. Abteilung von 4-5 Uhr und für die 3. Abteilung von  
5-8 Uhr.

#### Neukölln.

Im Bett erstickt ist am Mittwochnachmittag das fünf Monate  
alte Söhnchen Edmund des Kutschers Göge aus der Lepkestr. 8.  
Frau Göge hatte ihre beiden Kinder, den kleinen Edmund und das  
4 Jahre alte Töchterchen Gertrud, in ein Bettchen schlafen gelegt. Nachdem  
beide eingeschlafen waren, entfernte sich die Mutter, um einige Ver-  
sorgungen zu machen. Als sie um 4 Uhr zurückkehrte, fand sie ihre  
Töchter Gertrud noch fest schlafend vor, während der kleine Edmund  
tot war. Sie rief sofort einen Arzt herbei, der nur noch feststellen  
konnte, daß das Kind erstickt sei. Die Leiche wurde beschlagnahmt  
und dem Schauhaus in Berlin überwiesen.

Ein Popfahnschneider soll wieder einmal aufgetreten sein. Bei  
der hiesigen Kriminalpolizei wurde die Anzeige erstattet, daß der  
11 Jahre alte Schülerin Erna Grunewald aus der Hübnerstraße  
der rechte Popfahnschneider gewesen sei. Der Täter habe dem  
Mädchen, als es auf dem Rummelplatz in der Urkanstr. 72 vor einer  
Ringlampenbude stand und den Anpreisungen des Ausschreiters zu-  
hörte, von ihren beiden starken Popfen der rechten abgeknitten,  
ohne daß diese davon etwas bemerkt habe. Erst durch andere  
Mädchen sei sie auf das Fehlen des einen ihrer Popfe aufmerksam  
gemacht worden. Da sich die in letzter Zeit gemeldeten Fälle in Neu-  
kölln alle als erdichtet erwiesen haben, werden auch die Angaben  
dieses Mädchens genau nachgeprüft.

#### Petershagen bei Fredersdorf.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung befaßte sich zunächst mit  
der Festsetzung des Etats für 1913/14; derselbe ist in Einnahme  
und Ausgabe auf je 26 850,75 M. festgesetzt. Vermögen hat die  
Gemeinde 69 740,12 M., wofür eine Schuldenlast von 40 516 M.  
gegenüber steht. Erwähnt sei, daß auch bei dem jetzigen Etat  
wiederum für Synodalkosten 385 M. und als Rente für die  
Pfarrerwohnung 400 M. vorgesehen sind, obwohl diese Kosten im  
neuen Rechnungsjahr nicht mehr zu suchen haben, da ab 1. April  
dieses Jahres Kirchensteuer erhoben werden. — Beim zweiten Punkt,  
das Kreiswasserwerk betreffend, wurde mitgeteilt, daß der Preis  
für das Wasser eine Erhöhung gefunden hat, desgleichen auch  
die Festsetzung des Mindestverbrauchs. Bei der Vergebung des  
Leidenschaftsaufbaues entspann sich eine lebhafte Debatte. Unsere  
Genossen wollten auf keinen Fall die Arbeit wieder an den Unter-  
nehmer und Gemeindevorsteher Paul Lindholz übertragen wissen,  
da die Gemeinde beim Schulhausbau, welchen der Herr ausgeführt  
hat, nicht so bedient wurde, wie vertraglich dies festgelegt war.  
Ferner wurde von unseren Genossen die Frage aufgeworfen, ob  
der Unternehmer seinen Arbeitern auch die tariflichen Löhne zahle.  
Diese Frage hatte den Schöffen Bredese vom Dabel so veranlaßt,  
daß er ausrief: „Was geht es uns an, wie der Unternehmer seine  
Arbeiter bezahlt!“. — Ein Antrag, dem Schulgrundstück durch  
Errichtung eines eisernen Torweges einen besseren Zugang zu schaffen,  
wurde angenommen; aber auch hier waren die beiden Schöffen  
und drei bürgerliche Vertreter dagegen. Das Schulgrundstück selbst  
soll noch jetzt eine entsprechende Bepflanzung erhalten.

### Gerichts-Zeitung.

#### Spielerprozeß Stallmann und Genossen.

##### Zweiter Tag.

In der gestrigen Sitzung wurden noch eine Reihe Illustrations-  
fälle erörtert. Die Verteidigung beantragte, von einer solchen Er-  
örterung abzusehen und lediglich den zur Anklage gestellten Fall  
Dippe zur Verhandlung zu bringen. Dieser Antrag wurde abge-  
lehnt, weil aus dem Verhalten der Angeklagten in den sogenannten  
Illustrationsfällen Rückschlüsse auf ihr Verhalten im Fall Dippe  
zuzulassen sind.

Von den Fällen mögen folgende Erwähnung finden:

1. Oberleutnant Beckhaus wurde in London mit einem Falsch-  
spieler Pauly bekannt, durch diesen mit Graf Wettinich und einem  
Spieler Newton. Newton stellte ihm Stallmann als Baron Korff-  
König vor. Stallmann lud Beckhaus zu einem Diner ein. Daran  
schloß sich ein Spiel Rouge et noir an. Beckmann verlor 7100 M.,  
stellte hierüber einen Schein aus, bezahlte aber nicht. Stallmann  
bestreitet entschieden, daß falsch gespielt sei.

2. Der Hauptmann Freiherr von Fürstberg wohnte im  
Januar 1908 in Rom in einem deutschen Hotel. Als er eines  
Tages zum Rennen fahren wollte und sich bei dem Portier erkun-  
digte, wurde er von dem ihm unbekanntem Angeklagten Cramer an-  
gesprochen, der sich als „von Cramer“ vorstellte und ihm zurief:  
„Ich fahre auch zum Rennen, da können wir ja zusammen fahren.“  
Als von F. acht Tage später nach Florenz fahren wollte, kam „von  
Cramer“ im letzten Augenblick, als sich der Zug schon in Bewegung  
gesetzt hatte, an und mit ihm ein zweiter Herr, der sich als Buch-  
händler Waringer vorstellte. Unterwegs kamen alle drei ins Ge-  
spräch und flogen dann auch in Florenz in demselben Hotel ab.  
In einer Pilsener Bierstube kam dann zufällig der angebliche  
Winenbesitzer Pauly aus Afrika hinzu, der die Herren zum nächsten  
Tage zu einem Diner in seinem Hotel einlud. Bei diesem Diner  
offizierte Pauly dem Herrn von F. eine Zigarre, die ihn, wie er  
später angab, „ganz dufelig“ machte. Bisherig waren dann Karten  
auf dem Tisch und Pauly erklärte ein Spiel „Hauseln“, welches  
angeblich in Afrika gespielt werde. Bei dem Spiel gewann von F.  
sechs kleinere Sätze, während er größere verlor und schließlich an  
Pauly 16 000 Lire schuldete. Nunmehr mischten sich „von Cramer“  
und Waringer wieder ein und erbot sich, die Angelegenheit zu ver-  
mitteln. Wie von Fürstberg später angab, habe er sich nach jener Zigarre  
die ganze Nacht hindurch unmäßig gefühlt, ebenso auch noch den  
nächsten Tag hindurch. Am nächsten Tage erklärte Waringer, daß  
er die Sache mit Pauly geordnet habe und legte dem Zeugen von F.

einen Wechsel über 13 000 M. vor, den von F. auch unterzeichnete.

Cramer erklärt die Geschichte von der Zigarre für eine Fabel.  
Fürstberg habe schließlich 3000 bis 3000 M. bezahlt.

3. Bei dem dritten Fall sollen präparierte Kautern eine Rolle  
gespielt haben. Im Juli 1906 befand sich der Leutnant von Western-  
hagen im Hotel Imperial in Ostende. Eines Tages drängte sich  
Waringer an ihn heran und begann mit ihm ein Gespräch, in  
welchem er ihn aufforderte, am Nachmittag mit zu einem Rennen  
zu kommen, welches er in Begleitung eines Herrn von Cramer be-  
suchen wollte. Am Nachmittag stellte sich auch noch der Winen-  
besitzer Pauly, der ebenfalls zu den Falschspielern gehört, zu ihnen.  
Am nächsten Tage wurde in einem Restaurant neben dem Kursaal  
ein schon vorher bestelltes Frühstück eingenommen, welches auf  
dem Tisch stand. Wie von Westernhagen behauptet, ist er an-  
scheinend durch irgendwelche Bemerkungen zu den Speisen, ins-  
besondere zu den Austern, in einen Zustand verminderten Bewußt-  
seins verfallen. Er erinnert sich, daß seine Herzaktivität ohne  
erkennbare Ursache ganz plötzlich äußerst beschleunigt wurde. Wie  
die Anklage behauptet, sei auch hier genau wie in dem Falle von  
Fürstberg die anscheinend schon vorher als Stichwort verab-  
redete Frage an Pauly gefallen, was man denn eigentlich in Afrika  
spiele, darauf zeigte Pauly das „Hauseln“-Spiel. Bisherig war das  
Spiel auch im Gange und in sehr kurzer Zeit verlor  
von Westernhagen allein an Pauly 2000 Franc, über welche Summe  
er einen Wechsel ausstellen mußte. Wie von M. angibt, habe er  
erst später im Coupé seine physische Bewegungsfreiheit wieder-  
erlangt, anscheinend sei er durch irgendeine Beimischung zu den  
Speisen oder durch Hypnose in jenen Zustand gebracht worden. Auf  
eine Frage des Vorsitzenden, was er zu der Behauptung des von F.  
bezüglich der Austern sage, erklärt Cramer: Das ist ja kompletter  
Unsinn.

4. Ein anderer Illustrationsfall, dessen Erörterung längere  
Zeit in Anspruch nimmt, wird von der Anklage so dargestellt: Ein  
Gutsbesitzer Seydl habe intimen Verkehr mit einer gewissen Anna  
Koll gepflogen, die er von früher her kannte. Bisherig sei  
„von Cramer“ auf der Bildfläche erschienen, habe sich als „Ebe-  
gatte“ der Koll vorgestellt und von ihm 10 000 M. erpreßt. Die  
Zahlung sei in zwei Wechseln erfolgt, deren letzter von der Be-  
treibungszentrale Handwerker in Düsseldorf präsentiert wurde.  
Später sei die Erpressung weiter fortgesetzt worden, es sei behauptet  
worden, die Anna Koll sei in andere Umstände gekommen, der  
Angeklagte habe gedroht, Herrn Seydl wegen Verbrechens gegen  
leimendes Leben anzugehen und so sollen dann weitere 36 000 M.  
erpreßt worden sein.

Angeklagter Cramer erklärt diese ganzen Angaben von Anfang  
bis zu Ende für unwahr. Richtig sei nur, daß er mit der Koll  
in Beziehungen gestanden habe; sie habe ihm im Jahre 1906 dem  
Seydl in Baden als ihren neuen Freund vorgestellt.

Nach Besprechung dieses Falles wendet sich die Verhandlung  
dem wirklichen Anklagefall zu, dem

#### Falle von Dippe.

der schon in dem Prozesse Wines-Wettinich ausführlich erörtert  
worden ist. Dieser Fall hat sich etwa wie folgt abgespielt: Der  
jetzige Oberleutnant v. Dippe, der früher in Stendal bei den Husaren  
und dann bei den Königsjägaren in Bonn stand, wurde durch Ver-  
mittlung des damals noch aktiven Niemela, der damals an der  
Prinz-Heinrich-Fahrt teilnahm und gerade im Hotel „Fürstberg“ in  
Berlin wohnte, nach Berlin gelockt, um eine geschäftliche Besprechung  
hier abzuhalten. Wines, der Herr v. Dippe schon früher flüchtig  
kennen gelernt hatte, soll denselben Tag wie Herr v. Dippe bemerkt  
sich ihm im Speisewagen vorgestellt haben und mit ihm zusammen  
in Berlin angekommen sein. Hier soll sich Stallmann zu ihnen ge-  
stellt und als Baron König vorgestellt haben und alle drei sollen nach  
dem „Fürstberg“ gegangen sein, um gemeinschaftlich zu früh-  
stücken. Dort soll dann der Angeklagte Niemela hinzugekommen  
sein und so getan haben, als ob er Stallmann und Wines gar nicht  
kenne. Der Kaffee wurde dann auf Niemelas Zimmer eingenommen  
und dort kam es zum Spiel Rouge et noir, zunächst zwischen Wines  
und Stallmann, dann aber beteiligte sich auch Herr v. Dippe. Der  
Enderfolg soll gewesen sein, daß Herr v. Dippe sowohl als auch  
Stallmann 80 000 M. an Wines verloren hatten; beide hatten auf  
Stallmanns Anregung gemeinschaftlich die Bank gehalten. Es wird  
behauptet, daß Herr v. Dippe sich in animiertem Zustande befunden  
und nicht erkannt habe, daß mit ihm falsch gespielt worden sei. Als  
das Spiel abgebrochen wurde, hat Stallmann die Karten zerissen.

Die Angeklagten bestreiten, in solcher Weise vorgegangen zu  
sein, wie die Anklage behauptet, und widersprechen in vielen  
Punkten den Aussagen, die v. Dippe im Winesprozeß gemacht hat.  
Niemela erklärt, weder Wines noch Stallmann habe er für Falsch-  
spieler halten können. Als er dem Baron König in Paris besuchte,  
habe er in seiner luxuriösen ausgestatteten Wohnung die vornehmste  
Gesellschaft, darunter einen deutschen Prinzen eines regierenden  
Hauses, angetroffen; die Schwiegermutter des Barons König sei  
eine sehr vornehme Dame und er selbst, damals 23jährig, habe eine  
Dame aus der vornehmsten Gesellschaft zu Tisch führen dürfen.  
Wenn jemand mit einem deutschen Prinzen verkehrt, so könne er  
ihn doch unmöglich als Falschspieler einschätzen. Er habe dies auch  
keineswegs getan.

Bei der Vernehmung des Angeklagten Stallmann über den Fall  
Dippe ergibt sich die interessante Tatsache, daß Stallmann während  
der Verhandlung des Wettinichprozesses seelenruhig in Berlin war  
und unter falschem Namen im „Habsburger Hof“ gemohnt hatte.  
Vielleicht hätte die Polizei den staatsbreichlich Verfolgten fassen können,  
wenn ihre Tätigkeit nicht durch Verfolgungen gegen Unschuldige,  
insbesondere gegen die Arbeiterklasse und die Arbeiterjugend, zu  
sehr in Anspruch genommen wäre. Zur Sache gibt Stallmann u. a.  
an: Bei dem Spiel selbst verlor ich an Wines 2000 M. und an Nie-  
mela 500 M. Als v. Dippe dazu kam, sagte er: „Ach, das sind doch  
keine Sachen, kommen Sie, wir wollen mal einen braunen Lappen  
zusammen sehen!“ Herr v. Dippe setzte dann mit mir zusammen.  
Als wir weiter verloren, sagte v. Dippe: „Das dauert mir zu lange,  
wir wollen mal „banco“ setzen, d. h. alles, was in der Bank war.“  
Auf diese Weise hatten wir im Handumdrehen zusammen  
160 000 M. verloren. Mir fiel auf, daß Wines, als v. Dippe, ehe ich  
ihn hindern konnte, mehrmals „banco“ rief, bisjähnel die Karte  
umwarf, durch welche wir nochmals je 40 000 M. verloren. Ich  
sahte einen Moment Mißtrauen, griff zu und zerriß die Hälfte der  
Karten mitten durch, nachdem ich mir vier Karten heimlich eingesteckt  
hatte, um sie nachzuprüfen. Diese Prüfung ergab, daß die Karten  
weder gezeichnet noch gebogen waren. Wines holte dann Wechsel-  
formulare hervor und ließ Herrn v. Dippe unterschreiben.

Die Verhandlung wird in später Nachmittagsstunden abge-  
brochen und auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

### Die Ueberichwemmungskatastrophe in Nordamerika.

Die furchtbare Zerstörung, die die Wasserfluten in den  
verschiedenen Staaten der Union angerichtet haben, stempeln  
das entsetzliche Unglück zu einer nationalen Katastrophe. Es  
ist noch nicht möglich, den durch die Fluten hervorgerufenen  
Verlust an Menschenleben und Eigentum auch nur annähernd  
zu schätzen, da immer noch neue Schreckensnachrichten  
einlaufen.

In Danton hat sich den Wasserfluten das Feuer bei-  
gefügt, um die Zerstörung zu vollenden. Durch ausströmende  
Wasser des städtischen Gaswerkes ist eine große Feuersbrunst ent-  
standen, die das Leben der auf die Dächer der Häuser Ge-  
flüchteten bedroht. Die ganze Nacht hindurch leuchteten  
Brände auf. Fünfzigtausend Personen drängten  
sich in den oberen Stockwerken der Häuser, ohne Licht, ohne  
Trinkwasser, ohne Nahrungsmittel, unter der  
Kälte schwer leidend. Ununterbrochen bemühten sich Ruder-

boote, Personen zu retten. Die Zahl der Toten wird hier zwischen fünfhundert und zweitausend geschätzt. Große Verluste an Menschenleben sind auch in den von Ausländern bewohnten Stadtteilen zu beklagen, da die Fremden ihre Wohnungen trotz der Warnung, daß ein Bruch des Schuttdammes bevorstehe, nicht verließen. Als der Dammbruch erfolgte, stürzte eine Wassermasse von zwölf Fuß Höhe in die Straßen und überschwemmte sie 10 Fuß hoch in einer Viertelstunde. Zahlreiche Gebäude wurden innerhalb einer Stunde weggeschwemmt. Ganze dichtbevölkerte Straßenreihen wurden in Trümmerhaufen verwandelt, zahlreiche Häuser stehen bis an das Dach unter Wasser. Es wurde eine dringende Aufforderung zur Befreiung von Lebensmitteln nach New York gefandt, doch ist die Zufuhr zurzeit unmöglich. Zahlreiche Familien haben sich, um den lebenden Flammen zu entgehen, in das die Häuser umströmende Wasser gestürzt und darin ihr Ende gefunden. An anderen Stellen der Stadt haben Familienväter ihre Angehörigen und sich selbst erschossen, da eine Rettung ausichtslos erschien. Solange das Wasser fällt, sind die Retter wegen der reißenden Strömung nicht imstande, Hilfe zu bringen. Mittwoch abend ist in Dayton bei dem Brande auch ein Hotel eingeschert worden, wobei 200 Flüchtlinge umgekommen sind. Wie gemeldet wird, sind die Dämme bei Chillicothe und Fremont von den Fluten durchbrochen. Auch in Westvirginien und Pennsylvania wüteten die Wogen; in Sharon kam es zu zahlreichen Unglücksfällen.

Wie der Gouverneur von Ohio meldet, sind in Ohio 25 000 Menschen obdachlos. Das Parlament dieses Staates hat 500 000 Dollar für Hilfszwecke bewilligt, außerdem sendet die Bundesregierung große Mengen von Lebensmitteln. Man glaubt, daß in Indianapolis 200, in Columbus 150 Personen ertrunken sind. Eine Million Arbeiter sind arbeitslos. Die Verluste des Handelsverkehrs entziehen sich jeder Schätzung.

Ueber Einzelheiten der Katastrophe berichten noch folgende Telegramme:

**Toledo (Ohio), 26. März.** Hundert Datschaften in Nordwestohio sind ganz oder teilweise überschwemmt. In Westindianapolis stehen Frauen und Kinder fußtief in ihren Häusern in ihren Häusern im Wasser und leiden furchtbar unter der Kälte. In Youngton sind alle industriellen Anlagen geschlossen. Der Fluß steigt weiter. Der Sachschaden in den Carnegie-Stahlanlagen wird auf 2 1/2 Millionen Dollar geschätzt.

**Pittsburg, 27. März.** Hunderte von Industrieanlagen stehen unter Wasser, so daß der Betrieb in ihnen eingestellt werden mußte. Fünfzigtausend Leute sind arbeitslos. In Westvirginien ist ein großer Teil der Stadt Wheeling überschwemmt worden.

**Washington, 27. März.** Das Kriegsam hat von dem Hilfskomitee in Hamilton (Ohio) die Mitteilung erhalten, daß in Sewistown bei Dayton ein Reservotr geborsten ist. Der Verlust an Menschenleben und der Sachschaden seien ungeheuer groß.

**Dayton, 27. März.** Die strenge Kälte dauert an, ein Schneesturm erhöht den Schrecken der Überschwemmung. Hochauflodernde Flammen hüllen fast den gesamten unteren Stadtteil ein. In der Geschäftsgegend sind mehrere Straßen in Asche gelegt.

## Aus aller Welt.

### Panik in einem Vergnügungstokal.

Durch eine riesige Feuersbrunst wurden in der Nacht zum Donnerstag die Bewohner von Thurles (Irland) in Aufregung versetzt. Dort brannte die Tonhalle, ein bekanntes Vergnügungstokal, bis auf die Grundmauern nieder. In der Brandstelle selbst spielten sich wilde Szenen ab. In einem der großen Säle wurde gerade eine große Ballfestlichkeit abgehalten und die Teilnehmer befanden sich in der fröhlichsten Stimmung, als plötzlich aus unbekannter Ursache ein großer Petroleumbehälter explodierte und einen Teil des Gebäudes in Flammen setzte. Unter den Anwesenden kam es zu einer wilden Panik, alles drängte zum Ausgange und die schwächeren Personen wurden rücksichtslos niedergetreten. Aus den in den oberen Etagen gelegenen Spielflächen konnten sich die anwesenden Personen nur durch schleimige Flucht retten, ein großer Teil von ihnen gelangte nur durch einen Sprung aus dem Fenster ins Freie. Bald bildete das ganze Gebäude ein riesiges Flammenmeer und nur dem raschen und entschlossenen Eingreifen der Feuerwehrleute ist es zu danken, daß niemand der vom Brande völlig überraschten Personen ernstere zu Schaden gekommen ist. Es gelang vielmehr, auch die ohnmächtig zusammengebrochenen oder niedergetretenen Männer, Frauen und Kinder zu retten.

### Verfolgte Schmuggler.

Eine Jagd auf Tod und Leben im Automobil spielte sich, wie aus Avednes gemeldet wird, am Mittwoch an der belgisch-französischen Grenze zwischen Schmugglern und Zollwächtern ab. Die Schmuggler veruchten im Automobil in waghalsiger Fahrt die Grenzstation zu passieren, wurden jedoch sofort von Zollwächtern im Automobil verfolgt. Es entspann sich nun eine wilde Jagd, in deren Verlauf die Zollwächter immer mehr zu den Schmugglern aufrückten. Als diese die Verringerung des Abstandes zwischen den Automobilen bemerkten, lenkten sie den Wagen auf einen Nebenpfad, um so zu entkommen. Hier stießen sie jedoch mit einem herrschaftlichen Wagen zusammen, dessen beide Pferde sofort getötet wurden. Der Autofahrer blieb mit schweren Verletzungen am Schauffeuerand liegen, während die Schmuggler ihre wilde Fahrt fortsetzten. Schließlich stürzte das Automobil in einen Grabschuttgraben und wurde total zertrümmert, während die Banditen wie durch ein Wunder unversehrt blieben und ihre Flucht zu Fuß fortsetzten. Sie entkamen denn auch in den nahe gelegenen Wäldern. In dem Automobil wurden für etwa 40 000 Fr. eingeschmuggelte Zigarren und Zigaretten gefunden.

### Wie die Drohnen leben.

„Vor kurzen“, so schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, „gab es in der vornehmen Welt von Paris ein Abendmahl, über das die französischen Zeitungen seltsame Angaben zu machen wissen. Die Vorspeise Jalouski kostete 2000 M., das eigentliche Diner bestand aus 23 verschiedenen Gerichten. Die Weine und Liköre kosteten 15 000 M. Ebenso teuer war das Obst, das von lebenden Sträußern geliefert werden konnte. Den Künstlern wurden die Zeichnungen für die Speisekarten mit 10 000 M. bezahlt. Das eigentliche Diner belief sich auf 85 000 M. Die Herstellung der Suppe kostete 500 M., 2000 M. wurden für Ammern ausgegeben, 800 M. für Spargelspitzen und junge Vögelchen. Jeder der zwanzig Teilnehmer hat an dem einen Abend ein Mahl für 2400 Mark verzehrt. 2400 Mark! Mit dieser Summe müssen in der Regel zwei Arbeiterfamilien ein ganzes Jahr auskommen, aber die hohen Herrschaften vergeuden das Vermögen in einigen Stunden! Der Arbeiter, der seinen Tag in harter Fron verbringt, bringt sich nichts fein Brot und seinen Sped heim, die Müßiggänger aber greifen zum Waldbrot, Jahrgang 1810, die Flasche

100 M. Die Proletarierfrau sieht sich jeden Heller an, wendet ihn zehnmal, ehe sie ihn ausgibt, aber hier wurden russische Fische aufgetragen, das Stück um 800 M. Der ganze Wiberstimm dieser Wegewart grinst aus solchen Ziffern. Irgendwo lauern im feuchten Dunkel der Kanäle die Armen und Stenden und ihre kühnsten Träume kreisen um kleine, kleine Münzen, irgendwo aber tafelt in Prunk und Pracht 20 Menschen und ihr Mahl kostet 80 000 M.

### Kleine Notizen.

**Die Liebe.** In Godesberg hat der Anreichergerhülle Oberle aus Eifersucht auf seine frühere Braut drei Schüsse abgefeuert. Das Mädchen wurde lebensgefährlich verletzt. Oberle beging Selbstmord. — Auf Wilhelmshöhe bei Cassel wurde am Donnerstag in einem Pavillon der 24 Jahre alte Schlosser Reinhard aus Cassel und die gleichaltrige Ehefrau des Schlossers Schüller erschossen aufgefunden.

**Arbeit für den Fenster.** Am Donnerstag früh wurde in Troppau an dem früheren Korporal der Reserve Johann Baganz, der am 10. März beim Rückmarsch von einer Felddienstübung dem Oberleutnant Schramel durch einen Gewehrschuh hinterrücks ermordet hat, das auf Hinrichtung durch den Strang lautende Urteil im Hofe der Rudolfskaserne in Anwesenheit eines Militärkommandos durch den Wiener Scharfrichter vollstreckt.

**Erdbeben in Turkestan.** Im Bezirk Kurach des Gebietes Dagestan sind infolge eines Erdbebens in fünf Dörfern viele Häuser zerstört worden. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

**Einsturz eines Theaters.** In der französischen Ortschaft St. d'Angels stürzte ein Theater ein. 800 Personen befanden sich auf den Tribünen, aber 300 wurden mit schweren Verletzungen ausgehoben. Eine große Anzahl Personen mußten in das Hospital gebracht werden.

### Jugendveranstaltungen.

**Ober-Schöneweide.** Für die Schulklasse Jugend findet am Sonntag, den 30. März, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant Brodowski, Rathausstr. 10, eine öffentliche Versammlung statt.

Da am Ort bürgerliche Vereine, zahlreiche Personen, sowie die Geistlichkeit der heranwachsenden Jugend ein reges Interesse entgegenbringen und mit allen Mitteln versuchen, dieselben ihren Bestrebungen dienlich zu machen, so werden die Arbeiterkinder besonders aufgefordert, ihre schulclassen Eöhne und Töchter auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Einem jeden Besuchen muß sein, die Arbeiterjugend der proletarischen Jugendbewegung zuzuführen.

**Arbeiter-Wanderverein Berlin.** Sonntag, den 30. März, Wanderschaft nach Werder—Glinow—Glinow—Kamerode—Mittelbusch—Neue Scheune—Krahenberge—Deely. Abfahrt 6.45 Potsdamer Hauptbahnhof. Gäste willkommen.

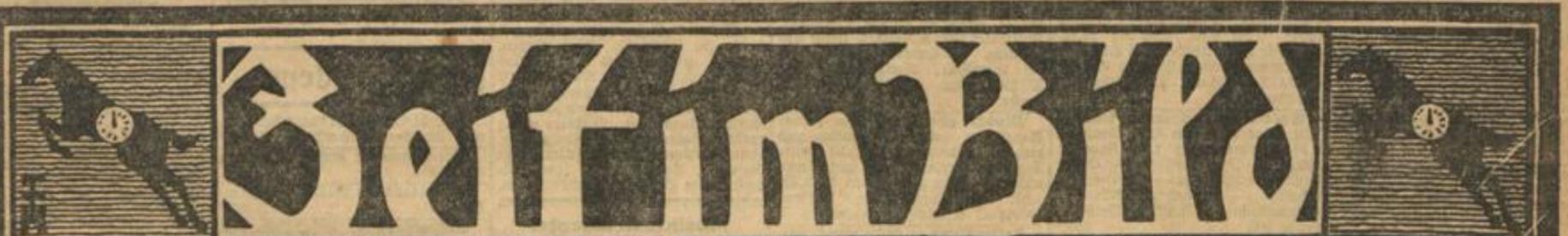
**Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin. Wanderung am 30. März, Biesenthal, Böhligbrücke, Brenden, Bernau. Abfahrt nach Biesenthal Stettiner Bahnhof (Fernbahnsteig) früh 5.50. Gäste willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 26. Heft des 81. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein abendlicher Rüstungsduell. Von G. Ledebour. — Die Beamten und der Staat in Frankreich. Von E. Reibel (Paris). — Zur Revision des Blumenschiffahrts- und Flößereigesetzes. Von Paul Müller (Berlin).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abomiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Das Herrenhaus. Roman von J. Goldschmidt. 836 S. — Mathias Ledebour der Wandersmann. Roman von D. Enking. 866 S. P. Cassirer, Berlin W. 35.



Für jedermann bedingungslos zugänglich ist das  
**Preisauschreiben**

über

**100 000 Mark**

die bei der Deutschen Bank, Filiale München, hinterlegt sind.

Näheres in dem soeben ausgegebenen Heft 13. In allen Buchhandlungen, Kiosken und vom Verlag  
**Einzelpreis 50 Pf. Viertelj. 4.50 Mk.**

**Berlin**

W 57

Bühlstr. 66

**München**

Germaniastr. 9

**Wien**

II

Bredlerstr. 5

